

# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

### 156. Sitzung

Bonn, Freitag, den 30. April 1993

#### Inhalt:

Möglichkeit für die Gruppen im Deutschen Bundestag, für die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ je ein beratendes sachverständiges Mitglied zu benennen . . . . . 13289 A

#### Tagesordnungspunkt 16:

- a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Doris Odendahl, Angelika Barbe, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes** (Drucksache 12/4347)
- b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr.-Ing. Rainer Jork, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU sowie den Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Dr. Karlheinz Guttmacher und der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes** (Drucksache 12/4763)
- Doris Odendahl SPD . . . . . 13289 C, 13293 A
- Hubert Hüppe CDU/CSU . . . . . 13290 D
- Dirk Hansen F.D.P. . . . . . 13291 D
- Dr. Dietmar Keller PDS/Linke Liste . . . . . 13292 C
- Dr. Gerhard Päselt CDU/CSU . . . . . 13293 B
- Dr. Rainer Ortleb, Bundesminister BMBW . . . . . 13294 B
- Eckart Kuhlwein SPD . . . . . 13294 D

#### Tagesordnungspunkt 17:

- Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Berufsbildungsbericht 1993** (Drucksache 12/4652)
- Engelbert Nelle CDU/CSU . . . . . 13295 B
- Eckart Kuhlwein SPD . . . . . 13296 C
- Dr. Norbert Lammert CDU/CSU . . . . . 13297 C
- Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink F.D.P. . . . . 13298 D
- Dr. Dietmar Keller PDS/Linke Liste . . . . . 13299 D, 13304 B
- Maria Eichhorn CDU/CSU . . . . . 13300 D
- Evelin Fischer (Gräfenhainichen) SPD . . . . 13302 A
- Alois Graf von Waldburg-Zeil CDU/CSU . . . . 13304 A
- Dr. Karlheinz Guttmacher F.D.P. . . . . . 13304 B
- Dr.-Ing. Rainer Jork CDU/CSU . . . . . 13305 B
- Günter Rixe SPD . . . . . 13306 D
- Wolfgang Meckelburg CDU/CSU . . . . . 13309 A
- Dr. Rainer Ortleb, Bundesminister BMBW . . . . 13310 D

#### Zusatztagesordnungspunkt 3:

- Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung der Rentenüberleitung (**Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz**) (Drucksache 12/4810)
- Heinz Rother CDU/CSU . . . . . 13311 D
- Rudolf Dreßler SPD . . . . . 13313 B
- Dr. Bruno Menzel F.D.P. . . . . . 13315 C

Dr. Hans-Hinrich Knaape SPD	13315D, 13318D, 13323B	<b>Zusatztagesordnungspunkt 4:</b> Beratung des Antrags der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ekkehard Gries, Horst Friedrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.: <b>Höhere Attraktivität des Fahrradverkehrs</b> (Drucksache 12/4816) . . . . . 13327C  Nächste Sitzung . . . . . 13327D  <b>Anlage 1</b> Liste der entschuldigten Abgeordneten . 13329* A  <b>Anlage 2</b> Zu Protokoll gegebene Reden zu Tagesordnungspunkt 18 (Förderung des Fahrradverkehrs) und Zusatztagesordnungspunkt 4 (Höhere Attraktivität des Fahrradverkehrs)  <i>Heide Mattischeck SPD</i> . . . . . 13330* A <i>Klaus Lohmann (Witten) SPD</i> . . . . . 13331* C <i>Horst Friedrich F.D.P.</i> . . . . . 13333* D <i>Dr. Dagmar Enkelmann PDS/Linke Liste</i> . 13334* B <i>Michael Jung (Limburg) CDU/CSU</i> . . . 13335* A <i>Wolfgang Börnsen (Bönstrup) CDU/CSU</i> . 13336* A  <b>Anlage 3</b> Amtliche Mitteilungen . . . . . 13338*
Petra Bläss PDS/Linke Liste	. . . . . 13317 A	
Dr. Wolfgang Ullmann BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	. . . . . 13318 B	
Volker Kauder CDU/CSU	. . . . . 13319 B	
Rudolf Dreßler SPD	. . . . . 13319 D	
Dr. Helga Otto SPD	. . . . . 13321 D	
Ulrike Mascher SPD	. . . . . 13322 A	
Volker Kauder CDU/CSU	. . . . . 13322 C	
Anke Fuchs (Köln) SPD	. . . . . 13323 C	
Dr. Norbert Blüm, Bundesminister BMA	. 13324 B	
Ulrike Mascher SPD	. . . . . 13324 C	
Dr. Wolfgang Ullmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	. . . . . 13325 A	
<b>Tagesordnungspunkt 18:</b>		
a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Heide Mattischeck, Robert Antretter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: <b>Förderung des Fahrradverkehrs</b> (Drucksache 12/2493)		
b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Carl Ewen, Robert Antretter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: <b>Förderung des Fahrradtourismus</b> (Drucksache 12/3035)		
in Verbindung mit		

(A)

(C)

## 156. Sitzung

Bonn, den 30. April 1993

Beginn: 9.00 Uhr

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung.

Zunächst habe ich eine **amtliche Mitteilung** zu verlesen: Der Ältestenrat ist übereingekommen, daß den Gruppen die Möglichkeit eingeräumt werden soll, für die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ je ein beratendes sachverständiges Mitglied zu benennen. Ich gehe davon aus, daß das Haus in seiner Gesamtheit damit einverstanden ist. — Das scheint der Fall zu sein. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16a und b auf:

- (B) a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Doris Odendahl, Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes**

— Drucksache 12/4347 —

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft (federführend)  
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung  
Ausschuß für Familie und Senioren  
Ausschuß für Frauen und Jugend  
Haushaltsausschuß mitberatend und gemäß § 96 GO

- b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Else Ackermann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU sowie den Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Dr. Karlheinz Guttmacher, Dirk Hansen und der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (16. BAföGÄndG)**

— Drucksache 12/4763 —

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft (federführend)  
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung  
Ausschuß für Familie und Senioren  
Ausschuß für Frauen und Jugend  
Haushaltsausschuß mitberatend und gemäß § 96 GO

Der Ältestenrat schlägt Ihnen eine Debattenzeit von einer halben Stunde vor. — Auch damit scheint das Haus einverstanden zu sein. Ich darf das als beschlossen feststellen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Abgeordneten Frau Doris Odendahl das Wort.

**Doris Odendahl (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir befassen uns heute mit den Entwürfen der SPD und der Regierungskoalition zu einem 16. BAföG-Änderungsgesetz mit der Verlängerung der Studienabschlußförderung, die am 30. September 1993 ausläuft. Die SPD-Fraktion hat ihren Entwurf im Februar eingebracht. Der Regierungsentwurf kam sozusagen in allerletzter Minute, um den Anschluß an den 30. September 1993 nicht zu verpassen.

Nun gestehe ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, ja gerne zu, daß Sie sich immer wieder zur notwendigen **Verlängerung der Studienabschlußförderung** geäußert haben und daß auch der Bundesbildungsminister stets in zuversichtlicher Erwartungshaltung verharrt hat. Daß es dennoch so lange gedauert hat, bis Sie mit Ihrem Entwurf zu Potte gekommen sind, legt die Vermutung nahe, daß Ihr Finanzminister, Herr Waigel, den BAföG-Topf noch immer als eiserne Reserve für seinen desolaten Haushalt ansieht.

So müßten Sie nun heute den Regierungsentwurf mit der Überschrift versehen: Gewollt hätten wir schon lange, aber gedurft haben wir nicht. Herr Präsident, wenn Sie erlauben, übersetze ich es ins Schwäbische: Welle hätte mehr scho, aber dürfe hemmer net.

(Heiterkeit)

Dabei geht es hier nicht um neue, zusätzliche Kosten; denn die dafür notwendigen rund 60 Millionen bis 80 Millionen DM, davon 65 % vom Bund und 35 % von den Ländern, sind im BAföG-Ansatz enthalten.

Die Verlängerung der Studienabschlußförderung ist ein wesentlicher Bestandteil des von der Regierung wohl hoffentlich noch nicht endgültig begrabenen Bildungsgipfels. In der Vorbereitung zum Eckwertepapier für den **Bildungsgipfel** haben sich die Länder für eine unbefristete Verlängerung der Studienabschlußförderung ausgesprochen, während der Ge-

(D)

**Doris Odendahl**

- (A) setzentwurf der Bundesregierung nur eine dreijährige Verlängerung vorsieht.

(Alois Graf von Waldburg-Zeil [CDU/CSU]:  
Ja, natürlich!)

— Graf Waldburg, ich komme gleich auf Ihren Denkfehler; vielleicht helfe ich Ihnen doch noch auf die Sprünge.

(Beifall bei der SPD — Eckart Kuhlwein [SPD]: Und das am frühen Morgen!)

— Ja, Morgenstund' hat Gold im Mund.

Sie erklären diese **Befristung** mit dem Hintergrund noch nicht abgeschlossener **Strukturreformen an den Hochschulen** und im Hinblick auf die langen Fachstudienzeiten. Ihre Erklärung zeigt, daß Sie bei diesem Gesetzesvorhaben offenbar gar nicht kapiert haben, worum es in der Sache geht.

(Alois Graf von Waldburg-Zeil [CDU/CSU]:  
Na! Na!)

Bei der Studienabschlußförderung handelt es sich eben nicht um ein Instrument zur Verkürzung von Studienzeiten, weil es nur von solchen Examenskandidaten und -kandidatinnen in Anspruch genommen werden kann, die sich innerhalb der Förderungshöchstdauer zum Examen melden.

Wenn nun die Bundesregierung diese Studienabschlußförderung sozusagen als politisches Druckmittel gegenüber den Hochschulen verwendet und damit ausgerechnet diejenigen politisch unter Druck zu setzen versucht, die für die überlangen Studienzeiten auf keinen Fall allein verantwortlich sind, sondern in der Mehrzahl darunter zu leiden haben, nämlich die Studenten, leistet sie damit keinen Beitrag zur Studienreform, sondern gießt allerhöchstens noch Öl ins Feuer. Sie sollten das lassen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das ist sehr bedauerlich, denn in mehreren Anhörungen hatten Sie ja ausreichend Gelegenheit, auf diesem Gebiet schlauer zu werden. Mit großem Nachdruck wurde dabei von allen Sachverständigen auf die Bedeutung der Studienabschlußförderung hingewiesen und festgehalten, daß sie sich bis heute bewährt hat.

Die Gesetzentwürfe müssen nun beschleunigt beraten werden, damit das Gesetz vor dem Auslaufen überhaupt noch in Kraft treten kann. Mit Ihrem Hoppla-Hopp-Verfahren verhindern Sie gleichzeitig, daß wir uns während der Beratungen auch mit dem Problem der **Förderungshöchstdauer** auseinandersetzen. Das wäre nämlich dringend nötig. Die SPD-Fraktion hat auf die Notwendigkeit solcher Regelungen in ihrem Entwurf zur 15. BAföG-Novelle bereits hingewiesen.

Die Bundesregierung hat dazu einen Bericht in Aussicht gestellt, der bis heute leider nicht vorliegt, der jedoch im Zusammenhang mit den Beratungen zur Studienabschlußförderung sehr nützlich und auch notwendig gewesen wäre; notwendig auch deshalb, um den Studierenden eine verlässliche Planung ihres Studien- und Examensverlaufs zu ermöglichen. So hängen Sie schon wieder an den drei Jahren, immer in der Hoffnung, es werde schon gutgehen. Machen Sie

doch auch einmal, so schwer es Ihnen fällt, Verlässlichkeit in allen Planungen zu Ihrem Motto. Das wäre gut und brächte Ruhe in die Diskussion.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrem heutigen weiteren BAföG-Stückwerk einer dreijährigen Verlängerung der Studienabschlußförderung lassen Sie das wiederum nicht zu. Das ist traurig; denn Sie hangeln sich beim BAföG von Novelle zu Novelle und machen aus einem gut konzipierten und vor mehr als 20 Jahren auch von allen gewollten Gesetz zur Chancengleichheit in der Bildung ein nicht mehr auseinanderzuhaltendes Flickwerk.

Ich habe schon öfter an dieser Stelle gesagt: Wie man Steuerberater und alle möglichen Berater braucht, brauchte man längst über die BAföG-Ämter hinaus, weil die auch nicht immer genügend beraten können, auch **BAföG-Berater**.

Das Ergebnis sind immer mehr zurückgehende Gefördertenquoten, immer weniger BAföG-Berechtigte. Und so muß befürchtet werden, daß es Ihnen letzten Endes darum geht, mit dieser endlosen Geschichte der BAföG-Novellierungen die Ausbildungsförderung eines Tages ganz auszutrocknen oder zur Strecke zu bringen.

(Alois Graf von Waldburg-Zeil [CDU/CSU]:  
Es ist doch gesetzlich, daß sie immer überprüft wird!)

Sie könnten diesen Verdacht heute u. a. dadurch zerstreuen, daß Sie sich nicht auf die dreijährige Befristung der Studienabschlußförderung festlegen, sondern sie unbefristet in das Gesetz aufnehmen. Auch bei der unter Zeitdruck stattfindenden Beratung im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft besteht dazu noch Gelegenheit, wenn Sie dem Antrag der SPD-Fraktion, den wir heute an den Ausschuß überweisen, zustimmen. Es wäre darüber hinaus ein gutes Signal für den Bildungskanzler — für den Bildungsgipfel; sehen Sie, das war ein Freudscher Versprecher —, also für den Bildungsgipfel, aber ein gutes Signal auch für den Kanzler.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Hubert Hüppe das Wort.

**Hubert Hüppe (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den unzähligen Beratungen der letzten Wochen ist es heute schon ein gutes Gefühl, für den Gesetzentwurf der CDU/CSU und F.D.P. sprechen zu können.

Als die Einführung einer Studienabschlußförderung vom Bundestag im März 1990 — damals leider noch ohne meine Mitwirkung — beschlossen wurde, war dies eine von allen Seiten anerkannte Entscheidung; zu Recht, wie ich meine. Vielen Studentinnen und Studenten als Hauptleidtragenden der teilweise miserablen Studienbedingungen wurde dadurch eine echte Entlastung für ihre Examensphase geboten. Den Studierenden wurde auf diesem Weg die Möglichkeit

**Hubert Hüppe**

- (A) gegeben, sich in der Examensphase verstärkt auf ihr Studium zu konzentrieren.

Für maximal zwölf Monate können Studierende seither über die normale **Regelförderungszeit** hinaus Unterstützung erhalten, soweit sie vor Ende der **Förderungshöchstdauer** zum Examen zugelassen worden sind. Erforderlich ist ferner die Bescheinigung der Prüfungsstelle, daß innerhalb eines Jahres die Ausbildung abgeschlossen werden kann. Es zeugt von einem verantwortungsvollen Umgang mit diesem Förderinstrument, wenn man bedenkt, daß die Studienabschlußförderung im Schnitt nur gut sieben Monate in Anspruch genommen wurde.

Allen an der Diskussion Beteiligten war im Vorfeld der heutigen Entscheidung klar, daß es bei der ursprünglichen Befristung der Maßnahme bis zum 30. September diesen Jahres nicht bleiben könnte. Darüber — das zeigen auch die beiden heute vorliegenden Gesetzentwürfe — besteht Einigkeit in diesem Hause. Sieht man einmal von der kleinen Differenz bei der Berechnung der jährlichen Kosten einer Verlängerung ab — die SPD hat etwas weniger angesetzt als wir; wir halten etwas mehr von Haushaltswahrheit —, so gehen wir doch in die gleiche Richtung.

Der wirkliche Unterschied liegt in der Frage **Befristung** oder nicht. Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, halte ich Ihren Antrag ganz und gar nicht für richtungsweisend. Ginge es nach Ihnen, so würde jede Befristung der Studienabschlußförderung gestrichen; Befristung einer Maßnahme, die von ihrer Grundidee her zur Überbrückung gedacht war für eine Phase, in der durch Strukturreformen die Studienbedingungen an den deutschen Universitäten verbessert werden sollten. Würde Ihr Gesetzentwurf heute vom Bundestag angenommen, so würde dies bedeuten, daß wir jeden Glauben an eine **Strukturreform im Hochschulbereich**, die ein Studium in der Regelzeit ermöglichen würde, verloren hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das können Sie doch im Ernst nicht wollen.

Die Gespräche und Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Hochschulverbänden haben gezeigt, daß es mit den Reformen im Hochschulbereich so eine Sache ist. Alle beschwören sie, aber wer soll sie umsetzen?

(Doris Odendahl [SPD]: Ja, bei den Studenten fangen Sie an!)

Den Studentinnen und Studenten, die in den Hörsälen keinen Platz mehr finden, die auf Grund der Studienbedingungen, wie wir sie nun einmal haben, die Regelstudienzeiten in nahezu allen Bereichen überschreiten, denen, die heute vor der Entscheidung stehen, ein Studium aufzunehmen und sich in das teilweise herrschende Chaos an deutschen Universitäten zu stürzen, wird jedoch mit den bisherigen Absichtserklärungen nicht weitergeholfen.

Es fehlt nach wie vor an durchgreifenden Reformen, die den Abschluß eines Studiums an den deutschen Universitäten in den Regelstudienzeiten tatsächlich ermöglichen können. Dieses Ziel dürfen wir eben

auch bei einer BAföG-Diskussion nicht aus den Augen verlieren. Beim Lesen Ihres Gesetzentwurfs, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, hatte ich allerdings diesen Eindruck. (C)

Ganz bewußt haben wir uns für eine befristete Verlängerung der **Studienabschlußförderung** ausgesprochen,

(Doris Odendahl [SPD]: Weil Sie es nicht kapiert haben!)

über deren Notwendigkeit in der derzeitigen Hochschulsituation kein Zweifel besteht. Nach den vorliegenden Zahlen des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft gaben rund 75 % der nach § 15 Abs. 3 a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes geförderten Studentinnen und Studenten an, sie hätten ihr Studium ohne die Studienabschlußförderung später oder gar nicht abgeschlossen.

Es kann aber doch nicht unser Ziel sein, die Studienabschlußförderung auf alle Zeiten einzuführen. Sie alle wissen, wie problematisch es ist, einmal eingeführte gesetzliche Fördermaßnahmen zurückzunehmen. Unser Ziel muß es vielmehr sein, endlich durchgreifende Strukturreformen im Hochschulbereich auf den Weg zu bringen.

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Odendahl zu beantworten?

**Hubert Hüppe (CDU/CSU):** Nein. Ich bin gleich fertig, dann kann sie ihr Statement abgeben.

(Lachen bei der SPD)

(B)

(D)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Frau Abgeordnete, es ist sein gutes Recht, eine Zwischenfrage nicht zuzulassen.

(Zuruf von der SPD: Er scheint ein Morgenmuffel zu sein!)

**Hubert Hüppe (CDU/CSU):** Nein, da vertun Sie sich aber.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Lassen Sie doch, er ist noch ein bißchen unsicher!)

**Hubert Hüppe (CDU/CSU):** Es ist schön, wie abgehoben Sie sind.

Mit unserer Festlegung auf den Termin 30. September 1996 wollen wir ein deutliches Signal an alle geben, die zum Gelingen dieser Reformen beitragen können. Packen wir es endlich konkret an, und bringen wir es zu einem Ende.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen. Lassen wir uns heute ein gemeinsames Zeichen in die richtig Richtung geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das Wort hat der Abgeordnete Dirk Hansen.

**Dirk Hansen (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion erklärt natürlich

**Dirk Hansen**

- (A) ausdrücklich ihre Absicht zur Weiterführung der Studienabschlußförderung bis 1996. Denn es ist ja nachgewiesenermaßen eines der wenigen wirklich wirksamen Instrumente zur Studienzeitverkürzung.

Die 12. BAföG-Novelle, von CDU/CSU und F.D.P. initiiert, macht die Förderung von höchstens zwölf Monaten zusätzlich möglich, wenn Studierende innerhalb der Förderungshöchstdauer zur Abschlußprüfung zugelassen worden sind und das Prüfungsamt bescheinigt, daß die Ausbildung innerhalb dieser zwölf Monate auch abgeschlossen werden kann. Hinzu käme: Wenn sich das Studium aus schwerwiegenden Gründen — Behinderung, Krankheit, Pflege, Erziehung kleinerer Kinder, Schwangerschaft oder anderen Gründen — verzögert, ist Förderung möglich, wenn sich die Zulassung zur Prüfung eben deswegen hinziehen sollte.

Die 12. BAföG-Novelle hatte die Befristung bis zum 30. September diesen Jahres vorgesehen. Es war Ausdruck der Absicht, nach angemessener Zeit zu prüfen, ob die **Studienabschlußförderung** das geeignete Mittel sei, das eigentliche Ziel, **Studienzeiten zu verkürzen**, zu erreichen. Die wirtschaftliche Absicherung des Studiums in der Examensphase möglich zu machen und damit dann die Studienzeiten insgesamt zu verkürzen, war und ist Ziel dieser Maßnahme.

Die HIS-Erhebung, also des Hochschul-Information-Systems Hannover, hat im Sommer 1992 klare Belege für die positive Wirkung dieser Maßnahme gebracht. 83,8% derjenigen, die nach § 15 BAföG-Förderung erhalten hatten, haben ihren Abschluß schneller als der Durchschnitt aller Studenten erreicht. 61% der Geförderten erklärten, daß sie — Herr Hüppe hatte schon darauf hingewiesen — ohne diese Abschlußförderung ihr Studium entweder später beendet oder gar abgebrochen hätten.

- (B) 1991 und 1992 sind 20 000 Studierende in den Genuß dieser Maßnahme gekommen. Mit insgesamt 90 Millionen DM wurde diese Maßnahme finanziert. Der Bund trug davon 60 Millionen DM. Im Gesetzentwurf der Koalition können Sie nachlesen, wie die Finanzfortschreibung aussieht.

Heute, 1993, ist bei aller Bekanntheit der angespannten finanziellen Lage zu sagen: Mit der **Verlängerung der ursprünglich befristeten Maßnahmen** ist es möglich, einen Beitrag gegen zu lange Studienzeiten zu leisten, was ja im Blickpunkt des Bildungsgipfels im September 1993 steht und allerorten von verschiedensten Seiten — alle ziehen insoweit an demselben Strang — vorgebracht wird: Die Ausbildungszeiten, speziell auch die Studienzeiten, in Deutschland sind zu lang. Also muß diese Maßnahme verlängert werden.

Warum nicht unbefristet? Nach sozialdemokratischer Manier wird natürlich wie immer gesagt: Möglichst viel, möglichst immer, also dauernd, egal ob die Maßnahmen hinsichtlich der Zielsetzung dann noch wirken oder nicht. Deswegen ist es richtig, die Maßnahme auch jetzt wieder bis 1996 zu befristen. Denn würde man die Begründung, damit Studienzeiten verkürzen zu wollen, als solche aufheben, indem man die Maßnahme unbefristet verlängerte, hätte man das

eigentliche Ziel gar nicht mehr im Auge. Die Maßnahme wäre geradezu kontraproduktiv. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Es ist also richtig — das sei in bestimmte Richtungen durchaus auch laut im Parlament artikuliert —, die Maßnahme eben nicht zu stoppen, sondern über den 30. September dieses Jahres hinaus zu verlängern, sie aber andererseits natürlich nicht nach SPD-Manier unbefristet oder ad infinitum zu verlängern nach dem Motto: Tue Gutes, rede darüber, aber laß es die anderen tun. Nein, so können wir nicht verfahren. Wir würden die Absichten der Studienabschlußförderung geradezu verwässern. Das darf nicht geschehen.

Die Befristung läßt es zu, dann erneut in eine Prüfung der Wirksamkeit des Instruments einzusteigen. Der nächste Deutsche Bundestag wird dazu Gelegenheit haben, um dann neu zu entscheiden.

Die F.D.P. wird — im Sinne der Sache, Frau Oden Dahl — für unseren Antrag stimmen.

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Dr. Dietmar Keller das Wort.

**Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An beiden Gesetzentwürfen, die dem Hohen Haus vorliegen, ist zu begrüßen, daß sie von der Einsicht ausgehen, daß die Studienabschlußförderung ein vernünftiges Instrument zur wirtschaftlichen Absicherung der Studierenden in der Examensphase ist und deshalb auch beibehalten werden soll. (D)

Da allerdings die Koalition auf eine Begründung ihres Gesetzentwurfes weitestgehend verzichtet, sind die in ihrem Entwurf vorgesehene Befristung und auch die vorgetragenen Argumente für mich nicht einsichtig. Der Hinweis auf den Hintergrund noch nicht abgeschlossener **Strukturenreformen** an den **Hochschulen** ist mir als Begründung einfach zu dürftig. Erstens liegen wohl Vorschläge zu einer Studienstrukturenreform vor, aber angesichts dessen gleich von einer noch nicht abgeschlossenen Strukturenreform zu reden, ist wohl sehr vermessend, zumal ich zweitens hoffe und wünsche, daß sich die vorrangig marktwirtschaftliche Orientierung dieser Vorschläge nicht durchsetzen wird.

Die Begründung des SPD-Entwurfs schließt ein, keine neue Frist für die Studienabschlußförderung zu setzen. Da hier Abgeordnete aus den alten Bundesländern gesprochen haben und ich als Vertreter der neuen Bundesländer spreche, möchte ich speziell aus der Sicht der Studierenden der neuen Länder gegen eine neuerliche **Befristung** sprechen. Warum? Mit gutem Grund kann angenommen werden, daß die Studienabschlußförderung erst in den kommenden Jahren und mit Sicherheit über das Jahr 1996 hinaus in Ostdeutschland eine größere Rolle spielen wird, und zwar vor allem deshalb, weil es durch inhaltliche Umstrukturierungen und Personalengpässe in vielen Studiengängen mit großer Sicherheit zu Studienzeitverlängerungen kommen wird, die durch die Studie-

**Dr. Dietmar Keller**

(A) renden nicht selbst verschuldet werden und durch sie auch kaum beeinflussbar sind. Ganz augenfällig wird das im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich sein, wird sich aber wahrscheinlich nicht darauf beschränken.

Aus dieser Sicht und vor allen Dingen im Interesse der Studentinnen und Studenten Ostdeutschlands bin ich für eine Studienabschlußförderung ohne neuerliche Fristensetzung.

Danke.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Doris Odendahl das Wort.

**Doris Odendahl (SPD):** Lieber Herr Kollege Hüppe, diese Kurzintervention wäre gar nicht nötig geworden, aber nachdem Sie im Gegensatz zu mir doch ein Statement abgegeben und bei mir einen Verdacht genährt haben, will ich das zerstreuen.

Ich wollte Ihnen eine Sachfrage stellen, die Sie nicht beantwortet haben, die aber in dem Zusammenhang beantwortet werden muß. Ich wollte nämlich fragen, ob Sie davon ausgehen, daß die **Hochschulstrukturreform**, die ja bis heute noch nicht richtig angefangen hat, in drei Jahren abgeschlossen ist; denn damit haben Sie Ihre Befristung begründet. Das haben Sie nicht beantworten wollen. Ich gehe davon aus, daß Sie es auch nicht können. Aus dem Grunde ist eigentlich Ihre Begründung der Befristung obsolet.

(B) Weil ich noch eine Minute Zeit habe, nehme ich die Gelegenheit, meinen vorherigen Freudschen Versprecher hiermit zu korrigieren. Es lag mir völlig vern, den Bundeskanzler gleichzeitig als Gipfel zu bezeichnen, sondern ich wollte in der Tat vom Bildungsgipfel reden, den der Bundeskanzler besteigen will. Ich hoffe, daß das jetzt ebenfalls geklärt ist. Es liegt mir völlig fern zu sagen, der Bundeskanzler an sich ist der Gipfel.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Zurufe von der F.D.P.: Das ist ja nun wirklich der Gipfel!)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Dr. Gerhard Päselt das Wort.

**Dr. Gerhard Päselt (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Studienabschlußförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sieht vor, daß Studierende, die bestimmte Kriterien erfüllen, bis zu einem Jahr über die Förderungshöchstdauer hinaus unterstützt werden können. Wir haben mit dieser Regelung, die bis zum 30. September 1993 befristet ist, gute Erfahrungen gemacht.

Die Ergebnisse einer Befragung des HIS Hannover rechtfertigen die 225 Millionen DM Gesamtkosten, die uns über vier Jahre hinweg entstehen werden, als eine lohnende Investition zur **Verkürzung der Stu-**

**dienzeiten.** Daher plädiere ich für die Verlängerung der Förderung bis zum 30. September 1996. (C)

Im einzelnen zeigt die vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Auftrag gegebene Studie, daß von den rund 20 000 gemeldeten Geförderten die überwiegende Zahl — das sind 83,8% — das Studium während der Dauer der Abschlußförderung erfolgreich beendet hat.

Im Bereich der Universitäten wurde die **Abschlußförderung** von den Studierenden durchschnittlich nur 7,1 Monate in Anspruch genommen, im Fachhochschulbereich sogar nur 5,9 Monate. Die verbreitete Nichtausschöpfung der maximal einjährigen Unterstützung ist auch ein Zeichen für die hohe Motivation der BAföG-Empfänger, endlich zu einem Studienabschluß zu kommen.

Beeindruckend an der Untersuchung finde ich auch, daß die Quote der geförderten erwerbstätigen Studenten während der Abschlußförderung von 62,8% auf 44,8% zurückgegangen ist. Meiner Ansicht nach belegt dies, daß die Studierenden durch die Abschlußförderung mehr Zeit für die Prüfungsvorbereitungen erhalten, was sich sicherlich auch positiv auf die Zahl der erfolgreich absolvierten Abschlußprüfungen auswirkt.

Ergänzt man diese objektiven Zahlen noch mit dem subjektiven Empfinden der Studierenden, so wird die Wirksamkeit der Studienabschlußförderung noch deutlicher. Auf die Frage „Hat die Studienabschlußförderung Ihren Studienablauf beeinflusst?“ antworteten 21% der Befragten: „Ich habe mich früher zur Abschlußprüfung gemeldet.“ 33,8% gaben an: „Ich konnte mir mehr Zeit zur Vorbereitung der Abschlußprüfung lassen.“ (D)

Auf die hypothetische Frage, was geschehen wäre, wenn die Abschlußförderung nicht gegeben würde, erklärten 57,9%, das Studium wäre später abgeschlossen worden. 3,3% erklärten sogar, daß sie das Studium abgebrochen hätten.

Positiv sei auch vermerkt, daß gerade die für unsere Wirtschaft besonders interessanten Studiengänge der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften überproportional am Abschlußförderungsprogramm teilgenommen haben.

Eine kritische Anmerkung nach meinen durchweg optimistischen Ausführungen sei mir aber erlaubt. Der Wissenschaftsrat hat in seinen zehn Thesen zur Hochschulpolitik erklärt, daß die **Überprüfung der Förderungshöchstdauer in den einzelnen Studiengängen** geboten ist, um einige offenkundige Ungereimtheiten zu beseitigen. Gegenwärtig können in einigen Fächern bis zu 90%, in anderen jedoch nur 10% der Absolventen ihr Studium in der Förderungshöchstdauer abschließen. Wir müssen die überdurchschnittliche Förderungshöchstdauer einiger Studiengänge reduzieren. Dies ist gerade im Kontext mit dem vorliegenden Entwurf notwendig, da die Studienabschlußförderung an der Förderungshöchstdauer orientiert ist.

Abschließend möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß wir uns künftig häufiger hier zusammenfinden, um auch über die **berufliche Bil-**

**Dr. Gerhard Päselt**

- (A) **dung** und deren finanzielle Unterstützung nachzudenken. Ich denke hier speziell an die Verbesserung der Meisterfortbildung. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung angekündigt, die Zuschüsse zu den Kosten der Meisterkurse zu erhöhen.

(Doris Odendahl [SPD]: Zum Beispiel durch AFG-Kürzung!)

Die hierfür erforderlichen 300 bis 400 Millionen DM wurden dann aber wegen der Kürzung der Mittel für die Bundesanstalt für Arbeit gestrichen. Dies könnte die Glaubwürdigkeit unserer oft verkündeten Absicht in Frage stellen, die berufliche Bildung zu stärken. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen.

(Doris Odendahl [SPD]: Solidarpakt!)

Zum Abschluß noch eine kleine Bemerkung, Herr Keller, an Ihre Adresse. Es war doch eigentlich günstig, daß wir uns um die Studierenden der DDR in dieser Art gekümmert haben. Vielleicht sollten wir das auch weiterhin tun. Dann brauchten wir diese finanzielle Förderung nicht in dieser Form auszuweiten. Ich plädiere dafür, die alten Studienzeiten einzuhalten, auch auf unserem Gebiet; denn das Nichtausschöpfen der zwölf Monate bedeutet ja, daß gegenwärtig die persönliche Betreuung relativ gut ist und damit das Studium früher abgeschlossen werden kann. Das war ja auch unser Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Professor Dr. Rainer Ortleb, das Wort.

(B)

**Dr. Rainer Ortleb,** Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße den von den Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag eingebrachten Entwurf eines 16. BAföG-Änderungsgesetzes zur Fortführung der Studienabschlußförderung. Die nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien erforderlichen Schritte sind eingeleitet.

Ich habe mich seit langem trotz der angespannten finanzwirtschaftlichen Situation dafür ausgesprochen, die Studienabschlußförderung befristet zu verlängern. Dieses Förderungsinstrument hat sich sehr bewährt. Ich unterstütze deshalb die Auffassung der Koalitionsfraktionen,

(Zuruf von der F.D.P.: Sehr gut!)

diese Förderung für weitere drei Jahre fortzuführen, um die Strukturreform an den Hochschulen und die Bemühungen um eine Verkürzung der tatsächlichen Studienzeiten zu flankieren.

Es sind inzwischen in den einzelnen Ländern und Hochschulen unterschiedlich intensive Maßnahmen zur **Studienzeitverkürzung** ergriffen worden. Leider konnte eine generelle Verkürzung der allgemeinen Fachstudienzeiten noch nicht erreicht werden. Ich gehe davon aus, daß entsprechende Anstrengungen verstärkt fortgesetzt werden und in absehbarer Zeit ein Studium in der **Regelstudienzeit** ermöglicht wird.

Dieses Ziel unterstützen auch die Länder, die Hochschulrektorenkonferenz und der Wissenschaftsrat.

Eine dauerhafte, unbefristete Abschlußförderung, wie der Gesetzentwurf der SPD dies vorsieht, geht von einem Scheitern dieser Bemühungen aus. (C)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Herr Minister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhlwein zu beantworten?

**Dr. Rainer Ortleb,** Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ich würde das gern am Ende meiner relativ kurzen Ausführungen tun.

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Gut, einverstanden.

**Dr. Rainer Ortleb,** Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Frau Odendahl, Sie hatten die Güte, die bisherigen **BAföG-Novellierungen** als Flickwerk zu bezeichnen. Da die Gesetzesinitiativen natürlich bewußt auch von meinen Überlegungen ausgegangen sind und ich demzufolge meine, davon betroffen zu sein, lege ich Wert darauf, klarzustellen: Die 14. Novellierung hob ungerechte und ungünstige Regelungen auf, die aus dem Einigungsvertrag zu bereinigen waren. Die 15. paßte den Grundbedarf Ost dem im Westen an, so daß die 14. und die 15. Novellierung Notwendigkeiten der deutschen Einheit waren — abgesehen davon, daß regelmäßige Novellierungen alle zwei Jahre im Gesetz angelegt sind,

(Zuruf von der F.D.P.: So ist es, Frau Odendahl!)

Schließlich: Die 16. Novellierung dient zur Verlängerung der Studienabschlußförderung, ohne Ergebnisse des Bildungsgipfels vorwegnehmen zu müssen. (D)

Im Sommer des vergangenen Jahres führte die Hochschul-Informations-System GmbH Hannover auf meine Veranlassung hin eine Erhebung durch, um genauere Informationen über die **Wirksamkeit der Studienabschlußförderung** zu erhalten. Das Ergebnis der Studie zeigt, daß sich die Studienabschlußförderung als Instrument mit einer hohen Erfolgsquote, mit einem Beschleunigungseffekt im Hinblick auf die Studiendauer und mit weit niedrigeren Kosten als ursprünglich angenommen in hohem Maße bewährt hat. Durch sie wird Erwerbstätigkeit in der Examensphase vermieden. Sie bietet den Studierenden einen Anreiz, sich vor Ablauf der Förderungshöchstdauer zur Prüfung zu melden.

Die HIS-Erhebung dient zugleich der Vorbereitung des vom Deutschen Bundestag bis zum 1. Oktober 1993 erbetenen Berichts über die Erfahrungen mit diesem Förderungsinstrument.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Herr Minister, würden Sie noch die Frage beantworten, die der Abgeordnete Kuhlwein stellen möchte?

**Dr. Rainer Ortleb,** Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Selbstverständlich, bitte schön.

**Eckart Kuhlwein (SPD):** Herr Minister, weil Sie ja diese Neuregelung der Studienabschlußförderung auf

**Eckart Kuhlwein**

- (A) drei Jahre befristet haben: Glauben Sie wirklich, daß die Bemühungen um eine **Studienreform**, die ja nunmehr seit mindestens 20 Jahren andauern, ausgerechnet in den nächsten drei Jahren mit Erfolg zum Abschluß gebracht werden?

(Zuruf von der SPD: Nein, natürlich nicht!)

**Dr. Rainer Ortleb**, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ich glaube, Herr Kuhlwein, wir können konstatieren, daß die Übereinstimmung von Positionen der verschiedenen daran mitwirkenden Gremien deutlich ist. Ich meine, daß im Gegensatz zu dem Zustand der letzten 15 Jahre heute in der Tat die Chance besteht, den entsprechenden Qualitätssprung zu erreichen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau! So ist es!)

Das, denke ich, ist auch in einer absehbaren Zeit möglich. Wenn ich diesen Optimismus aufgäbe, dann könnte ich generell aufgeben. Das aber tue ich nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU — Eckart Kuhlwein [SPD]: Sehr, sehr mutig!)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg**: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aussprache. Der Ältestenrat schlägt die Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 12/4347 und 12/4763 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vor, zu denen — das muß ich klarstellen, weil gewisse Zweifel aufgetaucht waren — auch der Wirtschaftsausschuß gehört.

- (B) Andere Vorschläge hat das Haus nicht zu unterbreiten. Dann darf ich die Überweisung als beschlossen feststellen.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Berufsbildungsbericht 1993**

— Drucksache 12/4652 —

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft (federführend)

Haushaltsausschuß

Ausschuß für Wirtschaft

Der Ältestenrat schlägt hier eine Debattenzeit von eineinhalb Stunden vor. Ist das Haus damit einverstanden? — Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Ich eröffne die Debatte und erteile dem Abgeordneten Engelbert Nelle das Wort.

(Siegfried Vergin [SPD]: Herr Nelle macht die Vorlage! — Zuruf von der CDU/CSU: Nicht immer!)

**Engelbert Nelle** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! „Angesichts des sich immer deutlicher abzeichnenden Fachkräftemangels müssen wir mehr Jugendliche für eine duale Ausbildung gewinnen.“ Herr Minister, ich habe Sie zitiert. Dieses Zitat habe ich einer Presseerklärung entnommen, unmittelbar nachdem das Kabinett den Berufsbildungsbericht 1993 genehmigt hat. Ich

möchte mich hier in den wenigen Minuten heute morgen genau mit dieser Problematik, die Sie angesprochen haben, befassen, weil ich gerade auf diesem Felde große Sorge habe. (C)

In der Tat ist aus dem Berufsbildungsbericht 1993, der die **Berufsausbildungssituation des Jahres 1992** beschreibt, in der Tendenz jedenfalls weiterhin das **Auseinanderklaffen von Bildungs- und Beschäftigungssystem** erkennbar.

Während die Hochschulen überquellen — auf 800 000 **Studienplätzen** sitzen, oder man müßte besser sagen: stehen 1,8 Millionen Studenten —, blieben im letzten Jahr wiederum wie auch 1991 120 000 bis 140 000 angebotene **Ausbildungsplätze** unbesetzt.

(Doris Odendahl [SPD]: Vor allem für Fleischer, Bäcker und Friseur!)

— Ich komme darauf noch zu sprechen, Frau Kollegin.

Im gleichen Jahr schrieben sich 250 000 Studienanfänger an den westdeutschen Hochschulen ein. Das Zahlenverhältnis der **Lehrlinge** im ersten Ausbildungsjahr zu den **Studenten** im ersten Semester hat sich deutlich zu Lasten des dualen Systems verändert. Wenn diese Entwicklung anhält, dann wird sich die Schere zwischen dem geringen Angebot und dem hohen **Bedarf an qualifizierten Facharbeitern** weiter öffnen. Bildung und Beschäftigung dürfen aber nicht weiter auseinanderklaffen.

In der vergangenen Woche habe ich hier in diesem Hause in Bonn mit 25 jungen Damen und Herren einer 12. Klasse eines Gymnasiums aus Niedersachsen, die den Bundestag besuchten, eine Diskussion über ihre berufliche Zukunft geführt. Alle strebten wie selbstverständlich das **Abitur** an, weil sie der Meinung waren — das brachten sie auch zum Ausdruck —, nur mit dem Abitur und einem anschließenden Studium gebe es für sie eine **berufliche Karrieremöglichkeit**. (D)

(Zuruf von der SPD: Ja, das ist die Fehleinschätzung!)

Diese ihre Meinung war vor allem durch Informationen von ihren Lehrern und Eltern erhärtet worden.

Ich meine, die Wirklichkeit sieht dagegen ganz anders aus. Wahr ist, daß das **Beschäftigungsproblem der Hochschulabsolventen** deutlich zunimmt. Fast ein Viertel der Hochschulabgänger findet schon heute keinen Arbeitsplatz, der ihrer Ausbildung entspricht. Man findet sie in vielen Berufen — nur nicht in dem, für den sie ausgebildet sind.

(Doris Odendahl [SPD]: Das ist mit dem Bäcker auch so!)

Es ist sicher für diese jungen Menschen eine bedrückende Erfahrung, wenn alle ihre Anstrengungen der Schul- und Studienzzeit zu dem Ergebnis führen, mit einer solchen Ausbildung nicht gefragt zu sein. Auf der anderen Seite droht dem **bewährten System der dualen Ausbildung** — wir wissen, in der ganzen Welt hochgelobt und anerkannt — eine schlechende Auszehrung, wenn vergleichsweise immer weniger junge Menschen, Frau Odendahl, Bäcker, Elektriker, Mechaniker oder gar Kaufmann werden wollen.

**Engelbert Nelle**

(A) Ich erinnere an zwei Zahlen: Noch 1984 haben wir 705 000 **Ausbildungsverträge** abschließen können. Der Berufsbildungsbericht 1993 sagt, daß wir im Jahre 1992 nur noch 499 000 solcher **Ausbildungsverträge** abgeschlossen haben.

Die **Fachkräfte** in Industrie, Handwerk, Handel und in den freien Berufen sind aber eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft und müssen dies auch bleiben. Die Zukunft unserer modernen **Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft** ist eben mit Akademikern allein nicht zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Junge Leute zwischen 10 und 25 Jahren, über deren Bildung und Ausbildung wir heute diskutieren, werden erst weit im nächsten Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebens sein und die Entwicklung unseres Landes bestimmen. Deswegen ist das, was wir jetzt tun oder unterlassen, von allergrößter Bedeutung für den **Wirtschaftsstandort Deutschland**. Darum müssen wir stärker als bisher alles unternehmen, was dazu beiträgt, daß sich die soeben zitierte Schere zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem wieder schließt.

Es gibt sicher eine ganze Reihe von Punkten, die wir hier angehen müßten. Ich möchte heute morgen — vor allem auch nach den Erfahrungen mit der 12. Klasse eines Gymnasiums, von denen ich soeben berichtete — für eine großangelegte **Informationskampagne** über die **Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter** werben. Dies sollte auch in Verbindung mit den Gewerkschaften, mit den Arbeitgeberverbänden und vor allem mit den Kammern geschehen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Zusammenhang habe ich gerade am Wochenanfang eine sehr hilfreiche Erfahrung gemacht. In meinem Wahlkreis fand, veranstaltet von der **Handwerkskammer Gifhorn**, eine sogenannte **Berufsfindungsmesse** statt. Ich habe es als für die jungen Leute wirklich hilfreich empfunden, daß sie an den einzelnen Arbeitsplätzen, die sie dort ausgestellt sahen, auch selbst mittun konnten, mittüfeln konnten, um zu erfahren, ob da nicht auch etwas für ihre Begabung dabei war.

Ich will wie in den letzten Jahren — ich kann das nur kurz ansprechen; ich glaube, einer meiner Kollegen wird nachher noch vertieft darauf eingehen — weiterhin für eine **Differenzierung in der Berufsbildung** werben. Denn ich glaube, daß es eine große Gruppe von jungen Menschen gibt, die bisher entweder gar keinen Zugang zur Berufsausbildung gefunden oder diese, aus welchen Gründen auch immer, vor allen Dingen wegen der theoretischen Überlastung, abgebrochen haben. Es gibt eine ganze Reihe von jungen Ausländern, es gibt vor allen Dingen eine ganze Reihe von behinderten jungen Menschen, die aber durchaus eine praktische Begabung haben und die wir auf diesem Wege, wenn es dafür Berufsbilder gäbe, auch ansprechen könnten.

Ich will weiterhin für die **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung** werben. Ich sage an dieser Stelle, daß ich für den Gesetzesantrag der SPD, dem wir bisher nicht in allen Teilen zuge-

stimmt haben, hinsichtlich der Rahmenrichtlinien sehr dankbar bin, da er ein guter Anstoß war, über den wir weiter sprechen sollten. (C)

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Wenn die Koalition auf dem richtigen Weg ist, helfen wir ihr gern!)

Ich begrüße in diesem Zusammenhang auch die von unserem Bundesbildungsminister geäußerte Meinung und will das nur an zwei Punkten festmachen: Der Berufsschulabschluß ist dem Realschulabschluß gleichwertig, und der Meister-, Techniker- und ein vergleichbarer Fortbildungsabschluß vermittelt grundsätzlich eine fachgebundene Hochschulreife. Hier stimmen wir Ihnen zu, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Es gäbe noch eine Vielzahl anderer Punkte, die wir gern ansprechen möchten. Meine Kollegen werden das nachher tun. Ich erwarte eine gute Beratung in unserem Ausschuß und hoffe, daß ich bei unserer Schlußdiskussion im Herbst einen großen Konsens feststellen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Eckart Kuhlwein.

**Eckart Kuhlwein (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Berufsbildungsbericht, über den wir heute beraten, enthält eine ganze Reihe richtiger Erkenntnisse, und das ist ja angesichts der Wissenschaftlichkeit der Vorarbeiten auch nicht anders zu erwarten. Politische Schlußfolgerungen jedoch werden aus diesen Erkenntnissen nicht gezogen, und der Kabinettsbeschluß vom 17. März 1993 ist an Dürftigkeit kaum noch zu überbieten: 34 Zeilen in vier Ziffern! (D)

(Dirk Hansen [F.D.P.]: In der Kürze liegt die Würze!)

Die Bundesregierung hat sich nicht nur quantitativ, Herr Hansen, sondern auch qualitativ von der Berufsbildungspolitik als Gestaltungsaufgabe verabschiedet. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

Der Bericht stellt richtig fest, daß die **Zunahme der Zahl der Studienanfänger** bisher gar nicht zu Lasten der **Ausbildung im dualen System** gegangen ist — das wüßten Sie, Herr Nelle, wenn Sie es nachgelesen hätten —, weil immer mehr Studienanfänger eine **Berufsausbildung** mitbringen. Das Studium tritt also nicht an die Stelle einer Ausbildung im dualen System, sondern schließt an sie an. Ich hätte jetzt von der Bundesregierung in diesem Bericht gern gehört, ob dieses Verhalten, das zweifellos **Ausbildungszeiten** verlängert, der künftige Königsweg sein soll oder wie der Wunsch der jungen Menschen, auf der einen Seite erst eine berufliche Sicherheit durch eine Lehre zu haben, auf der anderen Seite aber gleich das Weiterlernen zu organisieren, in ein neues **Konzept einer Ausbildung im tertiären Bereich** gegossen werden könnte.

**Eckart Kuhlwein**

(A) Die Koalition hat in der Enquete-Kommission „Bildung 2000“ den Satz unterschrieben, die in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit vollzogene **Steigerung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus** sei — wörtlich — „keine Fehlentwicklung, sondern ein Gewinn“. Sie hat sich damit einer positiven Bewertung des Prozesses der **Bildungsexpansion** angeschlossen. Ich wundere mich, Graf Waldburg, warum die damals, 1990, gemeinsame Erkenntnis heute nicht mehr gelten soll, zumal wir durch einschlägige Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung heute ziemlich genau wissen, daß die **sekundären Dienstleistungen** die großen Gewinner des laufenden Strukturwandels sein werden. Zu diesen Dienstleistungen gehören Betreuen, Beraten, Lehren, Publizieren, Forschung und Entwicklung, Management und Organisation. Für solche Tätigkeiten ist in der Regel der Abschluß einer Fachhochschule oder Universität erforderlich.

Wer diese Trends nicht wahrhaben will, meine Damen und Herren, und wer daraus keine Konsequenzen zieht, der mißachtet nicht nur die Bildungswünsche einer wachsenden Zahl junger Menschen, sondern gefährdet auch den **Standort Deutschland**.

Wenn Sie, Herr Kollege Nelle, jetzt in die Parolen der Arbeitgeber einstimmen, die neuerdings wieder Antihochschulwerbung machen, dann fallen Sie auf einen Trick herein; denn auch die Arbeitgeber waren, als wir, Graf Waldburg, in der Enquete-Kommission beraten haben, durchaus mit uns der Meinung, daß es gesellschaftlich und ökonomisch vernünftig ist, auch die Bildungsexpansion im tertiären Bereich zu fördern.

(B) Der Bericht analysiert richtig, daß der Trend zu höheren **allgemeinbildenden Abschlüssen** auch künftig anhalten wird, wenn nicht weitere Optionen aus der **beruflichen Bildung** eröffnet werden. Er erkennt, daß allein das Abitur sämtliche Optionen des Zugangs zu allen Bildungswegen eröffnet. Die einzige Schlußfolgerung daraus in dem Bericht ist dann, daß es „eine Aufgabe von herausragender Bedeutung“ sei, die berufliche Bildung attraktiver zu machen und stärker auf die Befähigungen und Interessen von Jugendlichen hin auszurichten.

Meine Damen und Herren, solche lapidaren Feststellungen werden künftig nicht mehr ausreichen, wenn dauerhaft der Nachwuchs auch für die Facharbeiterebene gesichert werden soll. Sie wissen genauso gut wie wir, daß die Behauptung von den „guten Beschäftigungsperspektiven für Fachkräfte“ aus dem bildungspolitischen Programmentwurf der CDU, Herr Lammert, so einfach nicht stimmt. Ich halte es eher mit Friedrich Buttler und Friedemann Stooß vom IAB, die festgestellt haben, daß die Beschäftigungsperspektiven in den Fachberufen den Erwartungen von Eltern und jungen Erwachsenen eben gerade nicht gerecht werden. Da steht nämlich in einem Aufsatz, das duale System biete den Lehrlingen immer noch lediglich die gestrigen Berufskarrieren. Der aufstiegsorientierte Absolvent wird auf höherwertige schulische Bildung oder auf unternehmensinterne Qualifizierung im mittleren Bereich verwiesen.

Wo die Perspektiven für die Facharbeiter, die Sie beschwören, wirklich liegen, wird auch deutlich,

wenn man die Zahlen der **Nettomonatseinkommen** von 1989 vergleicht. Sie lagen damals im Durchschnitt für Männer über alle Qualifikationsebenen bei 2 285 DM; Absolventen des dualen Systems lagen mit 2 159 DM darunter; Universitätsabsolventen erhielten 4 181 DM, Fachhochschulabsolventen 3 676 DM. Meine Damen und Herren, viele junge Menschen und ihre Eltern wissen darüber offenbar besser Bescheid als die CDU in ihrem Programmentwurf, Herr Lammert, und sie entscheiden sich auch deswegen entsprechend, weil sie die besseren sozialen und Aufstiegschancen für ihre Kinder im Abitur und im Studium sehen.

Herr Lammert darf gern eine Zwischenfrage stellen, wenn der Präsident das erlaubt.

(Heiterkeit)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Lammert.

**Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU):** Herr Kollege Kuhlwein, für die Einschätzung zweckmäßiger Entscheidungen für Bildungslaufbahnen spielen viele Gesichtspunkte eine Rolle, und wir beide werden nicht darüber streiten, daß die Aussicht auf **Einkommenschancen** jedenfalls nicht das alleinige Kriterium, vielleicht auch nicht das vorrangige Kriterium solcher Entscheidungen sein sollte. Da Sie dieses Kriterium nun aber — für einen Sozialdemokraten bemerkenswerterweise — ausdrücklich als das prominenteste Kriterium herangezogen haben, würden Sie dann freundlicherweise Ihre statistischen Hinweise auch um die jüngste Untersuchung aus dem Bereich der deutschen Wirtschaft ergänzen, nach denen die **Aussichten von Akademikern auf ausbildungsadäquate Beschäftigungen** einschließlich der damit verbundenen Einkommensperspektiven immer schwieriger geworden sind?

**Eckart Kuhlwein (SPD):** Erstens, Herr Lammert, gehören Sie einer Partei an, die u. a. das Motto vor sich herträgt, daß sich Leistung lohnen müsse.

(Brigitte Baumeister [CDU/CSU]: Ja, das ist richtig!)

Deswegen muß es doch für Sie ein Argument sein, wenn ich sage: Da kriegen sie mehr, und deswegen gehen viele extra dorthin und studieren, weil sie dann am Ende bessere **Einkommenserwartungen** haben.

Das zweite ist, daß ich mich weniger auf die interessengeleiteten Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände als auf die wissenschaftlich fundierten **Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung** verlasse, übrigens eines Instituts, das auch unter gewisser Aufsicht Ihrer eigenen Bundesregierung steht und dessen Daten ich als Oppositionspolitiker natürlich immer einer kritischen Würdigung unterziehen werde, denen ich aber doch einen so hohen wissenschaftlichen Rang einräume, daß ich mich ziemlich oft darauf verlasse und bisher auch gut damit gefahren bin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Bericht beklagt richtigerweise, daß der Anteil von **Jugendlichen ohne Ausbildung** immer noch bei 10 bis 15% liege, und fordert die nachträgliche

Eckart Kuhlwein

- (A) **Qualifizierung** von ungelernten Beschäftigten und von Arbeitslosen. Nun weiß ich nicht, an wen sich diese Forderung richtet. Die Bundesregierung kürzt im Arbeitsförderungsgesetz und leugnet damit ihre eigenen Erkenntnisse aus dem Berufsbildungsbericht. Die Wirtschaft beklagt sich über einen Mangel an Ausbildungsplatzbewerbern, aber sie zeigt keine Bereitschaft, die 1,5 Millionen bis 2 Millionen jungen Menschen nachzuqualifizieren, die in den 80er Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung geblieben sind. — Ich frage die Bundesregierung auch an dieser Stelle nach ihrer Berufsbildungspolitik.

Der Bericht stellt fest, daß die **Integration von jungen Ausländern** in die berufliche Bildung noch nicht in dem erforderlichen Umfang vorangekommen ist. Er appelliert an Betriebe, Praxen und Verwaltungen, sich dieser Gruppe stärker zuzuwenden. An geeigneten Maßnahmen dafür fehlt es jedoch ebenfalls. Deshalb möchte ich auch hier gern die provozierende Frage stellen, warum denn diejenigen, die über unbesetzte Ausbildungsstellen klagen, bisher noch wenig oder gar nichts für die Erhöhung der Ausbildungsquote unter den jungen Ausländern und Ausländerinnen getan haben. Hier schließe ich ebenfalls die Frage an, wo denn die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung als Gestaltungsaufgabe bleibt.

Auf eine der zentralen Zukunftsfragen ist die Regierung in ihrem Bericht überhaupt nicht eingegangen. Die Mehrheit der Beauftragten der Länder betrachtet mit Sorge die in einigen Wirtschaftszweigen aufkommende Tendenz, aus Kostengründen die **Zahl der Erstausbildungsverhältnisse** zu verringern. Die Arbeitnehmergruppe wird in ihrem Votum noch deutlicher und sagt, in den alten Bundesländern seien 1992 immer mehr Ausbildungsplätze abgebaut worden; dies werde dort mit ausbleibender Nachfrage begründet, diene aber tatsächlich der **Durchsetzung von Sparkonzepten** in Anbetracht der laufenden **Rezession**. Dann heißt es weiter: Wenn auf dem Wege zur „lean production“ alles schlanker gemacht werden soll, dann leiden darunter eben auch die Ausbildungskapazitäten. — Kein Wort dazu im Bericht der Bundesregierung! Dabei müßten eigentlich alle Alarmglocken klingeln, wenn sich die Spitzenunternehmen klammheimlich aus der Ausbildung zurückziehen und damit der berühmte Exportschlager „duals System“ ad absurdum geführt wird.

- (B)

(Brigitte Baumeister [CDU/CSU]: Ja, aber der Mittelstand kriegt wieder Lehrlinge, und das ist auch wichtig!)

— Ich spreche im Moment von dem feststellbaren **Rückzug der Großindustrie**, die ohnehin unterdurchschnittlich ausgebildet hat, **aus der Ausbildung**. Ich halte das für verhängnisvoll, weil dort hochqualifiziert ausgebildet wurde. Offenbar haben sich leider die Kostenrechner, die kurzfristig rechnen, gegenüber denen durchgesetzt, die langfristige Personalentwicklungsplanung machen.

Auf die Widersprüche zwischen den Erkenntnissen der Bundesregierung und ihrer Bereitschaft zum Handeln in den neuen Ländern wird meine Kollegin Evelin Fischer noch eingehen. Ich will dazu nur sagen: Auch dort hat sich die Regierung aus der Berufsbildungspolitik abgemeldet. Dies wird verheerende Fol-

gen nicht nur für die psycho-soziale Lage vieler Jugendlicher, sondern auch für die Entwicklungsmöglichkeiten des Standorts „neue Länder“ haben. (C)

Die Bundesregierung spricht im Bericht von der notwendigen **Weiterentwicklung der Berufsausbildung**. Sie will jetzt sogar die berufliche Weiterbildung zu einem System ausbauen, Graf Waldburg. In der Enquete-Kommission war das noch strittig. Wir freuen uns über die späte Erkenntnis, daß es in beiden Bereichen Reformbedarf gibt. Die Enquete-Kommission hat 1990 eine Fülle von Vorschlägen dazu gemacht. Wir wundern uns eigentlich darüber, daß der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bis heute, 24 Jahre nach Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes, keinerlei Anstalten macht, das System und seine gesetzlichen Grundlagen systematisch auf Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen. Die Basteleien an einem Ständigen Ausschuß im Bundesinstitut für Berufsbildung durch das neue Berufsbildungsförderungsgesetz reichen als Nachweis für die Reformfähigkeit des Ministeriums zweifellos nicht aus.

(Doris Odendahl [SPD]: So ist es!)

Ich kann am Ende nur betrübt wiederholen, was ich am Anfang festgestellt habe: Die Bundesregierung hat sich aus der Berufsbildungspolitik abgemeldet,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

und sie wird sich einen Teil der daraus folgenden Verwerfungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem zurechnen lassen müssen.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste) (D)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr der Abgeordneten Frau Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink das Wort.

**Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Im Berufsbildungsbericht 1993 erfahren wir, daß die absolute Zahl der Absolventinnen und Absolventen beruflicher Bildungsgänge in den letzten Jahren in Westdeutschland um 4 % gesunken, in Ostdeutschland um 6 % gestiegen ist. Daraus läßt sich noch nicht viel schließen.

Wichtiger ist ein Trend, von dem im Berufsbildungsbericht weniger zu lesen ist. 1992 gab es 500 000 junge Menschen mit Facharbeiter-, Gesellen- oder Gehilfenbrief und 150 000 Hochschulabsolventen und -absolventinnen. Das **Verhältnis der Zahl der Gesellen zu der der Hochschulabsolventen** war also etwa 3 : 1. Anfang der 80er Jahre war das Verhältnis 6 : 1 und in den 70er Jahren sogar 12 : 1. Wird womöglich in fünf Jahren ein Lehrling, der seinen Berufsabschluß erreicht hat, einem Hochschulabsolventen gegenüberstehen?

Vielleicht ist dieser Trend aber nicht nur auf die steigende **Abiturientenquote** bzw. **Studierquote** zurückzuführen. Sind Lehrlinge vielleicht auch zu teuer? Bei vielen Industriebetrieben in Westdeutschland — ich bin froh darüber, daß der Herr Kuhlwein auch darauf eingegangen ist — ist nämlich zur Zeit eine

**Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink**

(A) gewisse Zurückhaltung bei der **Einstellung von Lehrlingen** zu beobachten. Lehrlinge seien zu teuer — so heißt es in einem Bericht des Bundesinstituts für Berufsbildung; dem stehen Sie doch sehr nahe, Herr Rixe —

(Doris Odendahl [SPD]: Dem sollten Sie auch nahestehen! — Weitere Zurufe von der SPD)

— ich stehe Herrn Schmidt auch sehr nahe; völlig klar —,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

weil man zwei Lehrlinge — nach Schätzungen für je 150 000 DM — ausbilden müsse, um einen im Betrieb zu behalten; ein Fachhochschulabsolvent oder eine -absolventin sei billiger, nämlich mit Traineeprogramm zu je 30 000 DM; die Grundausrüstung liefere ja schon der Staat. Einem solchen Trend im Lehrstellenmarkt — sollte es einer sein — müssen wir energisch entgegenreten; denn er wäre verhängnisvoll für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ist unser **duales System** in der Krise? Ich sage: Ja.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Aber dazu steht nichts im Bericht!)

Deshalb muß es unser aller Hauptziel sein, mehr Jugendliche für die duale Ausbildung zu gewinnen. Bedingt durch die technische Entwicklung und durch arbeitsorganisatorische Veränderungen werden — so die IAB-Studie — die Anforderungen an die **Qualifikation der Beschäftigten** in den kommenden Jahren noch steigen. Die Zahl der Arbeitsplätze für An- und Ungelernte wird sich weiter verringern. Wir benötigen also ein vielgliedriges effizientes **Ausbildungs- und Weiterbildungssystem**. Nur so können wir den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern.

Deshalb sind **Begabtenförderung** und **Breitenförderung** keine Gegensätze. Für die Leistungsstärkeren im Ausbildungssystem müssen wir Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Stichworte: Ausbau von Berufsakademien und Ausbau der dualen Fachhochschulausbildung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Jugendliche, die bisher ohne Berufsausbildung geblieben sind — das sind immerhin bis zu 15 % —, benötigen Zusatzausbildungen. Stichwort: gespreizter Facharbeiterbrief, d. h. ein Zertifikat unter dem regulären Facharbeiterabschluß.

Zusammengefaßt müssen wir anstreben: erstens stärkere Differenzierung der Berufsbildung, zweitens Herstellung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, drittens Förderung der Begabten auch in der beruflichen Bildung, viertens Regelung von Möglichkeiten des Übergangs zu Hochschuleinrichtungen für besonders Qualifizierte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung nach Feststellung der Eignung, fünftens Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der Berufsschulen und sechstens verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten im Beschäftigungssystem.

Deutschland braucht eine **Facharbeiterelite** als Rückgrat der Wirtschaft, und deshalb muß neben dem allgemeinbildenden Bildungsweg ein gleichwertiger berufsbildender Weg mit Optionen bis zur Hochschule verstärkt gefördert werden. Konzeptionelle Ansätze dazu sind im Bundesbildungsministerium schon erarbeitet worden, nämlich:

Erstens. Der Berufsschulabschluß ist grundsätzlich mit dem Realschulabschluß gleichwertig.

Zweitens. Der Meister, Techniker oder ein vergleichbarer Fortbildungsabschluß vermittelt eine fachgebundene Hochschulreife.

Drittens. Zum Erwerb der Fachhochschulreife oder der fachgebundenen Hochschulreife sollte für Ausbildungsabsolventen neben dem traditionellen Weg über die Fachoberschule ein neuer beruflicher Bildungsweg eröffnet werden, und zwar durch Zusatzausbildungen.

Fazit, meine Herren, meine Damen: Wir kommen nur aus der Krise des dualen Systems heraus, wenn Jugendliche und Eltern von Industrie, Handwerk und Handel überzeugt werden, im Hochschulstudium nicht die alleinseligmachende Lebensplanung zu sehen. Ich wende mich von hier ganz besonders an die Wirtschaft; denn sie steht auf dem Prüfstand. Die **Wirtschaft** muß endlich mit gezielten **Aus- und Weiterbildungsgängen** ihr Image verändern

(Doris Odendahl [SPD]: Hoffentlich hört sie es!)

und in bezug auf Einkommen, Prestige und Aufstiegsmöglichkeiten wirkliche **Berufsperspektiven** bieten, die von jungen Leuten als **Alternativen zum Studium** angenommen werden. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ebenso darf der **öffentliche Dienst** nicht mehr nur nach formalen Kriterien, sondern muß auch nach Leistung und Bewährung befördern.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU — Eckart Kuhlwein [SPD]: Wo bleibt der Gesetzentwurf der Bundesregierung dazu?)

Das A-13-Syndrom muß weg, im öffentlichen Dienst wie in der privaten Wirtschaft.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Dietmar Keller.

**Dr. Dietmar Keller** (PDS/Linke Liste): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, daß durch die Koalition eine Reihe sehr kritischer Fragen und Probleme des gegenwärtigen Stands aufgeworfen worden ist, die ich nachvollziehen kann und die ich so akzeptiere. Ich sage Ihnen aber — das ist die Tragik der gegenwärtigen Entwicklung —, daß natürlich die Lage im Osten Deutschlands in diesen Fragen etwas anders aussieht. Nachdem Sie Fragen aufgeworfen haben, denen ich zustimme, möchte ich eine Reihe von Fragen aufwerfen, die die **Berufsbildung im Osten Deutschlands** betrifft.

Aus meiner Sicht wird im Berufsbildungsbericht 1993 erneut die Lage falsch eingeschätzt, und deshalb

**Dr. Dietmar Keller**

- (A) werden auch die vorgesehenen Maßnahmen zur **Lösung der Ausbildungsprobleme** unzureichend angegangen. Im Bericht heißt es, daß auch 1992 in der Ausbildung Angebot und Nachfrage ausgeglichen werden konnten. Das ist aus meiner Sicht nicht richtig. Selbst wenn man die ominösen Prozesse außer acht läßt, wodurch die Zahl der Nachfrager bzw. die Zahl der an einer Berufsausbildung Interessierten auf weniger als halb so viele offiziell registrierte Lehrstellenbewerber zusammenschumpft, bleibt Fakt, daß etwa nur jedem zweiten Lehrstellenbewerber ein betrieblicher Ausbildungsplatz in Ostdeutschland angeboten werden konnte.

Da sich die ursprüngliche Nachfrage ausschließlich auf solche Plätze richtete, ergibt sich also nicht, wie der Bericht weiszumachen versucht, eine **Angebot-Nachfrage-Relation** von 102:100, sondern etwa von 50:100. Hierbei ist die grundgesetzlich zugesagte Freiheit der Berufswahl und der Ausbildungsstätte, also die Realisierung des eigentlichen Ausbildungswunsches in der gewünschten Ausbildungsstätte, noch nicht einmal berücksichtigt.

#### Die Ausbildungssituation in Ostdeutschland

(Zuruf von der SPD: Kann man vergessen!)

ist beängstigend. Das hat verschiedene Ursachen, aber zuallererst ökonomische Ursachen. Was ich allerdings fast nicht verstehen kann, ist, daß die Bundesregierung offenbar den Ehrgeiz besitzt, durch Fehleinschätzung oder Nichteinschätzung der Situation und darauf beruhenden Schlußfolgerungen weitere Ursachen für die schlimme Situation zu schaffen. Man kann gern ignorieren, daß ich das so einschätze, aber Sie wissen doch auch, daß gleiches oder ähnliches im Minderheitsvotum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Berufsbildungsbericht steht. Es steht im Minderheitsvotum der Mehrheit der Gruppe der Beauftragten der Länder. Schließlich gibt es sehr seriöse ernstzunehmende Untersuchungen des vom Bund finanzierten Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Auf diese stützt sich wohl auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, wenn er die Alarmglocken schlägt. Warum wird das alles von der Bundesregierung und vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft ignoriert und nicht ernstgenommen?

Mit dem Bericht wird wieder die nächste Runde der Schönfärberei und der Lösung der Probleme auf dem Weg der statistischen Entsorgung Zehntausender ostdeutscher junger Menschen eingeschlagen. Warum geht der Bericht beispielsweise nicht von der vom IAB ermittelten Bewerberzahl von 156 000 für 1993 aus, sondern lediglich von 130 000?

(Zuruf von der SPD: Das ist Statistik!)

Warum werden 20 000 Lehrstellenbewerber (Ost) gleich wieder in den Westen verbucht, obwohl sie eine Ausbildung im Osten haben wollen? Warum wird die Nachfrage von älteren Jugendlichen, jungen Berufstätigen, jungen Arbeitslosen, Wehrpflichtigen und anderen unterschlagen? Was will die Bundesregierung durch die statistische Verkleinerung der Probleme erreichen? Arbeitet sie schon jetzt mit allen

möglichen Tricks erneut darauf hin, daß sie im Herbst wieder von einem Bombenerfolg sprechen kann? (C)

(Zuruf von der SPD: Statistische Taschen-spieler!)

Nach Berechnungen des Berichts fehlen gegenwärtig bei einem gemeldeten **Ausbildungsplatzangebot** von 80 000 ca. 30 000 Plätze. Wenn man die Nachfrage jedoch nicht wie der Bericht auf 110 000 herunterrechnet, sondern realistischerweise bei reichlich 150 000 beläßt, ergibt sich aus meiner Sicht ein Fehlbetrag von etwa 70 000 Plätzen. Diese Lücke wird sich auf keinen Fall schließen lassen, schon gar nicht nach dem Wegfall der Förderung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen nach § 40c AFG.

Da die Appelle an die Wirtschaft nicht den erhofften Erfolg haben werden und der statistischen Entsorgung des Problems bei aller Findigkeit irgendwo Grenzen gesetzt sind, wird es wohl in letzter Minute noch notdürftige Sonderprogramme geben. Wir können uns jedenfalls schon jetzt darauf einrichten, daß im Herbst wiederum die Probleme nicht gelöst sind, aber wir vielleicht wieder von Erfolgen sprechen werden. Die Lage ist ernster, als wir manchmal darüber reden. Es geht um die wirtschaftliche, soziale und ökonomische Existenz im Osten Deutschlands. Es geht um die geistige Einheit der beiden deutschen Staaten.

Danke.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr der Abgeordneten Frau Maria Eichhorn das Wort. (D)

**Maria Eichhorn (CDU/CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **deutsche System der dualen Berufsausbildung** erfreut sich im Ausland eines hohen Ansehens. Zu Recht, meine ich,

(Günter Rixe [SPD]: Nur noch im Ausland!)

garantiert es doch der Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte, einer der Pluspunkte des Bildungsstandsorts Deutschland. Darum ist es auch bei uns immer noch angesehen, wobei wir natürlich etwas tun müssen, Herr Rixe.

(Günter Rixe [SPD]: Richtig!)

Gerade in einem Industriestaat ist die **Ausbildung qualifizierter Fachkräfte** von hoher Bedeutung. Produktion und Dienstleistungen sind auf sie angewiesen. Dennoch scheint das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland in eine Krise zu geraten. Die Zahlen wurden vorhin schon genannt; ich muß sie nicht wiederholen.

Herr Kuhlwein, ich stimme Ihnen zu: Wir brauchen natürlich Akademiker, aber wir brauchen selbstverständlich auch Handwerker. Das **Auseinanderdriften von Bildungs- und Beschäftigungssystem** ist eine Tatsache, die wir schon seit längerer Zeit beklagen. Solange wir jedoch Eltern nicht davon überzeugen können, daß ihr Kind auch ohne den Besuch des Gymnasiums Ansehen und eine aussichtsreiche berufliche Karriere erreichen kann, kommen wir in

**Maria Eichhorn**

(A) der Diskussion nicht weiter. Daß das Problem drängt, sehen wir daran, daß alle Vorredner darauf eingegangen sind.

Alle Beteiligten müssen sich bemühen, die **Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung** zu erhöhen. Die Bildungspolitik kann dazu die Rahmenbedingungen verändern. Dabei ist insbesondere die **Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung** zu nennen. Maßstäbe dafür sind in erster Linie die Berechtigungen, die mit den Abschlüssen verbunden sind.

Zu den Kernpunkten der Überlegungen gehören die mittlere Reife und die Hochschulreife. Die Einigung der Kultusminister der Länder vom Juni 1992 hat zum Inhalt, daß ein guter Berufsabschluß dem Realschul- oder Wirtschaftsschulabschluß gleichgestellt ist. Gleichwertigkeit bedeutet jedoch nicht Gleichartigkeit und keinesfalls gleiches Wissen. Es geht nicht um eine Anpassung der beruflichen Bildung an den Fächerkanon der allgemeinbildenden Schulen. Die berufliche Bildung hat einen eigenständigen Wert. Wenn Hauptschüler mit gutem Erfolg eine Berufsausbildung abschließen und den Nachweis eines fünfjährigen Fremdsprachenunterrichts mit befriedigenden Leistungen erbringen, haben sie sich die mittlere Reife zu Recht verdient, meine ich.

Die **betriebliche Berufsausbildung** darf nicht mit dem Erwerb der mittleren Reife enden. Sie muß darüber hinaus den Zugang zur Fachhochschule eröffnen und die Qualifizierung für die Hochschule ermöglichen. Diese Perspektive muß den Eltern schon während der Grundschulzeit ihrer Kinder deutlich werden, damit sie den beruflichen Bildungsweg von vornherein als echte Alternative erkennen. Nur so kommen wir weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der Abg. Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.])

Ein wesentlicher Beitrag zur Gleichwertigkeit von Berufs- und Allgemeinbildung ist von der **Berufsschule** zu leisten. Dabei stellt sich die Frage, ob die Berufsschule für die neuen Anforderungen gerüstet ist. Die Basis der Berufsausbildung bleibt die Vermittlung fachlicher Kenntnisse und Fähigkeiten. Gleichzeitig ist die Beherrschung eigenverantwortlicher Problemlösung und fächerübergreifender Fähigkeiten notwendig. Die Vermittlung solcher Kompetenzen verändert die Anforderungen an Unterrichtsmethodik und -organisation der Berufsschule.

Im Hinblick auf Europa ist die Einführung von berufsbezogenem **Englisch als Pflichtfach** in kaufmännisch-verwaltenden und technischen Berufen unverzichtbar und, jedenfalls in Bayern, fest vorgesehen.

Den neuen Herausforderungen der **Berufsschule** muß Rechnung getragen werden. Erstens. Ohne zusätzliche Lehrer und ohne Engagement der Aufwandsträger können die Aufgaben nicht bewältigt werden. Kurzfristig ist nur zusätzliches **Personal** zu gewinnen, indem Diplomingenieure und Wirtschaftswissenschaftler für die Berufsschule geworben werden. Auf diese Weise konnten in Bayern zu Beginn des Schuljahres doppelt so viele Studienreferendare wie im Vorjahr eingestellt werden. Die Chancen der

regulären Lehramtsbewerber werden dadurch nicht beeinträchtigt. (C)

Zweitens. Mehr Attraktivität bedeutet im Berufsschulwesen aber auch eine **praxisgerechtere Ausbildung der Lehrer**, im Idealfall mit Abschluß einer betrieblichen Lehre. Darüber hinaus sollten regelmäßige Betriebspraktika für Berufsschullehrer zur Selbstverständlichkeit werden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.])

um mit dem ständigen technischen Fortschritt in den Betrieben leichter Schritt halten zu können.

Drittens. Schließlich gehört dazu auch, daß alle Berufsschulen mit den notwendigen modernen Geräten und Maschinen ausgestattet sind.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Dankenswerterweise werden die Sachaufwandsträger dabei häufig von den Unternehmen der Region unterstützt.

Unser **Arbeitsmarkt** ist marktwirtschaftlich geprägt. Bildungsweg und Beruf können frei gewählt werden. Die Bildungspolitik kann dabei Rahmenbedingungen verändern. Inwieweit solche Veränderungen auch zu Verhaltensveränderungen bei Eltern und Jugendlichen führen, hängt allein davon ab, welche **Karriere- und Einkommenschancen** — das wurde heute schon öfter betont — mit der getroffenen Wahl verbunden werden. Gleichwertigkeit läßt sich daher nur realisieren, wenn Unternehmen und Verwaltungen bereit sind, leistungsstarken und weiterbildungswilligen Berufstätigen auch ohne Abitur und Studium attraktive Berufs- und Karrierechancen zu eröffnen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Wenn junge Ausgebildete erleben, daß gleichaltrige Hochschulabsolventen in Positionen einsteigen, die für sie unerreichbar sind, darf man sich nicht wundern, wenn das Interesse an einer betrieblichen Ausbildung schnell abnimmt. Ich fordere daher die Wirtschaft auf, dafür Sorge zu tragen, daß jungen Menschen, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich im Betrieb bewähren, gleiche **Aufstiegchancen** eingeräumt werden wie Hochschulabsolventen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Dieser Aufstieg ist Voraussetzung für die **Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung**. Auch der öffentliche Dienst ist natürlich gefordert. Es stellt sich durchaus die Frage, ob der Erwerb eines bestimmten Abschlusses automatisch für eine bestimmte Laufbahn qualifiziert. Es ist mit nichts zu rechtfertigen, daß Absolventen der Fachhochschule beim öffentlichen Dienst immer noch niedriger eingestuft werden als Universitätsabsolventen.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Gilt das praxisbezogene Studium beim Staat weniger? Auch der Staat muß Leistung als Kriterium für den

**Marla Eichhorn**

- (A) Aufstieg in den Vordergrund stellen. Flexibilität zwischen den Laufbahngruppen und Einführung von Leistungsanreizen müssen jungen Menschen die Chance eröffnen, unabhängig von Abschlüssen auf Grund von Leistungen nach oben zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin mir darüber im klaren, daß diese Forderung nicht von heute auf morgen zu verwirklichen ist. Um so mehr ist es notwendig, wenn wir unser duales System endlich attraktiver machen wollen, notwendige Veränderungen in die Wege zu leiten. Die dringend gebotene Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung darf keine Vision bleiben. Daher müssen alle Beteiligten bereit sein, die Probleme jetzt in Angriff zu nehmen.

(Zuruf von der SPD: Dazu reicht der Bericht nicht aus! Das ist das Problem!)

Ich fordere uns alle auf, an die Arbeit zu gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr der Abgeordneten Frau Evelin Fischer das Wort.

**Evelin Fischer** (Gräfenhainichen) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Anfang doch noch eine Bemerkung zum **Sinn und Zweck von Statistiken**. Herr Bundesminister, vielleicht kennen Sie den Spruch, den wir hinter vorgehaltener Hand in der DDR oft zitierten — ich habe mit der Zeit gemerkt, daß er nicht nur bei uns Gültigkeit hat, sondern daß er für alle Regierungen gilt —, der da lautet: Die Statistik ist für die Regierung das, was für den Betrunkenen der Laternenpfahl ist. Er dient weniger der Erleuchtung als vielmehr dazu, sich daran festzuhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Alois Graf von Waldburg-Zeil [CDU/CSU]: Aber nur bei der Statistik, die ich selbst gefälscht habe!)

Die Bundesregierung suggerierte uns immer wieder, daß die befürchtete Ausbildungskatastrophe 1992 in den neuen Ländern ausgeblieben sei. Tatsächlich wies die **Statistik** Ende September 1992 3 200 unbesetzte Ausbildungsplätze, aber nur 1 200 noch nicht vermittelte Bewerber aus. Betrachtet man hingegen die Bewerbernachfrage und das Stellenangebot über das gesamte Berufsberatungsjahr, so zeigt sich doch ein etwas anderes Bild: Den 138 000 bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerbern standen nur etwa 96 000 verfügbare Ausbildungsplätze gegenüber, davon ca. 75 000 in Betrieben. 20 000 junge Menschen wurden durch die BA in überbetrieblichen Einrichtungen gefördert. Rein rechnerisch gab es also nur für zwei Drittel der Bewerber Ausbildungsplätze und in manchen Regionen noch nicht einmal für jeden zweiten.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA waren 71 % der Bewerber in einer betrieblichen bzw. überbetrieblichen Ausbildungsstätte. 16 % gingen weiter zur Schule, in ein Berufsvorbereitungsjahr, oder nahmen eine Arbeit

auf. Über den Verbleib von weiteren 11 % ist nichts bekannt; 1 % wartete weiterhin auf Vermittlung. (C)

Die — das muß ich schon in Anführungsstriche setzen — „ausgeglichene“ Bilanz von September 1992 des Bildungsministeriums beruht also auch darauf, daß ein Teil der Schulabgänger im Verlaufe der Ausbildungsplatzsuche die Ausbildungsabsicht änderte, die Suche aufgab oder weiter zur Schule ging. Die von der Bundesregierung verkündete rosige Ausbildungsstellenbilanz täuscht über tatsächlich vorhandene regionale, sektorale und strukturelle Probleme des Marktes hinweg.

Eines der großen Probleme liegt in der **Struktur der Ersatzversorgung**. Während die Einmündung in außerbetriebliche Vollausbildung gegenüber 1991 laut Bildungsbericht 92 um fast die Hälfte gesunken ist, hat die Ersatzversorgung im schulischen Bereich um beinahe ein Viertel zugenommen. Der mysteriöse Bereich „sonstige Einmündungen“ — ich kann es erst mal nur so nennen — steigerte sich sogar um 30 %. Die unmittelbar berufsbildende Komponente in den Ersatzangeboten hat also deutlich abgenommen. Der Bereich „sonstige Einmündungen“ mit rund 15 600 ist nicht mal näher definiert, und es ergibt sich die Frage, um welche Versorgung es sich dabei eigentlich handelt.

Meine Damen und Herren, wenn im Ausbildungsbericht davon gesprochen wird, daß in den neuen wie in den alten Ländern der Prozentsatz derer, die weiter zur Schule gingen und keinen Ausbildungsplatz annahmen, nahezu gleichgroß ist, so mag dies richtig sein. Aber die Gründe, die zum **weiteren Schulbesuch** führten, sind im Osten andere als im Westen. Während die Jugendlichen in den alten Bundesländern den weiteren Schulbesuch vorziehen, weil sie nicht den gewünschten Ausbildungsplatz erhalten, gehen viele Jugendliche in den neuen Bundesländern weiter zur Schule, weil sie keinen bzw. keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Ich finde auch, unverantwortlich hoch ist die im Bildungsbericht mit 19 000 angegebene Zahl derer, die 1992 ein Auszubildendenverhältnis in den alten Ländern aufnahmen. Das ist deshalb beängstigend, weil für die Lebensentscheidung junger Leute Arbeit und Wohnort mitbestimmende Kriterien sind. (D)

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir, daß ich noch kurz auf die Situation der **Mädchen und Frauen in der beruflichen Bildung in den neuen Ländern** eingehe.

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Bevor Sie das tun, würden Sie da noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Graf Waldburg-Zeil zulassen?

**Evelin Fischer** (Gräfenhainichen) (SPD): Ich nehme das gleiche Recht in Anspruch wie Ihr Fraktionskollege: Ich mache es zum Schluß.

(Zuruf von der CDU/CSU: Mit derselben Begründung aus der SPD-Fraktion?)

— Sie können auch den gleichen Grund angeben, den vorhin der Kollege Kuhlwein bei Ihrem Kollegen genannt hat.

**Evelin Fischer** (Gräfenhainichen)

- (A) Dem Berufsbildungsbericht 1992 konnte man entnehmen — ich zitiere —, „daß sich für Frauen angesichts der schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation eine geschlechtsspezifische Konzentration auf ein beschränktes Spektrum an Ausbildungsberufen ergeben hat“. Ich empfehle dem Autor dieses Abschnitts, zunächst einmal das Buch von Eppler zu lesen „Kavalleriepferde beim Hornsignal“. Da würde ihm angesichts dieser sprachlichen Formulierung hier schon ein Licht aufgehen.

Im selben Bildungsbericht wird schon vorab die Plakataktion des Bundesministers Ortleb in allen Betrieben in den neuen Ländern und in den Spitzenorganisationen der Wirtschaft als Erfolg verkauft, da es eine positive Resonanz auf diese Aktion gegeben hätte und diese die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen im kommenden Jahr verbessern würde. Heute, ein Jahr später, kann man den Grundton dieser Resonanz im Bildungsbericht 93 erkennen. Ich zitiere:

Die Aufgabe, das Berufswahlspektrum der jungen Frauen zu verbreitern, ist noch immer ungelöst. Überdies zeichnet sich ab, daß junge Frauen wieder stärker in die schulischen Bildungsgänge streben.

Ich meine, das ist eine sprachliche Verschleierung. Die Frauen streben nicht dorthin, sondern sie werden dorthin gestrebt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

- (B) Also, die vom Bundesministerium verkaufte positive Resonanz ist eigentlich eine Dissonanz.

Das weitere Zitat im Berufsbildungsbericht 1993

Die erreichte weitere Öffnung der Berufsausbildung im dualen System für junge Frauen muß erhalten bleiben.

— erhalten bleiben! — wird einige Zeilen weiter im gleichen Bericht Lügen gestraft. Dort steht, daß 76% der männlichen Schulentlassenen der Klasse 10 einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhielten, aber nur 46% der Frauen.

1990 war diese Bilanz noch ausgeglichen. Wieso spricht man vom Erhalt der Öffnung, wenn dieser Standard nicht gehalten wurde?

Ich werde Ihnen auch nicht ersparen können, meine Damen und Herren, über die **Ausbildungssituation in den neuen Ländern** jetzt und heute zu sprechen. Da wird sie nämlich zunehmend beängstigender. Von Anfang Oktober bis Ende März haben ca. 111 000 Jugendliche um Vermittlung einer Ausbildungsstelle gebeten. Aber insgesamt konnten für den gleichen Zeitraum nur 59 000 besetzbare betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet werden.

Das bereits erwähnte Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht nach Umfragen von 155 000 Jugendlichen aus, die auf den Ausbildungsmarkt drängen. Just zu dieser Zeit, da es ca. 51 000 Schulabgänger ohne vermittelten Ausbildungsplatz gibt, fällt der **§ 40c des AFG** weg.

Zur Zeit werden über dieses Förderinstrument rund 38 300 Jugendliche überbetrieblich ausgebildet.

- (C) Wenn der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Jagoda, vom Ausbildungsnotstand im Osten spricht und die Politiker auffordert, mit Sonderprogrammen außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen, dann weiß er, wovon er spricht. Es ist allemal billiger, jetzt Ausbildungsprogramme zu starten, als später Arbeitslosigkeit zu finanzieren,

(Beifall bei der SPD)

ganz abgesehen davon, welche sozialen Folgen hohe Jugendarbeitslosigkeit nach sich zieht.

Der Bundesminister sollte den Ausbildungsstellenmarkt in den neuen Ländern nicht nur beobachten und am 1. Juli darüber berichten, sondern er sollte jetzt handeln.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Rettungsanker sollen immer die aufgelegten Länderprogramme sein, die mit schönster Regelmäßigkeit zu spät kommen. Da haben sich die Jugendlichen nämlich längst entschieden.

Die Streichung des § 40c, die fehlende finanzielle Unterstützung der ostdeutschen Betriebe, die einen Arbeitsplatz schaffen wollen, durch die Bundesregierung und die fehlenden beruflichen Perspektiven sind einerseits der beste Nährboden für Politikverdrossenheit, andererseits aber — was viel gravierender ist — Grundlage für extremistische Handlungen. Rostock und Hoyerswerda waren nur die Spitze eines Eisberges.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ihren Verpflichtungen gegenüber den Jugendlichen nachzukommen. Nur eine **aktive Industrie- und Beschäftigungspolitik** kann Jugendlichen eine berufliche Perspektive eröffnen. Wenn die Regierung jetzt an dieser sensiblen Stelle der Ausbildungsförderung spart, werden wir in einigen Jahren alle teuer zu zahlen haben.

(Beifall bei der SPD)

Appelle an die Wirtschaft werden nicht ausreichen. Hier muß ein Sonderprogramm des BMBW zur Gewährleistung der Ausbildungsplatzgarantie des Bundeskanzlers her.

Weil die Bundesregierung bisher immer noch nicht energisch und konsequent genug an die Lösung der anstehenden Probleme geht, versuchen es die Jugendlichen natürlich selber auf ihre eigene Art und Weise. Wie schon gesagt: Ein Teil resigniert oder wird aggressiv und extremistisch, ein anderer Teil wandert in den Westen ab, wieder andere lösen das Problem, indem sie die Schule lustlos als Wartebank benutzen.

Ihre **Ausbildungschancen** werden dadurch nicht größer, zumal in verstärktem Maße die Abiturienten die Gunst der Stunde nutzen, weil sie sich auf dem Arbeitsmarkt jetzt größere Chancen ausrechnen. Die zuletzt angesprochene Tatsache wird sich aber langfristig negativ auf den Facharbeitersektor auswirken.

Herr Minister Ortleb, überprüfen Sie also Ihre Statistik, damit sie Ihnen zur Erleuchtung dient und Sie sich außerdem daran festhalten können, ohne umzukippen.

(C)

(D)

**Evelin Fischer** (Grünenhainichen)

(A) Ich danke für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Graf von Waldburg-Zeil das Wort.

**Alois Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem sowohl Frau Fischer wie vorher Dr. Keller darauf hingewiesen haben, daß es bedauerlich sei, daß 20 000 **Grenzgänger** in der Zahl der Auszubildenden mit enthalten seien, muß ich einfach darauf hinweisen, daß wir mittlerweile die deutsche Einheit haben.

Ich wohne in einem Grenzgebiet, im südlichen Baden-Württemberg, das an Bayern grenzt. Selbstverständlich gehen von uns eine ganze Menge Auszubildender hinüber nach Bayern. Ebenso kommen sehr viele aus Bayern herüber.

Das wesentliche Anliegen der Eltern ist, daß ihre Kinder abends wieder nach Hause kommen. Wenn sie das tun können, ist das ganz bestimmt kein Malheur.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Gudrun Weyel [SPD]: Aber in Bayern und Baden-Württemberg beruht das auf Gegenseitigkeit!)

(B) **Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Sie haben die Möglichkeit, Herr Abgeordneter Keller, darauf zu antworten.

**Dr. Dietmar Keller** (PDS/Linke Liste): Herr Graf von Waldburg-Zeil, Sie haben recht. Aber Sie müssen dann bitte die Zahlen nennen, wie viele von den 20 000 Menschen abends wirklich wieder zu Hause sind, keine Miete zahlen und keine anderen Unkosten haben. Wenn man diese Zahl nicht nennt, würde der Eindruck entstehen, daß die 20 000 diesen Weg gehen.

Es ist aber anders: Die Mehrzahl geht in Bereiche, in Regionen, wo sie eine Unterkunft bezahlen muß, wo sie sich sozusagen ein kleines zweites Zuhause schaffen muß. Das kann man natürlich nicht mit dem Lehrlingsgeld.

Deshalb ist es interessant, daß die Zahl derer, die den Weg zu einer Region suchen, wo sie einen Ausbildungsplatz finden, immer kleiner wird, weil das für die jungen Menschen sozial nicht tragbar ist.

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Dr. Karlheinz Gutmacher das Wort.

**Dr. Karlheinz Gutmacher** (F.D.P.): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Da zum allgemeinen Teil der Einbringung des Berufsbildungsberichtes 1993 meine Fraktionskollegin sehr wertvolle wesentliche Hinweise gebracht hat, möchte ich mich ganz speziell auf die **Ausbildung in den neuen Bundesländern** beziehen.

Die Orientierung und Qualifizierungsplanungen einer beruflichen Ausbildung werden in den neuen Bundesländern durch eine teilweise immer noch unsichere **Zukunft von Wirtschaftszweigen** bestimmt. In diesem Zusammenhang haben besonders Treuhandbetriebe, die vor einer Privatisierung stehen, derzeit ihre Probleme.

Aber ich weise in diesem Zusammenhang ganz ausdrücklich darauf hin, daß bei diesen Privatisierungen — darüber bin ich erfreut — die Investoren die Auflage erhalten, die Ausbildungsplätze für die Azubis unter allen Umständen zu erhalten.

1992 haben ca. 95 000 Jugendliche in den neuen Bundesländern ein neues Ausbildungsverhältnis begonnen. Im Ausbildungsjahr 1992 war der **Ausbildungsstellenmarkt** in den neuen Bundesländern von einem wachsenden betrieblichen Ausbildungsangebot, Tendenzen zu einem Abbau berufsstrukturierter Ungleichgewichte sowie wachsenden regionalen Unterschieden geprägt.

Auf die neuen Bundesländer bezogen werden 1993 10 000 Ausbildungsplätze für die Klassenstufe 9, 98 000 Ausbildungsplätze für die Klassenstufe 10, 10 000 Ausbildungsplätze für Abiturientenklassen und 10 000 Ausbildungsplätze für Abgänger aus berufsvorbereitenden Maßnahmen und beruflichen Schulen benötigt. Das sind also rund 130 000 Berufsausbildungsplätze.

Trotz dieser erhöhten Anforderung von Ausbildungsplätzen — Herr Keller, die Qualität der Ausbildungsplätze haben wir natürlich zu bewerten, und wir wissen, welches Angebot derzeit in den neuen Bundesländern zur Verfügung steht — wird jedem Jugendlichen in den neuen Bundesländern, der dies wünscht, 1993 ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf von der SPD: Mit welcher Sicherheit?)

Darauf haben sich das Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, in dem die Spitzenverbände von Industrie, Handwerk, Handel, der freien Berufe und der Landwirtschaft zusammenarbeiten, die Vertreter des Bundes und die Vertreter der Länder geeinigt.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Zustimmung des Bundesministers des Innern, weitere 10 000 **Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst** einzurichten.

Bezogen auf das Land **Thüringen** haben sich im März 1993 20 460 Ausbildungsplatzbewerber in den Arbeitsämtern gemeldet. Dies sind 2 100 Bewerber mehr als im Vergleichsmonat des Jahres 1992. Die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen wird mit 12 300 angegeben. Dies sind 1 400 Stellen mehr als im Vergleichsmonat des Jahres 1992.

Das Ausbildungsplatzangebot in den Berufen vor allen Dingen des Baugewerbes, der Metall- und Elektrobereiche ist in den neuen Bundesländern — dies darf ich besonders für Thüringen sagen — relativ gut.

Im Vergleich zu den Bewerberzahlen fehlen Plätze in den kaufmännischen und Verwaltungsberufen

**Dr. Karlheinz Gutmacher**

- (A) sowie vorwiegend Ausbildungsstellen für weibliche Lehrstellenbewerber.

**Ausbildung und Nachwuchssicherung** sind zunächst Sache der Wirtschaft; meine Frau Kollegin Funke-Schmitt-Rink hat hierauf schon hingewiesen. Deshalb gilt es, alle Ausbildungsmöglichkeiten auszunutzen und die Lehrstellen rechtzeitig den Arbeitnehmern zu melden.

Das **Land Thüringen** unterstützt **Lehrstellenplätze** mit einem Zuschuß von bis zu 5 000 DM pro Platz und fördert die noch erforderliche überbetriebliche Ergänzungs-ausbildung mit bis zu 80 % der Lehrgangskosten. Insgesamt stehen im Haushalt des Landes Thüringen hierfür 43 Millionen DM zur Verfügung. Erfreulich ist hierbei die Zunahme der betrieblichen Ausbildungsplätze.

Die Jugendlichen — Frau Fischer, das ist eine Erfahrung aus den letzten Jahren — bewerben sich meistens erst dann, wenn sie, im März/April, das gesamte Spektrum von Ausbildungsplätzen durch die Arbeitsämter vorgelegt bekommen, und warten darüber hinaus noch ab, wie die Landesförderprogramme aufgelegt werden. Das ist eine Erfahrung, die Sie so gut kennen wie wir. Auch Sie wissen, daß das jedes Jahr das gleiche ist.

(Zuruf von der SPD: Falsch!)

Auf Grund des Überangebots an Ausbildungsplätzen in den Thüringen benachbarten Ländern Hessen und Bayern informieren die Arbeitsämter Thüringens über das dortige Ausbildungsplatzangebot, ohne hierfür ausdrücklich zu werben.

- (B) Sicherlich würden viele Jugendliche einen Ausbildungsplatz in den alten Bundesländern annehmen, wenn die entsprechenden Kammern, Innungen und Verwaltungen neben dem Ausbildungsprogramm auch die Unterbringung bzw. die Vermittlung einer kostengünstigen Unterbringung anbieten würden. Graf Waldburg-Zeil, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Dieses Ausbildungsangebot in den benachbarten Regionen der alten Bundesländer wird durch die jungen Menschen sehr gern angenommen. Ich kann dies auch in bezug auf meinen eigenen Sohn hier sagen.

Im Frühsommer muß geprüft werden, inwieweit ergänzende und zusätzliche Förderprogramme des Landes und eventuell des Bundes notwendig werden, wie u. a. eine Zusatzförderung von Ausbildungsplätzen bei Existenzgründern und von Maßnahmen der Ausbildung von Mädchen, insbesondere in gewerblich-technischen Berufen, durchgeführt werden kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Rainer Jork.

**Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erbitte Verständnis dafür, daß ich mich als Abgeordneter aus den neuen Bundesländern heute auf die Frage der **Lehrstellensicherung in den neuen Bundesländern** beschränke. Es geht mir um Gegenwarts- und Zukunftssicherung für Lehrlinge und junge Fachar-

beiter, um ein Anliegen, das die Arbeitsplätze, aber auch die Sicherheit für Industrie und Handwerk am Standort Deutschland betrifft. (C)

Der Berufsbildungsbericht konstatiert eine **Stabilisierung auf dem Ausbildungsmarkt** in den neuen Bundesländern. Davon kann aus meiner Sicht keinesfalls gesprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts der signifikanten Unterschiede auf dem Lehrstellenmarkt in den alten und in den neuen Bundesländern ist eine Durchschnittsbetrachtung ohne Differenzierung unzulässig.

Die eingetretene grundsätzliche Besserung kompensiert nicht die Hilfe für außerbetriebliche Bildungsstätten, die mit den Maßnahmen nach § 40c AFG in diesem Jahr entfällt. Insofern stellt der Bericht auch fest, daß nun ca. 30 000 Plätze mehr erforderlich sind. Dies stellt eine sehr ernste Aufgabe für alle Partner am Lehrstellenmarkt dar, vor allem also für die Industrie, das Handwerk, die Verbände, aber auch für die Länder und den Bund, allerdings eben nicht nur für die Bundesregierung.

Bisher mußten im Frühjahr immer Horrormeldungen über die Erwartungen registriert werden. Mit gleicher Selbstverständlichkeit nahm man dann im Herbst zur Kenntnis, daß im wesentlichen alle Lehrstellenbewerber auch eine Lehrstelle erhielten, wenn auch von unterschiedlicher Qualität. Ich wünsche mir für dieses Jahr, daß dieses ideologische Ritual auf Kosten der Bewerber ausschließlich durch konstruktives Wollen und sinnvolles Wirken ersetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.) (D)

Dabei geht es auch um die Erkenntnis, daß die Lehrstellenbereitstellung kein staatlich zu steuernder und damit kein weitgehend stationärer Zustand, sondern ein überaus dynamischer Prozeß mit verschiedenen Einflußgrößen ist.

Die Vertreter der Wirtschaft erklären im Zusammenhang mit dem Solidarpakt die Sicherung von Lehrstellen in den neuen Bundesländern im kommenden Ausbildungsjahr als ihren Beitrag. Eine Kontrollbilanz zum Ist-Stand bei der gemeinsamen Beratung von Wirtschaft und zuständigen Ministerien in den neuen Bundesländern am 20. April dieses Jahres läßt jedoch erkennen, daß trotz erheblicher Anstrengungen bei den **betrieblichen Ausbildungsstellen** eine **Lücke** etwa in der Größenordnung von 1992 befürchtet werden muß. Die Trägerorganisationen des Kuratoriums der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung entwickelten einen Maßnahmenkatalog für Ausbildungsplätze, der dieser aktuellen Situation Rechnung trägt und der in einigen Schlußfolgerungen durchaus mit denen der IG Metall konform geht.

In diesem Zusammenhang finde ich es erwähnenswert, daß die **Treuhandanstalt** in ihren Unternehmen wieder deutlich mehr, und zwar oberhalb der Gesamtausbildungsquote in den neuen und alten Bundesländern, Ausbildungsplätze sichert und bereitstellt. Die Treuhand hat für die berufliche Erstausbildung im Jahre 1992 etwa 1 Milliarde DM ausgegeben.

Gestatten Sie mir beispielhaft einige Aussagen zur **Lehrstellensituation in Sachsen**. Insgesamt muß im

**Dr.-Ing. Rainer Jork**

- (A) Berufsausbildungsjahr 1993/94 mit etwa 43 000 Bewerbern gerechnet werden. Da nicht erkennbar ist, daß das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen, wie noch im Vorjahr, erheblich erhöht werden kann, und außerbetriebliche Ausbildungsstellen nicht mehr zur Verfügung stehen — im Vorjahr waren es etwa 6 000 —, muß in Sachsen mit etwa 6 500 fehlenden betrieblichen Ausbildungsstellen gerechnet werden. Außerdem müssen erhebliche regionale Unterschiede festgestellt werden, die es zu berücksichtigen gilt. Das betrifft in Sachsen z. B. die Regionen Annaberg und Bautzen.

Legt man Kosten von ca. 15 000 DM pro Jahr und Ausbildungsplatz zugrunde, so wird deutlich, daß äußere Hilfe erforderlich ist. Dabei hat der Freistaat Sachsen zur Verbesserung des Ausbildungsstellenangebots folgende **Programme** aufgelegt: erstens ein Programm zur Förderung von bestehenden gefährdeten Ausbildungsplätzen in Betrieben mit bis zu 500 Beschäftigten, zweitens ein Programm zur Förderung zusätzlicher Berufsausbildungsplätze in Kleinunternehmen mit bis zu 30 Beschäftigten. — Dabei werden, Frau Fischer, insbesondere Mädchen gefördert und Problemregionen berücksichtigt. Das ist also bedacht worden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich hoffe, daß das auch in Ihrem Land so funktioniert.

Drittens gibt es ein Programm zur Förderung eines Netzes von überbetrieblichen Aus- und Fortbildungsstätten.

- (B) Ich hatte voriges Jahr an dieser Stelle schon angeboten, daß ich diese Programme zur Nachnutzung gern zur Verfügung stelle.

Die im Berufsbildungsbericht unter **Ost-West-Mobilität** angeführte Ausgleichsbewegung im Gebiet zwischen alten und neuen Bundesländern halte ich für jene 57 %, Herr Keller, dieser etwa 45 000 Lehrlinge, die ihren Ausbildungsplatz von daheim aus gut erreichen können oder sozial ausgewogene Wohnbedingungen vorfinden, für uneingeschränkt hilfreich. Diese 57 % stehen übrigens im Berufsbildungsbericht. Es ist also nicht mehr als die Hälfte, die die Probleme haben, die Sie beschrieben haben.

Angesichts des in der Regel niedrigeren Alters der Lehrlinge aus den neuen Bundesländern im ersten Ausbildungsjahr und der Notwendigkeit, längerfristig gute Facharbeiter auch in den neuen Bundesländern zu haben, kann dies aber keine Grundsatz- oder Dauerlösung sein. Mit Blick auf die zur Zeit sichtbare Lage auf dem Lehrstellenmarkt in den neuen Bundesländern empfehle ich folgende Strategie:

Erstens. Die Wirtschaft muß hinsichtlich der gegebenen **Stellengarantie** bestärkt und von allen Partnern unterstützt werden.

Zweitens. Der im Berufsbildungsbericht deutlich formulierte Bedarf an **konstruktiv-kritischer Begleitung durch die Bundesregierung** ist zu erfüllen.

Drittens. Angesichts des wohl zu erwartenden Differenzstandes beim Angebot von und bei der Nachfrage nach Lehrstellen müssen **Ersatzlösungen zu den in § 44c AFG angebotenen Leistungen** durch die

Bundesregierung gesucht werden. Die Bereitschaft dazu lese ich im Abschnitt 4.2.2 des Berufsbildungsberichts.

Viertens. Auch für die Folgezeit werden so lange **konzertierte Aktionen zur Lehrstellenbereitstellung** erforderlich sein, wie es noch gravierende Unterschiede zwischen der Wirtschaft in den alten und in den neuen Bundesländern gibt, die innere Einheit also noch nicht gegeben ist.

Für mich steht hinter dieser Strategie auch die persönliche Erfahrung, daß uneingeschränkte zentralstaatliche Steuerung und Reglementierung vor allem auch in der Wirtschaft im realen Sozialismus letztlich die Ursache für dessen Zusammenbruch war. Übergangshilfe, wenn sie — wie beim Herstellen der inneren Einheit Deutschlands — erforderlich ist, darf nicht zur Demontage von Selbsthilfestreben und -fähigkeit führen.

Zweifelsfrei sind in den neuen Bundesländern Träger für die außerbetriebliche Ausbildung befristet unverzichtbar. Es sollte aber keine neue dauerhafte Struktur dafür vorgesehen werden.

Insofern stellt der Berufsbildungsbericht für mich eine realistische Situationsbeschreibung dar. Ich vertraue angesichts der in den Vorjahren gezeigten Anpassungsfähigkeit darauf, daß auch bei der komplizierten Lehrstellensituation in den neuen Bundesländern im kommenden Jahr jeder Bewerber eine Lehrstelle erhält.

Ich danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Nun hat der Abgeordnete Günter Rixe das Wort.

(Zuruf von der SPD: Mikrofon ausschalten!)

**Günter Rixe (SPD):** Eine Kollegin hat gesagt, Sie sollen das Mikrofon ausschalten, weil ich immer so laut bin. Das hat Frau Lehr vorhin auch gesagt.

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das war doch kein Ratschlag für den neuen Bundestag.

(Heiterkeit)

**Günter Rixe (SPD):** Frau Kollegin Schmitt-Funke-Rink — —

(Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink [F.D.P.]: Funke-Schmitt-Rink!)

— Habe ich es wieder falsch gesagt? Ob ich das noch einmal lerne?

(Zuruf von der F.D.P.: Das glaube ich nicht!)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das ist ein Ausbildungsproblem.

(Heiterkeit)

**Günter Rixe (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Funke-Schmitt-Rink, Sie haben vorhin von dem A-13-Syndrom gesprochen. Ich will Ihnen nur sagen: Die

(C)

(D)

Günter Rixe

- (A) Mitarbeiter in meinem Betrieb würden für dieses Geld heute gar nicht mehr antreten. Sie verdienen als Bauhandwerker mehr als die, die mit einem Hochschulstudium bei A 13 anfangen. Der Unterschied ist allerdings: Sie sitzen an sauberen Schreibtischen, und wir kommen abends immer mit dreckigen Händen und einem dreckigen Arbeitsanzug nach Hause.

(Joachim Hörster [CDU/CSU]: Erzählen Sie das mal dem Herrn Dreßler! Der weiß das nicht!)

Nun zum Thema, meine lieben Kollegen. Bei der abschließenden Beratung des **Berufsbildungsberichts 1992** im November des letzten Jahres habe ich in meiner Rede auf die Besonderheit hingewiesen, daß es erstmals seit 1982 wieder eine **einvernehmliche Stellungnahme der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion** gegeben hat. Herr Nelle, ich denke, wir haben eine ganze Menge dazu beigetragen. Ich habe damals begründet, warum wir trotz bestehender Bedenken zugestimmt haben. Wir waren froh, Einsichten über die Fehler in der Berufsbildungspolitik bei Ihnen — mindestens bei der Bundesregierung — erkennen zu können, und wir erhofften in konkreten Punkten von der Bundesregierung Taten.

Ich habe im November aber auch schon gesagt, daß es mit dieser Einigkeit schnell wieder vorbei ist, wenn nichts geschieht. Wenn ich mir den jetzt vorliegenden Berufsbildungsbericht 1993 ansehe, dann muß ich feststellen, daß die Bundesregierung den **Erwartungen** im vergangenen November bei weitem nicht gerecht geworden ist. Da hilft es auch nicht, die angeblich gute Ausbildungsstatistik vom 30. September 1993 zu bejubeln. Das sind — ich habe das schon öfter gesagt — Taschenspielertricks. Wir haben das ja soeben festgestellt: Wenn die Zahlen heruntergehen, dann ist das Ergebnis nachher besser. Steigen die Zahlen an, weil man die richtigen Zahlen verwendet hat, dann ist das Ergebnis schlechter.

Es gibt nämlich erhebliche Unterschiede, ob im gewerblich-technischen oder im kaufmännisch-verwaltenden Bereich. Mit einer differenzierten Betrachtung wird man auch zu der Tatsache kommen, daß die Gleichstellung der Frauen und Mädchen in der Berufsausbildung eine rückläufige Tendenz aufweist. Man wird auch feststellen, daß zwei Drittel aller Auszubildenden — z. B. Arzthelferinnen und Friseurinnen —, die in Klein- und Mittelbetrieben tätig sind, dort wenig Aussichten auf eine Folgebeschäftigung haben,

(Doris Odendahl [SPD]: So ist es!)

da beispielsweise eine Arztpraxis nach zehn Jahren sonst viel zu groß geraten würde.

Bei derart schlechten **Zukunftsperspektiven in zahlreichen Berufen** darf man sich auch nicht wundern, wenn sich immer mehr junge Leute andere Qualifizierungen suchen, mit denen sie nicht sofort nach der Ausbildung auf der Straße stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn im Berufsbildungsbericht zu diesen Detailfragen etwas ausgesagt würde, dann könnten darauf ausgerichtete Programme und Konzepte entwickelt werden.

(C) Auch in der **Berufsbildungspolitik** müssen wir die **strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft** sehen und uns auch entsprechend verhalten. Es stellt sich doch die Frage, welche Auswirkungen die jeweiligen Krisen — z. B. in der Metallindustrie, im Stahlbereich und in der Automobilbranche — für den Ausbildungsstellenmarkt in diesem Jahr und in den kommenden Jahren haben. Wie begegnen wir den Tendenzen in den neuen Bundesländern, wo sich große Industriezweige ganz aus der beruflichen Ausbildung verabschieden?

Die Bundesregierung redet zwar immer davon, daß die Berufsausbildung in der **Verantwortung der Wirtschaft** liegt und man deshalb nur nachgeordnet zuständig sei. Was aber tut die Bundesregierung, wenn sich Teile der Wirtschaft aus vorgeschobenen Kostengründen aus dieser Verantwortung und aus dieser Pflicht stehlen? Ich selbst kenne einen konkreten Fall in Sachsen-Anhalt, wo auf diese Weise zahlreiche Ausbildungsplätze auf eine außerbetriebliche Ausbildungseinrichtung abgeschoben werden sollen. Man verhandelt im Moment darüber, ob man es machen soll oder nicht.

Selbst der **Deutsche Industrie- und Handelstag**, sonst nicht gerade ein Freund der außerbetrieblichen Ausbildung, hat vor zehn Tagen freimütig bekannt, daß die zusätzliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in der Größenordnung von 20 000 Plätzen durch Angebote von Betrieben kaum gedeckt werden kann. Das Problem, das wir haben, sieht auch der Deutsche Industrie- und Handelstag. Darauf müssen wir natürlich reagieren. Gegen solche Entwicklungen helfen keine Appelle mehr. Da muß jetzt gegengesteuert werden. (D)

Wir fordern den Bundesbildungsminister, Herrn Ortleb, auf, die Einhaltung des Versprechens der Wirtschaftsvertreter in den Solidarpaktverhandlungen beim Kanzler endlich mit Nachdruck einzufordern.

(Beifall bei der SPD)

Die Wirtschaftsvertreter wollten sicherstellen, daß alle jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz wollen, auch einen Ausbildungsplatz bekommen. Außerdem hilft nach meiner Überzeugung gegen ein solches Verhalten eine Ausbildungsabgabe nach dem Motto „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“.

Es stellen sich noch andere Fragen, auf die dieser Berufsbildungsbericht ebenfalls nicht eingeht: Inwieweit haben die Ausbildungsabbrüche etwas mit den betrieblichen Ausbildungssituationen zu tun, und ist es nicht die Aufgabe der Politik, für Abhilfe und eine Verbesserung zu sorgen? Bleiben viele Ausbildungsplätze nicht auch deshalb unbesetzt, weil viele Betriebe ihre Ausbildungsplätze nach dem System der Bestenauslese besetzen wollen und dann am Ende lieber nicht ausbilden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist nur ein Teil der offenen Probleme im Berufsbildungsbereich, wozu dieser Bericht schweigt. Die dramatischen Entwicklungen in den neuen Ländern sind fast völlig außer acht gelassen worden. Meine Kollegin, Frau Fischer, hat Ihnen hierzu bereits das Passende gesagt.

Günter Rixe

(A) Weil dies so ist, darf man sich nicht darüber wundern, daß die Vertreter der Arbeitnehmer und die Vertreter der Länder im **Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung** nicht mit in den Lobgesang eingestimmt haben, sondern ihre Meinung als **Minderheitenvotum** in den Berufsbildungsbericht hineingeschrieben haben. Ich weiß ja, daß dieses Verhalten der Bundesregierung ein Dorn im Auge ist. Deshalb hat sie ja auch vor — das haben wir ja gestern mitbekommen —, im Berufsbildungsförderungsgesetz diesen Hauptausschuß weitgehend funktionslos zu machen. Dann passiert es nämlich nicht mehr, daß ein Minderheitenvotum in den Berufsbildungsbericht aufgenommen wird.

Meine lieben Kollegen, ein anderes Problem stimmt mich sehr nachdenklich. Die **Heranbildung mündiger Demokraten** müßte auch für die berufliche Ausbildung ein oberstes Ziel sein. Gerade in der heutigen Zeit, in der Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit erschreckend zunehmen und die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien uns alle erschrecken, müssen wir in allen politischen Handlungsbereichen etwas dagegen tun. Es ist nicht ausreichend, nur über Rechtsextremismus zu debattieren. Wir müssen die Warnungen der Experten ernst nehmen, daß die Perspektivlosigkeit der Jugend eine der Ursachen für den zunehmenden Rechtsextremismus und die Ausländerfeindlichkeit ist.

(Beifall bei der SPD)

Für den heute zur Debatte stehenden Politikbereich bedeutet dies: Berufsbildungspolitik muß sich verstärkt mit den Perspektiven der jungen Leute beschäftigen. Die zunehmende Hoffnungslosigkeit führt bei den Jugendlichen in Ostdeutschland immer häufiger dazu, daß ihr Selbstwertgefühl und ihr Vertrauen in unsere Demokratie ins Wanken gerät. Der vorliegende Berufsbildungsbericht trägt zur Lösung des Problems leider überhaupt nicht bei. Im Grunde genommen führt das Handeln der Bundesregierung genau in die andere Richtung.

(B) Fast die Hälfte der **ostdeutschen Jugendlichen** befindet sich in einer außerbetrieblichen Ausbildung, die vom Arbeitsamt finanziert wird. Die Bundesregierung hat diese **Förderungsmöglichkeit nach § 40c Abs. 4 des Arbeitsförderungsgesetzes** gestrichen. Welche Perspektiven haben die Jugendlichen dann noch? Das wissen Sie. Es reicht nicht aus, wenn das Kabinett beschließt: Herr Ortleb, legen Sie uns einmal bis zum 1. Juli wieder einen Bericht vor, und dann wollen wir einmal gucken, wieviel dann noch übrigbleibt.

(Beifall bei der SPD)

Das reicht nicht. Durch solches Handeln werden die Jugendlichen vor den Kopf gestoßen, und der Politikverdrossenheit und einer Zustimmung zu den einfachen Antworten der rechtsextremen Parteien wird Tür und Tor geöffnet. Während den Jugendlichen jede Möglichkeit zur Weiterqualifizierung gestrichen wird, müssen sie lesen, daß Gelder des Arbeitsamtes an ganz bestimmte Personen, die sie gar nicht nötig haben, verteilt werden.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Hör! Hör! Wer war denn das?)

— Ich will nicht mehr dazu sagen.

(Zuruf von der SPD: Krupp und Krause!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns in der Tat aber auch fragen, wie ernst die Bundesregierung dieses Parlament und seine Beschlüsse nimmt. Mit dem Berufsbildungsbericht 1992 haben wir am 6. November auch die von den **Koalitionsfraktionen** und der **SPD-Bundestagsfraktion** eingebrachte **gemeinsame Entschliebung** im Parlament beschlossen. Der jetzt vorliegende Berufsbildungsbericht äußert sich dazu überhaupt nicht, und die Bundesregierung schweigt im übrigen. Herr Minister, hier haben Sie dafür Sorge zu tragen, daß die Forderungen des Parlaments umgesetzt werden. Oder haben Sie in der Regierung nicht genug Durchsetzungskraft oder nichts zu sagen?

Ich zitiere aus dem gemeinsamen von uns unterzeichneten Bericht: „Bei der qualitativen Verbesserung der Berufsausbildung vermisst man hinreichende Aussagen im Berufsbildungsbericht 1992. Das beziehe sich auf die Förderung der Frauen, Förderung der ausländischen Jugendlichen, Begabtenförderung, Förderung von Lernschwachen.“ Hier müssen wir noch einiges tun, das ist noch nicht genug aufgenommen worden.

Zur **Qualitätsverbesserung der beruflichen Bildung** wurden zwei Bereiche als besonders notwendig bezeichnet. Der eine davon war die **Modernisierung der Berufsschulen** in den neuen und alten Bundesländern unter Einschluß der qualifizierten Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrer und ihrer Beschäftigung. Die Berufsschule ist der eine Teil unseres dualen Ausbildungssystems. Der Kanzler und andere loben dieses System. Wir sind uns einig, daß das duale Ausbildungssystem hervorragend ist. Der eine Teil, die Berufsschule, muß dazukommen. Wenn wir auf der anderen Seite die betriebliche Ausbildung modernisieren und auf die Zukunft hin ausrichten, müssen wir das notwendigerweise auch beim zweiten Standbein tun, bei den Berufsschulen. Ich weiß, der Zuruf kommt sofort: Ländersache! Ich glaube aber, daß eine bundeseinheitliche staatliche Unterstützung für den Bereich der Berufsschulen ganz dringend nötig ist, zumindest für die fünf neuen Länder. Schauen Sie mal in die Berufsschulen hinein.

Neben der Tatsache, daß viele allgemeinbildende Fächer nicht mehr unterrichtet werden können, weil der Lehrernachwuchs nicht da ist und somit Stunden ausfallen, habe ich eine ganz große Sorge: daß wir auf dem Weg nach Europa die nötige **Vermittlung von Fremdsprachen** in der beruflichen dualen Ausbildung nicht organisiert bekommen. Hier müssen wir gemeinsam einiges tun.

Zwar wollte ich noch einiges hinzufügen, da jedoch die rote Lampe leuchtet, darf ich mich bei Ihnen bedanken.

Ich sage nochmals: Laßt uns gemeinsam, Bund und Länder, darüber nachdenken, wie wir die Berufsschulen nicht nur im Osten, sondern auch hier weiterentwickeln. Es nützt nichts, von Europa zu reden, wenn in der beruflichen Ausbildung dafür nicht Sorge getragen wird.

(C)

(D)

Günter Rixe

(A) Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg:** Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Wolfgang Meckelburg.

**Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren hier jedes Jahr das Ritual, daß zur Vorlage des Berufsbildungsberichtes getönt wird: Krisengeschrei, Katastrophenmeldungen und Horrorzahlen.

(Günter Rixe [SPD]: Na, na, na! Nicht „getönt“!)

— Heute war es in der ersten Stunde der Debatte etwas maßvoller.

(Doris Odendahl [SPD]: Wir schreien nicht, wir erklären sachlich!)

— Sie erklären nicht, Sie reden relativ zornig.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Oh Freunde, nicht diese Töne! Sondern laßt uns angenehmere anstimmen . . .!)

Das Ritual geht dann im Herbst meistens so aus, wenn es um die neuen Bundesländer geht, daß wir am Ende, wenn die wirklichen Zahlen vorliegen, feststellen, daß eine ausgeglichene Bilanz zwar mit allen Unzufriedenheiten, aber doch ein wesentlich besseres Ergebnis erreicht worden ist, als Sie jeweils im März oder April verkündet haben.

(B)

Deswegen will ich hier noch einmal festhalten: Es ist in den Jahren 1991/92 gelungen, ein **ausreichendes Ausbildungsplatzangebot** zu erreichen. Es ist vor allem gelungen — ich halte das für die wichtigste Tatsache —, daß es einen **Trend zu immer mehr betrieblicher Bildung** wirklich gegeben hat. Wir haben 1991 im Bereich der außerbetrieblichen Maßnahmen die Zahl der Stellen von 38 000 auf 20 000 Stellen im letzten Jahr zurückführen können. Ob das dieses Jahr so bleibt, darüber werden wir im Laufe der Debatte zu reden haben.

(Doris Odendahl [SPD]: Wenn die Jugendlichen richtig auf der Straße stehen!)

Wir haben mehr Ausbildungsplätze direkt in der betrieblichen Ausbildung schaffen können. Das sind zwei Punkte, die man festhalten muß, weil sie wirklich das richtige Ergebnis sind: die duale Bildung.

Auch in diesem Jahr gilt unser vorrangiger Einsatz natürlich den neuen Bundesländern. Die Zielgröße ist klar: Wir müssen auch in diesem Jahr ein ausreichendes **Ausbildungsplatzangebot in den neuen Ländern** schaffen. Hier gilt es, zumindest aus meiner Sicht, die Prioritäten einzuhalten, zunächst einmal das einzufordern, was die deutsche Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk, an Garantie gegeben hat. Wir fordern die Wirtschaft auf, ihr Versprechen im Rahmen des Solidarpaktes einzulösen, daß jeder Bewerber in den neuen Bundesländern eine Lehrstelle erhalten soll.

Hier unterstützen wir die Solidarpaktspolitik des Bundeskanzlers.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Doris Odendahl [SPD]: Die würden wir nicht mehr beklatschen!)

Ich möchte noch auf die anderen Teile des Berufsbildungsberichts eingehen. Denn ich glaube, wir dürfen nicht nur die Frage der neuen Bundesländer sehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans Klein)

Wir haben ca. 500 000 neue **Lehrverträge** für 1992. Das bedeutet 100 000 bis 200 000 weniger Lehrverträge und nach der Ausbildung entsprechend weniger beruflich Qualifizierte als Mitte bis Ende der 80er Jahre. Zirka 120 000 Stellen konnten nicht besetzt werden. Dieser Trend hält wohl auch 1993 an. Wenn man gleichzeitig danebenhält, daß inzwischen 60 % der Eltern das Abitur als beste Voraussetzung ansehen,

(Doris Odendahl [SPD]: Warum wohl?)

um einen Arbeitsplatz zu bekommen, daß inzwischen fast 35 % der Schulabgänger eine Studienberechtigung mitbringen und daß im Vergleich zu den 500 000 neuen Auszubildenden des letzten Jahres ca. 250 000 Studienanfänger an westdeutschen Hochschulen zu verzeichnen sind, dann zeigt sich darin, welche Ströme und nachhaltigen Veränderungen sich in unserem Bildungs- und Ausbildungssystem ergeben haben.

Karriere, hohes Einkommen, Ansehen und Lebenszufriedenheit werden in den Köpfen der Menschen nach wie vor mit **Abitur, Studium und Hochschulabschluß** verbunden. Die inzwischen vorhandenen **Risiken dieses Bildungsweges** werden leider nicht zur Kenntnis genommen und gesehen. Es ist gesagt worden: 25 % der Hochschulabsolventen haben inzwischen eine Beschäftigung unterhalb ihres Ausbildungsniveaus. Die Zahl der Studienabbrecher ist sehr hoch. Auch dieser Weg ist also mit Risiken versehen. Wir müssen dafür sorgen, daß die berufliche Bildung als attraktiver Bildungsweg und als Alternative zum akademischen Bildungsweg gesehen wird.

(D)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Abschnitt des Bildungsberichtes verweisen, von dem ich erhoffe, daß er Hilfestellung leisten kann — darüber sollten wir uns dann im Ausschuß unterhalten —, nämlich auf den Bereich **Differenzierung der Berufsausbildung**. Differenzierung bedeutet, Bildungsangebote stärker auf Fähigkeiten zu orientieren, Leistungsstärkere und Leistungsschwächere stärker in den Blick zu bekommen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat dazu einen Arbeitskreis zur Differenzierung der Berufsausbildung gebildet und wird Mitte des Jahres einen Abschlußbericht vorlegen. Ich hoffe, daß wir ihn in die Beratung einbeziehen können.

Differenzierung zielt auf das ganze Spektrum der Bildungspotentiale ab. Auf der einen Seite muß sie einen Beitrag leisten, um die Zahl der Jugendlichen, die bisher ohne Berufsausbildung und ohne Abschluß geblieben sind, zu vermindern. Zur Zeit sind das nach wie vor 10 % bis 15 %. Die Lösung dieser Aufgabe muß

**Wolfgang Meckelburg**

- (A) schon in der Schule beginnen, d. h. wir müssen verstärkt die Länder bitten, Hilfestellung zu leisten, daß zumindest der Hauptschulabschluß erreicht werden kann. Die **Schule** muß stärker zur Berufsausbildung motivieren. Die Angebote zur Berufsinformation und zur Berufsberatung, zur Motiviation und Berufsvorbereitung müssen weiterentwickelt werden. All dies ist im Berufsbildungsbericht angesprochen worden. Wir müssen es aufgreifen.

Wir brauchen — hier spreche ich einen kritischen Punkt an, meine Damen und Herren von der SPD — aus meiner Sicht und auch aus der Sicht des Berufsbildungsberichtes **neue berufliche Angebote** im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes für die Jugendlichen, die den Mindestanforderungen der bestehenden Ausbildungsberufe nicht entsprechen können. In meiner Vorstellung heißt das, daß wir uns um die Gruppe zu kümmern haben, die wir selbst mit Nachqualifizierung nicht in die normale Ausbildung bekommen, deren Potential aber deutlich über dem liegt, was man am Ende im Bereich der Behindertenwerkstätten findet. Das ist eine Gruppe, um die wir uns stärker kümmern müßten. Ich sage deutlich: Wir müssen wirklich darüber nachdenken, ob es nicht möglich ist, berufliche Ausbildungsgänge, die nur zweijährig laufen und diesem Niveau angepaßt sind, hinzubekommen. Es wäre schön, wenn wir an dieser Stelle dieses Jahr ein Stückchen weiterkämen.

Der Berufsbildungsbericht spricht auch von Zusatzqualifikationen, von Externenprüfungen für die Ungelernten mit mehrjähriger Berufstätigkeit. Er spricht die **berufliche Weiterbildung** an. Letzteres hat aber nur Sinn, wenn die mit der Weiterbildung verbundenen Vorstellungen für Karriere und Aufstiegsmöglichkeiten auch wirklich realisiert werden können.

- (B) Der Bericht spricht auch das andere Ende der Differenzierung an, nämlich die **Begabtenförderung**. Ich möchte zum Abschluß eines herausstellen: Ich bin froh, daß es in einer finanziell schwierigen Zeit gelungen ist, die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung neu einzuführen und finanziell zu sichern. Das ist eine Leistung, mit der wir draußen gut dastehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir haben seit 1991 das Programm zur Begabtenförderung in der beruflichen Bildung. Ich muß gestehen: Es hat mich besonders erstaunt, daß sich die SPD am Anfang sehr schwer getan hat. Denn Sie hatten Schwierigkeiten, das, was für den akademischen Weg lange Zeit üblich war und was als normal galt, nämlich die Begabtenförderung, für den Teil zu fordern, den wir attraktiver machen wollen, nämlich die qualifizierte berufliche Ausbildung.

(Dr.-Ing. Rainer Jork [CDU/CSU]: Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!)

Wir haben das angefangen und kontinuierlich weitergeführt. 8 Millionen DM gab es 1991.

(Doris Odendahl [SPD]: Sie haben lange gebraucht!)

— Sie waren in dem Jahr, als wir es angefangen haben, nicht einmal bereit, zuzustimmen. Sie wollten das Geld anderswo verbraten. (C)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege, gehen Sie bitte auf keinen Zwischenruf mehr ein. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Wolfgang Meckelburg (CDU/CSU):** Danke schön. Ich habe auch festgestellt, daß der Sitzungspräsident gewechselt hat. Der jetzige ist etwas rigoroser.

(Heiterkeit — Dr.-Ing. Rainer Jork [CDU/CSU]: Das war nicht richtig, mein lieber Freund!)

1991 waren es 8 Millionen DM, 1992 16 Millionen DM, und 1993 kamen noch einmal 8 Millionen DM hinzu. Diesen Weg der qualifizierten Förderung sollten wir weiterhin beschreiten. Wenn es uns in den Ausschußberatungen gelingt, die Differenzierung der Berufsausbildung voranzubringen, haben wir, glaube ich, für die Attraktivität des beruflichen Bildungsweges eine Menge getan.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Hans Klein:** Die Bemerkung gegen den Präsidenten ist leicht verzeihen, aber eine Minute Überschreitung ist nicht so leicht verzeihen.

(Heiterkeit)

Ich erteile das Wort dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Professor Dr. Rainer Ortleb. (D)

**Dr. Rainer Ortleb,** Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der letzte Redner einer Debatte ist in der nachteiligen Situation, daß die Vorredner schon vieles von dem gesagt haben, was er sagen wollte. Das trifft in sehr großem Umfang für die Kollegen der Koalition zu und in angemessenem Umfang für die Kollegen der Opposition.

In den neuen Ländern konnte 1992 jedem Jugendlichen ein **Ausbildungsangebot** unterbreitet werden. Dieses positive Ergebnis ist durch gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft, Bund und Ländern sowie der Bundesanstalt für Arbeit erreicht worden. Damit, Frau Fischer, sind wir bei Statistiken und Laternen, um in Ihrem Bild zu bleiben. Sie geben mir sicherlich zu, daß Sie sich bei der Auslegung der Statistiken ganz schön an Ihre Laterne gehalten haben, und zwar ohne nach oben zu sehen, ob die Laterne zum Zwecke der Erleuchtung auch brennt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die **Wirtschaft** hat am 25. Januar 1993 im Rahmen des Solidarpakts eine mehrjährige **Ausbildungsstellenengarantie** für Ost- und Westdeutschland abgegeben. Ich halte diese Zusage für besonders wichtig und halte ausdrücklich an ihr fest, gerade weil sie offensichtlich noch nicht in vollem Umfang umgesetzt ist.

(Dr.-Ing. Rainer Jork [CDU/CSU]: Richtig!)

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat mit der Wirtschaft Gespräche über die Umsetzung geführt. Die Maßnahmen orientieren sich

**Bundesminister Dr. Rainer Ortleb**

- (A) vor allem in Richtung auf eine Intensivierung der Beratung von Unternehmen, auf verbesserte Informationen, auf eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Motivierung von Betrieben. Gemeinsames Ziel ist, auch in diesem Jahr für jeden Jugendlichen, der dies wünscht, ein Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft beobachtet gemeinsam mit dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung laufend die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt und wird dem Bundeskabinett spätestens bis 1. Juli 1993 einen Bericht vorlegen, sofern erforderlich, mit Vorschlägen zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots.

(Doris Odendahl [SPD]: Im Sommerloch!)

Sie sollten auch mit der Unterstellung aufhören, daß ich bis dahin den lieben Gott einen guten Mann sein ließe.

(Doris Odendahl [SPD]: Das haben wir nicht gesagt! Das mit dem lieben Gott ist nicht von mir!)

Und das nur, weil ich ein Problem nicht exakt so lösen will wie die Opposition,

(Günter Rixe [SPD]: Das sollten Sie aber!)

sondern eben als Regierungsmitglied handle.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU —  
Eckart Kuhlwein [SPD]: Im Verein mit  
Jagoda und Schoser!)

- (B) Herr Rixe, im Moment verwirren Sie mit Ihren ewigen Kassandrarufern die Jugendlichen, nicht ich.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CDU —  
Doris Odendahl [SPD]: Die in Rostock sind  
ganz anderer Meinung!)

— Wir werden sehen. Im Herbst werden die Küken gezählt.

Seitens der Opposition wurde der **Wert des Berufs- bildungsberichts** zum Teil empfindlich in Frage gestellt. Ohne mich jetzt in Kleinigkeiten verlieren zu wollen, möchte ich folgendes feststellen. Seite 4, linke Spalte unten: keineswegs blauäugige Aussagen zum Bildungsverhalten; Seite 5, links Mitte: Aussagen zur Sorge um solche, die derzeit keine Angebote haben; Seite 14, links unten: deutliche Aussage, daß man mit dem Zurückziehen der Unternehmen nicht einverstanden sein kann.

(Doris Odendahl [SPD]: Das ist eine Absichtserklärung!)

Manchmal habe ich das Gefühl, daß solche Behauptungen über fehlende Aussagen oder Einschätzungen den Zweck haben, sich mit denen über den Wert des Berichts zu verständigen, die ihn auch nicht gelesen haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU —  
Eckart Kuhlwein [SPD]: Dazu gehören Sie  
aber auch! — Günter Rixe [SPD]: Der hat  
nichts gesagt!)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich schließe die Aussprache. (C)

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 12/4652 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse und an den Ausschuß für Wirtschaft vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? — Da sich dagegen kein Widerspruch erhebt, ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, darf ich einen Moment Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Sie haben vorhin auf Grund eines irrtümlich erfolgten Hinweises die Überweisung der Drucksachen 12/4347 und 12/4763 an den Ausschuß für Wirtschaft beschlossen. Das war ein Irrtum; vielmehr soll die Drucksache 12/4652 auch an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen werden. Wir müssen also den vorherigen Beschluß revidieren. Ich glaube, dazu bedarf es keiner formellen Abstimmung.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Aber diese Vorlage hier mitberatend an den Ausschuß für Wirtschaft, federführend an den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft!)

— Wie in der Tagesordnung aufgeführt. — Dann können wir das auch im Protokoll klarstellen.

Ich rufe Zusatzpunkt 3 auf:

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung der Rentenüberleitung

**(Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz — RÜ-ErgG)**

— Drucksache 12/4810 —

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (federführend)  
Finanzausschuß  
Ausschuß für Wirtschaft  
Ausschuß für Familie und Senioren  
Ausschuß für Gesundheit  
Haushaltsausschuß mitberatend und gemäß § 96 GO

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. —

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Viel zu lange!)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Heinz Rother das Wort.

**Heinz Rother (CDU/CSU):** Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß es uns nach langen Verhandlungen gelungen ist, doch noch einen gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und F.D.P. zum Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz heute im Bundestag einzubringen. Ich halte es für wichtig, den grundsätzlich für alle Rentenfragen zwischen den Regierungsfractionen und der SPD erreichten Konsens auch weiterhin fortzusetzen, damit diese für die Menschen so bedeutenden Regelungen auch zukünftig auf einer breiten Basis stehen.

Dennoch habe ich mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß die SPD erklärt, die Koalition habe nach monatelangem Tauziehen ihrem Drängen doch

**Heinz Rother**

- (A) noch nachgegeben. Wenn wir dem Drängen der SPD wirklich nachgegeben hätten, wäre es zu einer Erhöhung der Rente um 40 % auch für **Spitzenfunktionäre** und leitende Mitarbeiter des Staatsapparats **der ehemaligen DDR** gekommen; denn nach den Vorstellungen der SPD sollte das bei der Rente zu berücksichtigende Entgelt des Personenkreises in leitenden Funktionen erst bei Überschreiten des 1,4fachen des Durchschnittsentgelts angehalten werden. Wir überlassen es gern Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, den durch das SED-Regime gebeutelten Menschen in den neuen Bundesländern zu erklären, warum Sie die Haupttäter eines üblen Systems nun auch noch mit einer kräftigen Erhöhung ihrer Renten belohnen wollten.

(Rudolf Dreßler [SPD]: Wer hat Ihnen den Unsinn eigentlich aufgeschrieben? Ich würde den Unsinn doch einmal lesen, bevor ich ihn hier offenbare!)

Demgegenüber führt der jetzt gefundene Kompromiß dazu, daß die Renten solcher Spitzenfunktionäre weiterhin auf das Durchschnittsentgelt begrenzt bleiben, während andere, die dem System nicht so eng verbunden waren und sich damit nicht ungerechtfertigte Vorteile verschafft haben, bessergestellt werden. Damit wird der sogenannte Fallbeileffekt abgemildert. Dies ermöglicht eine größere Differenzierung und führt letztlich zu einer größeren Einzelfallgerechtigkeit.

- (B) Ziel der mit dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz geschaffenen Begrenzung war es, zu verhindern, daß Personen, die durch ihre Tätigkeit einen erheblichen Beitrag zur Stärkung oder Aufrechterhaltung des politischen Systems der ehemaligen DDR geleistet haben, für die Zeit dieser Tätigkeit eine höhere Rente erhalten als Personen mit durchschnittlichen Verdiensten. Deshalb wird bei der Rentenberechnung aus dem bei solchen Tätigkeiten bezogenen Einkommen nur ein Verdienst entsprechend dem jeweiligen Durchschnittsentgelt zugrunde gelegt. An dieser Zielsetzung wird grundsätzlich festgehalten. Allerdings wird die starre Grenzregelung des geltenden Rechts, bei der bereits ein geringfügiges Überschreiten des 1,4fachen die Herabstufung auf das Durchschnittsentgelt bewirkte, durch eine flexible Regelung ersetzt. Somit werden die meisten Rentnerinnen und Rentner, die den **Sonder- und Zusatzversorgungssystemen** angehört haben, gegenüber der bisherigen Regelung bessergestellt, mit Ausnahme der Personen, die beim 1,8fachen des Durchschnittsentgelts oder darüber lagen. Damit konnte das Ziel einer stärkeren einzelfallorientierten Differenzierung erreicht werden.

Dem Ziel einer größeren Differenziertheit dient auch die neu aufgenommene Regelung, daß Angehörige von Zusatzversorgungssystemen, unabhängig von ihrer beruflichen Ausbildung und der Art ihrer Tätigkeit, generell von der Entgeltpunktebegrenzung befreit werden, wenn sie auf der Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden beschäftigt waren. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sie dort keine hauptamtliche Berufungs- oder Wahlfunktion und keine ehrenamtliche Berufungs- oder Wahlfunktion ab Bezirksebene ausgeübt haben.

(C) Ich habe bereits in meinem letzten Redebeitrag zu diesem Thema vor diesem Hohen Haus auf die speziellen Probleme der **Zusatzversorgungssysteme der technischen und medizinischen Intelligenz** hingewiesen. So freut es mich nun ganz besonders, daß ich den von mir in meiner letzten Rede erwähnten Professoren und vielen anderen Intelligenzlern, die aktiv an der Wende mitgearbeitet haben, heute mitteilen kann, daß nun auch sie in den Genuß einer höheren Rente kommen werden.

Zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit und zur Entscheidungsfindung haben auch die Zuschriften vieler Verbände und zahlreiche Gespräche beigetragen. In guter Erinnerung sind mir Gespräche mit den Senioren der medizinischen Intelligenz des Landes Sachsen-Anhalt und mit einer Gruppe der technischen Intelligenz aus meinem Wahlkreis.

Auf Grund einer Entscheidung des Bundessozialgerichts war auch eine Modifizierung der vorläufigen **Begrenzung von Zahlbeträgen** für die ehemals Zusatzversorgten notwendig. Um der vom Bundessozialgericht geforderten Differenzierung gerecht zu werden, wurde die für Rentnerinnen und Rentner mit Ansprüchen aus dem Zusatzversorgungssystem geltende Begrenzung des Zahlbetrages von 2 010 auf 2 700 DM pro Monat für Versichertenrenten und auf 1 620 DM pro Monat für Witwenrenten rückwirkend ab 1. August 1991 erhöht.

Aus Gleichbehandlungsgründen sollen die Ansprüche und Anwartschaften aus den **Zusatzversorgungssystemen der Parteien** der ehemaligen DDR ebenfalls nachträglich in die Rentenversicherung überführt werden. (D)

Die nach dem **Pensionsstatut der Carl-Zeiss-Jena-Werke** erworbenen Ansprüche und Anwartschaften, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden, werden nun auf Antrag den Ansprüchen aus den Zusatzversorgungssystemen gleichgestellt.

Auch 1994 werden Bezieher von **Altersübergangsgeld** wie bereits 1993 von der Pflicht entbunden, bei Erreichen der Altersgrenze einen Rentenantrag zu stellen.

Zum finanziellen Ausgleich muß die Rentenversicherung 1994 an die Bundesanstalt für Arbeit pauschal 2 Milliarden DM überweisen; 1993 werden dafür 1,6 Milliarden DM überwiesen. Um dies alles auch organisatorisch bewältigen zu können, müssen noch eine Reihe von Maßnahmen vereinbart werden, die der **Beschleunigung des Rentenantragsverfahrens** dienen sollen. Dies ist dringend notwendig, um die über 600 000 Rentenanträge aus dem Jahre 1992 bis Mitte 1994 abzuarbeiten.

Grundsätzlich müssen die Rentenversicherungsträger von allen Arbeiten entlastet werden, die ohne Nachteil für den einzelnen Versicherten auch zu einem späteren Zeitpunkt erledigt werden können, wie z. B. die Kontenklärung jüngerer Versicherter.

Vor allem bezüglich der **Überprüfung der Bestandsrenten** sind einige Änderungen vorgesehen. Nach eigener Aussage sind die Rentenversicherungsträger völlig überfordert, wenn sie zum bisher noch gültigen Termin 1. Januar 1994 sämtliche Rentenanträge überprüfen sollen. Hier wird im übrigen nochmals deut-

**Heinz Rother**

- (A) lich, wie völlig illusorisch die Forderung nach Vorziehen dieses Termins war; wir haben sie aus guten Gründen bereits in der vorangegangenen Debatte zu diesem Thema in diesem Haus abgelehnt.

Nun soll eine zielgerichtete Steuerung der Überprüfung der mehr als vier Millionen Bestandsrenten erfolgen. Dies sieht vor, daß die Rente nur noch auf Antrag und bei entsprechendem Vorbringen von Gründen vorrangig zu überprüfen ist. Ferner sollen dabei die Anträge älterer Berechtigter zuerst bearbeitet werden. Das gleiche gilt für den Anspruch Zusatz- und Sonderversorgter auf eine Renten Neuberechnung. So sind also eine ganze Reihe von Vereinfachungen und Erleichterungen für die Rentenversicherungsträger vorgesehen, die es ermöglichen sollen, den aufgetretenen Stau bei der Rentenberechnung abzubauen.

Meine Bitte geht an die Rentenversicherungsträger, weiter alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um den Menschen, die vor ihrem Lebensabend stehen, zügig den Alterslohn, den sie sich wohlverdient haben, zu ermitteln.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß mit dem vorliegenden Entwurf sowohl finanziell als auch, was den zeitlichen Rahmen betrifft, das Optimale, das unter den gegebenen Umständen machbar war, erreicht wurde. Ich begrüße dies vor allem im Hinblick auf die betroffenen Menschen in den neuen Bundesländern und bitte Sie um weitere konstruktive Zusammenarbeit in den Ausschüssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(B)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Rudolf Dreßler.

**Rudolf Dreßler (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat vor zehn Monaten ihren Antrag zur **Überprüfung des Rentenüberleitungsgesetzes** in dieses Parlament eingebracht. Nach nahezu elf Monaten sind wir endlich in der Lage, uns über eine **Korrektur** zu verständigen. Nun fragt sich natürlich jeder: Warum hat das elf Monate gedauert? Ich darf Ihnen versichern, an der SPD-Fraktion hat es nicht gelegen. Die Wahrheit ist, daß weder Bundesregierung noch Koalitionsfraktionen in den letzten zehn Monaten bereit waren, sich diesem Thema mit dem Ziel einer Korrektur parlamentarisch zu widmen. Das ist Fakt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Weil wir den Spitzenfunktionären keine höheren Renten zahlen wollen!)

Meine Damen und Herren, wir hätten das Problem schon nach der Sommerpause 1992 lösen können. Wir haben es nicht lösen können, weil eine Minderheit im Parlament die Mehrheit bekanntlich nicht zwingen kann. Aber dafür muß die Mehrheit dann auch die Verantwortung übernehmen und sagen, daß sie nun nahezu elf Monate lang verhindert hat, daß diese überfällige Korrektur endlich greift.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Herr Rother hat es Ihnen doch gesagt, warum, Herr Dreßler!)

— Herr Louven, jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen: Wenn Sie sich hier hinstellen und vor dem deutschen Parlament so tun, als ob die SPD-Bundestagsfraktion nun ausgerechnet die Rente von Herrn oder Frau Honecker erhöhen wollte, dann kann ich über so einen Quatsch noch nicht einmal lachen; darüber kann ich nur noch weinen, Herr Louven. Also hören Sie doch mit diesem Unsinn auf.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Aber das wäre die Konsequenz gewesen, Herr Dreßler! Das können Sie nicht bestreiten! Dann hätten Sie dieser Regelung nicht zustimmen dürfen!)

— Herr Louven, was Sie nicht begreifen wollen und was Sie bis heute auch nur partiell begriffen haben, ist, daß zwischen **Sozialrecht** und **Strafrecht** nach Auffassung der SPD-Fraktion eine Vermischung unzulässig ist.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Wir haben kein Strafrecht im Rentenrecht!)

Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Wolfgang Mischnick [F.D.P.]

Weil die Sache nicht strafrechtsfähig war und ist, wollen Sie über das Sozialrecht abstrafen. Was Sie damit gemacht haben, Herr Louven — wenn Sie schon diesen Konflikt wollen —, ist, daß Sie Tausende von Menschen automatisch in Systemnähe gebracht haben, die objektiv nicht systemnah waren. Kann es denn ein Zufall sein, daß mein Vorredner, der sich hier aufplustert, sich selbst als ehemaliges Mitglied der Blockpartei CDU-Ost, der er seit 1978 angehörte, in der Debatte um die zweite und dritte Lesung vor zwei Jahren einen eigenen Persilschein als Ingenieur ausgestellt hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Da seien Sie mal vorsichtig!)

— Das sind doch die Fakten. Herr Louven, mein Gedächtnis funktioniert hervorragend. Hören Sie auf!

(Julius Louven [CDU/CSU]: Jetzt wird es aber unappetitlich! — Joachim Hörster [CDU/CSU]: Das hat uns gerade noch gefehlt! Diesen Stil verbitten wir uns! Das ist niederträchtig, Herr Dreßler! — Zurufe von der CDU/CSU: Unverschämte! — Sie machen die Verhandlung sehr schwer! — Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU/CSU)

— Hören Sie auf, Herr Louven! Ich habe das nicht angefangen. Damit das klar ist: Ich erwidere. Sie müssen sich daran gewöhnen: Das Verursacherprinzip gilt nicht nur im Umweltschutz, sondern auch in anderen Politikbereichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit unserer Unterschrift unter den jetzt vorliegenden Entwurf des Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetzes beteiligen wir uns an der Reparatur, die überfällig ist. Das macht immer noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen notwendig. Die ursprüngliche Fassung des Entwurfs der Regierung aus dem Jahre 1991 haben wir bekanntlich abgelehnt. Nachdem es aber auf dem Verhandlungs-

(C)

(D)

**Rudolf Dreßler**

(A) wege damals gelungen war, eine Reihe substantieller Korrekturen durchzusetzen, haben wir dem Gesetz 1991 zugestimmt. Die Zustimmung im Jahre 1991 war auch deshalb geboten, weil wir das völlige Scheitern dieses Gesetzes nicht verantworten wollten.

Denn mit dem damaligen Rentenüberleitungsgesetz — so kritikwürdig seine Grundkonzeption auch war — wurden zum 1. Januar 1992 großzügige Voraussetzungen für die Witwenrenten eingeführt. Die Altersgrenze für Männer wurde herabgesetzt und der Bezug von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten wesentlich erleichtert. Unseren vernünftigen Vorschlag, zunächst diese dringend notwendigen **Sofortmaßnahmen** mit einem **Vorschaltgesetz** zu beschließen und die systematische Vereinheitlichung des ost- und westdeutschen Rentenrechts zu verschieben, hat die Koalition im Jahre 1991 abgelehnt.

Die relative Mehrheit im Bundesrat gab uns nur die Möglichkeit, das Schlimmste zu verhindern und einzelne, wenn auch wichtige Verbesserungen für Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern zu erreichen. Unter diesen Umständen und wegen der vielen praktischen Verbesserungen, die wir erreicht hatten und die ohne unsere Mitwirkung nicht möglich gewesen wären, haben wir dem Rentenüberleitungsgesetz am 21. Juni 1991 zugestimmt. Gleichwohl, viele unserer grundsätzlichen Einwände bestanden weiter.

Die Tatsache, daß sich heute die Koalitionsfraktionen zu einer Reparatur bereit erklären — bereit erklären müssen —, beweist, daß wir im Jahre 1991 mit unserer Kritik recht hatten. Die Koalition hätte damals gut daran getan, unseren Vorschlägen weiter entgegenzukommen, als sie es getan hat; denn die meisten Korrekturen, die wir jetzt beschließen, haben wir schon bei den Kompromißverhandlungen verlangt; aber die Regierungsseite war nicht zu Konzessionen bereit.

Am 26. April 1991, vor fast genau zwei Jahren, habe ich bei der ersten Lesung des Rentenüberleitungsgesetzes von dieser Stelle aus gesagt: Im Grunde ist die Basisentscheidung der Bundesregierung, nämlich das Westrecht den neuen Ländern schnellstmöglich überzustülpen, die eigentliche Wurzel aller Unzulänglichkeiten.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, war richtig, und es hat sich durch die inzwischen gemachten Erfahrungen bestätigt. Es war ein falscher Ansatz, das Rentenrecht der Bundesrepublik mit einem Schlag rückwirkend für die bereits erworbenen Rentenanwartschaften und für schon laufende Renten auf die ehemalige DDR zu übertragen,

(Julius Louven [CDU/CSU]: Was wäre denn die Alternative gewesen, Herr Dreßler?)

als hätte es dort immer gegolten.

(Zuruf von der PDS/Linke Liste: Sehr richtig!)

Dieser Eingriff mußte zwingend zum **Eingriff in Vertrauenstatbestände** führen. Dieses Problem ist zwar im Augenblick etwas in den Hintergrund getre-

ten; es wird aber ab 1997 wieder auf die Tagesordnung kommen, wenn nach den heute geltenden Vorschriften die Auffüllbeträge abgebaut werden und die Sozialzuschläge auslaufen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Grundsatz des Rentenüberleitungsgesetzes mußte auch zwangsläufig zu massenhafter Enttäuschung führen; denn bei den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Ländern wurde die Erwartung erzeugt, sie würden sozusagen hundertprozentige Westrenten bekommen, und anschließend mußten viele von ihnen feststellen, daß sie auf Grund der zahlreichen und zum großen Teil auch gar nicht vermeidbaren Sondervorschriften doch nicht mit dem Westen gleichgestellt sind. Subjektiv herrscht das Gefühl vor, diskriminiert zu werden.

(Widerspruch von der CDU/CSU)

Der Grundsatz des Rentenüberleitungsgesetzes mußte schließlich auch zu dem **Verwaltungschaos** führen, das wir heute zu beklagen haben; denn die Voraussetzungen für die Anwendung des hochkomplizierten und am Ziel der maximalen Einzelfallgerechtigkeit ausgerichteten westdeutschen Rentenrechts sind in den neuen Ländern einfach nicht gegeben und können in absehbarer Zeit auch nur sehr bedingt geschaffen werden.

Ich sage das alles bei dieser Gelegenheit, um klarzustellen: Für die grundsätzlichen Ursachen der vielfachen **Probleme in der ostdeutschen Rentenversicherung** ist die SPD-Bundestagsfraktion nicht verantwortlich, und wir fühlen uns dafür auch nicht verantwortlich. Verantwortlich fühlen wir uns allerdings dafür, alles zu tun, was möglich ist, um die Auswirkungen zu mildern, Härten abzufedern, verlorrenes Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen und die praktische Arbeit der Rentenversicherung in den neuen Ländern zu erleichtern.

Dieser Verantwortung haben wir uns gestellt, und deshalb haben wir auch den Kompromiß mit den Koalitionsfraktionen gesucht, wohlwissend, daß die Basisentscheidung, die mit dem Rentenüberleitungsgesetz gegen unseren Rat getroffen wurde, im wesentlichen nicht rückgängig zu machen ist.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Was wäre denn die Alternative gewesen?)

Weil vollendete Tatsachen nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind, können mit dem jetzt vereinbarten Rentenüberleitungsergänzungsgesetz auch nicht alle Wünsche befriedigt werden; aber es wird wichtige Verbesserungen geben.

Härten und Ungereimtheiten im Bereich der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme werden ausgeglichen. Es handelt sich übrigens um Forderungen, die die SPD bereits im Sommer 1991 vergeblich versucht hat zu realisieren.

Die unselige **Entgeltpunktbegrenzung** für Personen, denen pauschalierend **Staatsnähe** unterstellt wird, wird wesentlich abgemildert. Der Personenkreis, der von dieser Begrenzung ausgenommen ist, wurde erweitert. Damit haben wir es geschafft, Straf-

(C)

(D)

**Rudolf Dreßler**

- (A) und Sozialrecht wesentlich besser auseinanderzuhalten, als es im ursprünglichen Gesetz der Fall war.

Die **Erhöhung der Obergrenze** von 2 010 DM auf 2 700 DM schafft bei den sogenannten Intelligenzrenten für den weitaus größten Teil der Betroffenen einen Stein des Anstoßes aus der Welt.

Das besondere Versorgungssystem des früheren **VEB Zeiss Jena**, das damals nicht berücksichtigt wurde, wird in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen. Die näheren Einzelheiten der Überführung sind ausgesprochen kompliziert, und wir sollten Wert darauf legen, die Probleme unter Beteiligung der Betroffenen zu diskutieren, auch wenn Maximalforderungen, die bisweilen erhoben werden, wohl nicht erfüllbar sind.

Die vom Einigungsvertrag zwingend vorgeschriebene Einbeziehung der **Versorgungssysteme der ehemaligen DDR-Parteien** in die Rentenversicherung wird nunmehr geregelt. Über diesen Komplex konnte damals auch keine Einigung erzielt werden. Jetzt haben wir Übereinstimmung erzielt, daß die heutigen Rechtsnachfolger dieser Parteien zur Finanzierung herangezogen werden, soweit sie diese Verpflichtung nicht bereits durch laufende Beitragszahlungen an die Sozialversicherung der früheren DDR erfüllt haben und soweit sie noch ein zweckgebundenes Deckungskapital für die Altersversorgung ihrer ehemaligen Mitarbeiter besitzen.

- (B) Die Verwaltung der ostdeutschen Rentenversicherung, deren Träger durch das Gesetz teilweise überfordert wurden, wird mit Hilfe von vereinfachenden Vorschriften entlastet. Damit wird auch die Überprüfung der zum 1. Januar 1992 vom alten DDR-Recht auf das bundesdeutsche Recht umgestellten Renten beschleunigt, soweit das mit dem vorhandenen und kurzfristig nicht vermehrbaren Bestand an qualifizierten Mitarbeitern überhaupt möglich ist.

Meine Damen und Herren, die SPD-Bundestagsfraktion stimmt dem vorliegenden **Kompromiß** zu, weil damit wichtige Forderungen zumindest teilweise erfüllt werden, die wir im Interesse der Menschen in den neuen Ländern immer und immer wieder erhoben haben.

Mit den Änderungen, die jetzt einvernehmlich mit der Regierungsseite beschlossen werden sollen, werden nicht alle Mängel des Rentenüberleitungsgesetzes aus 1991 beseitigt. Das steht nicht mehr in der Macht des Gesetzgebers und erst recht nicht in unserer Macht als Oppositionsfraktion, und wir sollten auch gemeinsam diesen Eindruck nicht erwecken.

Letztlich muß festgehalten werden: Ein sozialdemokratisches Rentenüberleitungsgesetz hätte anders ausgesehen; aber wir haben dazu nicht die Mehrheit gehabt. Aber wir haben mit unserer Minderheit für viele tausend Menschen in den neuen Ländern Wichtiges getan.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Dr. Bruno Menzel, Sie haben das Wort.

**Dr. Bruno Menzel (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sozialen Sicherungssysteme zählen zu den großen gesellschaftlichen Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Einführung des Rentensystems der alten Bundesrepublik in den neuen Ländern Anfang des vergangenen Jahres waren dementsprechend hohe Erwartungen verknüpft. Denn die gesetzliche Rentenversicherung hatte für die Rentner in den alten Bundesländern insbesondere nach der großen Rentenreform von 1957 im Laufe der Jahre ein Maß an finanzieller und sozialer Sicherheit geschaffen, mit dem die Altersversorgung in der DDR in keiner Weise zu vergleichen war. (C)

Zwei so unterschiedliche Alterssicherungssysteme zu vereinheitlichen war eine Aufgabe, die nur mit großen politischen und verwaltungstechnischen Anstrengungen und auf der Grundlage eines breiten Konsenses bewerkstelligt werden konnte. Daß sich trotz der Meinungsunterschiede eine Einigung in Gestalt des Rentenüberleitungsgesetzes finden ließ, demonstriert die Bedeutung, die die Beteiligten dieser Aufgabe beigemessen hatten, und entspricht der guten, auch am heutigen Tage gepflegten Tradition, Rentengesetze mit breiten Mehrheiten zu erarbeiten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Tatsächlich brachte die Umstellung des Rentenrechts für zahlreiche Bürger in den neuen Bundesländern deutliche Verbesserungen ihrer Lebenssituation. Flexiblere Altersgrenzen und deutlich günstigere Regelungen für Hinterbliebene und Berufs- oder Erwerbsunfähige seien hier als Beispiel genannt. (D)

Auch der Anpassungsprozeß der **Rentenniveaus in Ost und West** schritt rasch voran. Betrug bei Inkrafttreten der Wirtschafts- und Sozialunion die monatliche Eckrente im Osten lediglich 40 % der durchschnittlichen Westrente, so betrug das Verhältnis am 11. Juli 1992 bereits 62 %, Tendenz: steigend.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage? — Bitte sehr.

**Dr. Hans-Hinrich Knaape (SPD):** Herr Kollege Menzel, ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß für die große Zahl der **Ärzte in der ehemaligen DDR** durch dieses Rentenrecht keine Verbesserung erzielt worden ist, sondern daß die Diskrepanz, die zu DDR-Zeiten zwischen der Rente eines Intelligenzlers, der eine Zusatzrente hatte, und der Rente aus dem regulären Rentensystem bestand, jetzt zusammengeschmolzen ist

(Zuruf von der CDU/CSU: Herr Kollege, haben Sie das dem Kollegen nicht eben erklärt? — Julius Louven [CDU/CSU]: Herr Präsident, das ist eine sehr lange Frage!)

und daß es in keiner Weise durch dieses Verfahren möglich ist, daß sich die Renten in angemessener Weise — —

**Dr. Bruno Menzel (F.D.P.):** Wollen Sie eine Frage stellen oder eine Rede halten? Entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche.

(A) **Dr. Hans-Hinrich Knaape** (SPD): Die Frage ist, ob Ihnen das bekannt ist und wie Sie das beurteilen, daß für die Ärzte in den neuen Bundesländern keine Verbesserung erreicht wird.

**Dr. Bruno Menzel** (F.D.P.): Verehrter Herr Kollege, wenn uns das nicht bekannt wäre, brauchten wir heute nicht über dieses Gesetz zu beraten. Selbstverständlich haben wir das gewußt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Daß dies nach der Überleitung des Rentengesetzes dann so gewesen ist, basiert auf einem beispiellosen Akt der **Solidarität zwischen West und Ost**, was an dieser Stelle mit Dank und großem Respekt einmal erwähnt werden sollte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Allerdings riefen bestimmte Regelungen auch Enttäuschung und Unverständnis hervor. Dies ist letztlich der Grund, warum wir heute über Ergänzungen des Rentenüberleitungsgesetzes beraten. — Sie sehen, Sie kommen mit Ihrer Frage ein bißchen verfrüht. — Dies betrifft vor allem die Angehörigen der Zusatzversorgungssysteme sowie die durch das Gesetz pauschal als staatsnah bzw. staatstragend charakterisierten Berufsgruppen. Sahen die einen durch die vorläufige pauschalierende Umwertung ihrer Renten ihren sozialen Besitzstand gefährdet, während sie gleichzeitig berechtigtes Unverständnis gegenüber der jedweder Rentensystematik widersprechenden Kappung des Zahlbetrags bei 2 010 DM äußerten, wehrten sich die anderen gegen eine nicht unbedingt rechtsstaatsimmanente pauschale Typisierung als Helfershelfer des DDR-Zwangapparats und der damit einhergehenden Absenkung ihrer Rentenentgeltpunkte.

Schon während der Beratungen zum Rentenüberleitungsgesetz, Herr Kollege, wurde die Problematik dieser Regelung deutlich. Obwohl die F.D.P. davor gewarnt hatte, de facto **strafrechtliche Komponenten** in das **Rentenrecht** zu integrieren, erfolgte die Zustimmung zum Rentenüberleitungsgesetz mit dem Blick auf das Ganze, sprich: die Sicherung der Altersversorgung für Hunderttausende Rentner in den neuen Ländern.

(Dr. Dagmar Enkelmann [PDS/Linke Liste]:  
Sie scheinen an Gedächtnisschwund zu leiden!)

— Ich habe keinen Gedächtnisschwund, verehrte Frau Kollegin. Ich weiß sehr genau, was ich sage.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Dr. Menzel, Herr Kollege Knaape würde gern noch eine Frage stellen.

**Dr. Bruno Menzel** (F.D.P.): Bitte sehr, selbstverständlich.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Knaape, damit es der Redner nicht selber sagen muß, sage ich es jetzt: Solche Fragen sollen eigentlich kurz und vor allem Fragen sein. Bitte schön.

**Dr. Hans-Hinrich Knaape** (SPD): Ist Ihnen bekannt, daß mangelhafte Aufklärung dazu geführt hat, daß die Ärzte in der ehemaligen DDR, die in Rente sind, der Meinung sind, daß die Entgeltpunkte von Anfang an

bei 1,8 liegen könnten, und daß dies von der Berechnungsart erst seit 1983 möglich ist? Was haben Sie, der Sie sich für die Ärzte einsetzen, dazu getan, um diesem Erklärungsdefizit in der Ärzteschaft abzuhelpfen? (C)

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]:  
Der kann gar nicht kurz fragen!)

**Dr. Bruno Menzel** (F.D.P.): Das ist wieder eine lange Frage, Herr Kollege. Sie bekommen die Antworten eigentlich immer durch das, was ich gleich noch zu sagen gewillt bin. Ich darf Sie vielleicht darauf verweisen.

(Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: Dann würde ich keine Fragen mehr zulassen!)

Wir hatten also, ich sagte es schon, davor gewarnt, de facto strafrechtliche Komponenten in das Rentenrecht zu integrieren, aber trotzdem zugestimmt, weil wir auf die überwiegende Zahl der Rentner Rücksicht nehmen wollten, daß sie unter dem damals nicht mehr zu erreichenden Kompromiß nicht zu leiden haben.

Offensichtlich war aber auch — die F.D.P. hat dies immer befürwortet —, daß im Rahmen einer Gesetzesänderung Verbesserungen für die **Angehörigen der Zusatzversorgungssysteme** sowie für die ungerechtfertigt **als staatsnah eingestuft** **Betroffenen** gefunden werden müssen. Gleichwohl ist meines Erachtens eine wirklich gerechte Lösung kaum zu erzielen, solange Begriffe wie „typisierend“ oder „pauschalierend“ im Rentenrecht Anwendung finden.

Die heute zur Beratung stehenden Neuerungen betreffen nicht nur die finanzielle Situation der Rentner. Vielmehr bedeuten gerade die Diskriminierung ganzer Berufsgruppen, insbesondere der im Staatsapparat auf mittlerer Ebene Beschäftigten sowie Techniker, Mediziner, Tierärzte, Architekten usw., und die damit verbundene Aberkennung der Leistungen dieser Menschen eine Demütigung, die dem ansonsten beschworenen inneren Einigungsprozeß widersprechen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Zwar ist auch mit dieser Vorlage keine Ideallösung gefunden worden, dennoch stellt sie einen deutlichen Fortschritt dar, zum einen aus grundsätzlich rentensystematischen Gründen bezüglich einer umfassenden Berücksichtigung der Zusatzversorgungssysteme, aber auch weil nicht zuletzt zahlreiche Berufs- und Personengruppen aus dem rentenmindernden Konzepts der Staatsnähe herausgenommen werden und zukünftig eine deutliche Besserstellung erfahren.

Fortschritte wird es in der Zukunft auch bei der **Bearbeitung der Rentenanträge** geben. Angesichts der zahlreichen unerledigten Fälle sind die Regelungen, die zu einer Beschleunigung der Feststellungsverfahren bei den Rententrägern führen, ebenso uneingeschränkt zu begrüßen wie die Überführung der Betriebsrenten der Stiftung Zeiss Jena sowie der Renten der Parteien in die gesetzliche Rentenversicherung.

Ich bekenne hier offen, daß weiterreichende Regelungen meinen Intentionen und den Vorstellungen der F.D.P. aus den dargelegten Gründen mehr ent-

**Dr. Bruno Menzel**

- (A) sprochen hätten; dies um so mehr, als wir davon überzeugt sind, daß das Rentenrecht das am wenigsten geeignete Mittel ist, begangenes Unrecht wieder gutzumachen oder gar die DDR-Vergangenheit mit bewältigen zu können.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn überhaupt, dann wäre eine Einzelfallprüfung angemessen, die aber — das wissen wir alle — von der Rentenversicherung nicht zu leisten ist. Deshalb halte ich die jetzige Einigung, die nunmehr in die Ausschußberatungen kommt — ich bin sicher, daß in die Ausschußberatungen der gesamte Sachverstand einfließen wird und, wie mir zugesichert wurde, auch jetzt noch bestehende Unebenheiten bereinigt werden können —, im Sinne einer gesicherten und vor allem gerechten Altersversorgung der Bürger in den neuen Bundesländern für vertretbar.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Hans Klein:** Das Wort hat die Kollegin Petra Bläss.

**Petra Bläss** (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Endlich ist sie da, eine **Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes**. Doch wie im Frühsommer 1991 wurde in letzter Minute eine Vorlage zum Rentenrecht eingebracht, von den Spitzen der Koalition und der SPD im stillen Kämmerlein erdacht. Was jetzt vorgelegt wird, ist halbherzig, und die Konflikte sind weiter vorprogrammiert. Eine Entschärfung des Mißbrauchs von Sozialrecht als Strafrecht ist nur eine kosmetische Änderung und keine tatsächliche Korrektur. Dies ist nicht nur die Meinung der PDS/Linke Liste. Erste Reaktionen von Betroffenenverbänden aus den neuen Bundesländern zeigen es.

(B)

Die jetzt vorgelegten Änderungen sind offensichtlich eine Antwort auf das **Urteil des Bundessozialgerichts** vom Januar dieses Jahres, aber sie sind unseres Erachtens nicht die angemessenen Folgerungen aus dem Urteil von Kassel. Das Bundessozialgericht hat festgestellt, daß pauschale Kürzungen von Renten generell nicht zulässig sind. Im vorliegenden Gesetzentwurf werden hingegen erneut willkürliche Grenzen gezogen. Es müssen endlich die im Einigungsvertrag fixierten Mindestforderungen des **Vertrauensschutzes** für Rentnerinnen und Rentner und Anwartschaften anerkannt werden, die alle Renten, also auch die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme, betreffen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Wenn auch die Veränderungen der Höchstbegrenzung der Renten von 2 010 DM auf 2 700 DM einen großen Teil der Betroffenen befriedigen wird, bleiben doch der Strafcharakter und die Beschneidung des Bestandschutzes grundsätzlich bestehen. Im Gegensatz zum Urteil von Kassel, das generelle Kürzungen auf 2 010 DM ablehnt und eine Einzelfallprüfung verlangt, wird die **globale Kürzung** lediglich auf einem höheren Niveau fortgesetzt.

Betroffen bleiben nun vor allem die ca. 1 500 Professorinnen und Professoren, die in der DDR zu den Spitzenwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen gehörten. Wir stimmen der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenrechten zu, daß dies besonders verwerflich ist angesichts der Tatsache, daß ehemalige Beamte und Berufsoffiziere der NS-Zeit ihre Pensionsansprüche nach Art. 131 des Grundgesetzes jetzt nachträglich anerkannt bekommen. So erhält jetzt ein Bombenflieger der Legion Condor, der an der Zerstörung spanischer Städte im Jahre 1936 beteiligt war, eine um 600 DM höhere Rente.

(C)

Ich möchte diese Sachverhalte hier unbedingt öffentlich machen, um den einzigartigen **Strafcharakter** dieser Rentenüberleitung wiederholt zu verdeutlichen.

Alle Neuzugänge der ehemaligen Altersversorgung der Intelligenz, die ab 1. Januar 1994 in Rente gehen, werden infolge der dann pur geltenden beschnittenen Bemessungsgrenze nicht annähernd an die jetzt vorgeschlagenen Höchstsätze herankommen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Noch drastischer wird sich dann die verhängnisvolle Verletzung des Einigungsvertrags auswirken. Es bleibt auch die Tatsache, daß Hunderttausende von Rentnerinnen und Rentnern, die mit weitaus geringeren **Renten aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen** auskommen müssen, seit 1990 nichts oder nur Pfennigbeträge als Erhöhung gesehen haben. Sie mußten angesichts der enorm angeglichenen Preise, Mieten und der anderen Ausgaben ganz erhebliche **Einbußen des Lebensniveaus** hinnehmen. Haushaltsberechnungen, die eine Entwertung der 1990 gezahlten Renten um 40 bis 50 % nachweisen, liegen uns vor. Ist es nicht an der Zeit, diesen Rentnerinnen und Rentnern wenigstens die Erhöhungen aus den ihnen zustehenden Sozialrenten zu gewähren, die das Rentenangleichungsgesetz der letzten Volkskammer der DDR vorsah?

(D)

Für die sogenannten ehemals Staatsnahen soll das Rentenstrafrecht nicht etwa abgeschafft werden. Es soll vielmehr eine mathematische Formel für den Grad der politischen Bestrafung eingeführt werden, die weder juristisch noch sozialpolitisch greifbar ist.

Damit ist außerdem das nächste Chaos bei den Rentenversicherungsträgern voraussehbar. Offensichtlich ist den Verfasserinnen und Verfassern solcher Regelungen erneut der Blick für die Realitäten versperrt. Ansonsten müßten sie feststellen, daß angesichts der im RÜG deklarierten Durchschnittsverdienste faktisch alle DDR-Staatsbediensteten mit Hochschulabschluß unter den sogenannten Fallbeileffekt fallen. Eine Formel „je höher der Bildungsgrad, um so höher die Strafe“ ist wachen Verstandes wirklich nicht zu begreifen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei derartigen Überleitungsphilosophien war ich echt erstaunt, daß Sie der nun endlich beabsichtigten Überleitung der Parteirenten das gleiche Behandlungsmuster zugestehen.

**Petra Bläss**

(A) Anstatt das Rentenstrafrecht überhaupt zu verbannen, soll nun die Strafliste um haupt- und ehrenamtliche Funktionen, letztere ab Bezirksebene, erweitert werden. Fatal ist angesichts solcher Listen die Aussicht, daß die ohnehin bis über die Grenze ihrer Arbeitsfähigkeit belasteten Rentenversicherungsträger zu Richtern politischer Biographien gemacht werden sollen. Vorauszusehen sind Serien von Widersprüchen und Prozessen, wie sich das bereits jetzt zeigt, wobei Justitia praktisch auf dem Kopf steht; denn nicht Schuld ist zu beweisen, sondern die Betroffenen müssen ihre Unschuld einklagen — eine eigenartige Auffassung von Rechtsstaat.

Es geht hier jedoch nicht um das Rentenstrafrecht, sondern um soziale Verantwortung überhaupt. Wir sind sehr dafür, daß jetzt Versäumnisse der Rentenüberleitung korrigiert werden und die **Betriebsrenten der Zeiss-Stiftung** anerkannt werden sollen. Was aber passiert mit den anderen Betriebsrenten, die laut Einigungsvertrag bis Ende 1991 zu zahlen waren, aber ab 1992 von der Treuhand faktisch gestrichen wurden? Wenn es hier auch nur um geringe Beträge geht, so zählt doch für die Betroffenen heute mehr denn je jede Mark.

Ganz besonders bedrückend ist, daß viele Rentnerinnen und Rentner zunehmend an die Armutsgrenze geraten, weil von ihnen gezahlte freiwillige Beiträge nicht anerkannt, Sozialzuschläge eingefroren, gekappt und künftig überhaupt nicht mehr gewährt werden sollen.

Dieses Haus sollte deshalb nicht über Schönheitsreparaturen an einem von Geburt an mißratenen Gesetz nachdenken, sondern die Debatte sollte endlich darum gehen, ein neues, besseres Rentenrecht zu schaffen, das eine rechtsstaatliche Aufnahme der DDR-Renten und -Anwartschaften einschließt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans Klein:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ullmann.

**Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie meine Vorrednerin und der Kollege Dreßler sage auch ich: Endlich! Ich sage es mit der nicht abreißenden Kette von Rentnern und Renterinnen vor Augen, die mir ihre Beschwerden in der Bürgersprechstunde vortragen. Endlich ist sich dieses Parlament einig, daß Abhilfe geschaffen werden muß.

Ich brauche nicht mehr in eine Einzelwürdigung der wirklichen Fortschritte dieses Gesetzentwurfs einzutreten; das ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits getan worden. Ich will meinen Dank an alle ausdrücken, die an der nicht unkomplizierten Erarbeitung beteiligt gewesen sind. Ich danke auch im Namen derer, denen jetzt geholfen werden kann.

Aber ich muß einige Punkte bezeichnen, wo ich wie auch meine Vorgänger und Vorgängerinnen Diskussionsbedarf sehe. Warum erst so spät? Diese Frage stellt sich natürlich auch mir. Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat bereits im März 1992 die jetzt geregel-

ten Beschwerdepunkte angemahnt. Herr Dreßler hat doch recht gehabt: Alle Initiativen sind abgelehnt worden, und vor noch gar nicht langer Zeit sind von diesem Platz aus Reden gehalten worden, das sei alles nicht nötig oder nicht machbar. Ich kann mich nicht enthalten, auch die Kollegin Babel, die sich gerade umdreht, in dieser Hinsicht mit einem gewissen Augenaufschlag anzusehen.

Ich weiß nicht, ob dahinter die vielerörterte Kostenfrage gestanden hat. Es würde mich tatsächlich interessieren. Jetzt aber legen Sie ein Gesetz mit einem Kostenvolumen von 125 Millionen DM vor. Daran kann es also wirklich nicht gelegen haben, wenn ich an das 18-Milliarden-Defizit der BfA in Nürnberg denke.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Das ist aber ein komischer Vergleich! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Sie bringen alles durcheinander! — So machen wir es jetzt weiter!)

Art. 4 § 1 ist einer der großen Vorzüge des Gesetzentwurfs. Das **Pensionsstatut der Carl-Zeiss-Stiftung** ist ein ganz erheblicher Fortschritt. Aber, meine Damen und Herren, Frau Bläss hat hier völlig recht: Man wird natürlich die Begründung auf Seite 21 lesen. Ich kenne genug Bürger, die mir das schon berichtet haben. Sie haben zwar keine Betriebsrenten nach dem Pensionsstatut von Carl Zeiss, aber **analoge Vereinbarungen**, auf Grund derer sie eben nicht in die Zusatzrentenversicherung eingezahlt haben. Sie werden jetzt auch Vertrauensschutz beanspruchen, wenn sie die Begründung in Ihrem Gesetzentwurf lesen. Ich denke, sie haben recht, wenn sie das beanspruchen.

Zum nächsten Punkt, zur **Rentenbegrenzung**, ist schon sehr viel gesagt worden. Auch hier gibt es eine wirkliche Verbesserung mit den neuen Höchstbeträgen. Aber das System, das Sie einführen, ist wirklich kompliziert und widerspruchsvoll genug. Ich will nur den Mensch-ärgere-dich-nicht-Effekt ansprechen: bei 1,8 Entgeltpunkten zurück nach 1,0.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Dr. Ullmann, Herr Knaape möchte auch Ihnen eine Frage stellen.

**Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, bitte.

**Dr. Hans-Hinrich Knaape (SPD):** Herr Ullmann, ist Ihnen bekannt, welche Anzahl von Rentnern durch diese 2 700-DM-Begrenzung bevorteilt wird, wer also daraus Nutzen ziehen kann?

**Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Zahl kenne ich nicht. Ich freue mich aber für jeden, der es kriegt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Es sind unter 4 000!)

Ich will nur sagen: Die Widersprüchlichkeit der Regelung wird auf Protest stoßen. Die Regelung, die die SPD vorgeschlagen hat, generell bei 1,4 zu bleiben, hatte wenigstens den Vorteil der Durchsichtigkeit.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Diese Regelung hätten Sie mitgetragen?)

**Dr. Wolfgang Ullmann**

(A) Ein Wort zum **politischen Rentenrecht** muß ich natürlich auch sagen. Hier gibt es die schon von meinen Vorrednern geltend gemachten schwerwiegenden **rechtlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken**, daß ehemalige Staatsfunktionäre und ihnen verwandte Berufsgruppen im Gegensatz zu der Praxis gegenüber den Trägern des Nazisystems auf diese Weise behandelt werden. Das zeigt, in wie hohem Maße das Rentenrecht als Instrument staatlicher Steuerungsinteressen gebraucht wird statt als gesellschaftlicher Bedürfnisausgleich. Das fällt nun der ganzen Öffentlichkeit angesichts der jüngst bekanntgewordenen Zahlungen an lettische Waffen-SS-Angehörige, also an Angehörige einer Organisation, die in Nürnberg als verbrecherisch eingestuft worden ist, in besonders hohem Maße auf.

Da nach wie vor Mindestrenten nicht vorgesehen sind und Sozialzuschläge abgebaut werden sollen, erhebt sich mit neuer Dringlichkeit die Frage nach einem **System der Altersvorsorge**, das nicht dazu führt, einen Teil der Senioren und Seniorinnen der **Armut** zu überantworten und auf sie ein Sozialhilfesystem anzuwenden, das sie in behördlich beaufsichtigte und alimentierte Bettler verwandelt, d. h. in Menschen mit drastisch eingeschränkten Selbstbestimmungs- und Grundrechten.

Eine Schlußbemerkung, bevor ich mich von hier verabschiede. Wir streiten ja in der Verfassungskommission unablässig über die Gleichstellung der Frauen. Die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU versichern immer, es gehe da nur um ein Wort. Es geht um eine Sache, nämlich um die Gleichstellung der Frau auch im Rentenrecht. Hier sollten Sie sich bewegen und etwas tun.

(B)

Danke.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Volker Kauder, Sie haben das Wort.

**Volker Kauder (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In wenigen Wochen, zum 1. Juli 1993, werden die **Renten** in ganz Deutschland angehoben, in Westdeutschland um effektiv 3,86 %, in den neuen Bundesländern um effektiv 14,24 %. Damit wird die Standardrente in den neuen Bundesländern etwa 73 % der Standardrente der alten Bundesländer betragen. Vor der Einheit — es ist heute schon angesprochen worden — betrug dieses Verhältnis je nach Rentenart etwa 30 % bis 40 %. Und was eine Ostmark-Rente in der DDR an Kaufkraft wirklich bedeutete, will ich hier gar nicht ausführen. Darüber können die Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern wahrhaft deutlich berichten.

Ich nenne diese Zahlen, Herr Kollege Dreßler, vor allem deswegen, um einmal deutlich zu machen, was in nur knapp drei Jahren in Deutschland auf diesem Gebiet geleistet worden ist. In einem unglaublichen sozialpolitischen Kraftakt wurde hier für die Menschen in den **neuen Bundesländern** ein **Rentensystem** eingeführt, das nicht von der Willkür kommunisti-

scher Machthaber abhängig ist, sondern nach genau berechneten Systemen per Gesetz berechnet wird. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das System der gesetzlichen Rentenversicherung mit der **lohndynamischen Rente** ist in den neuen Bundesländern fester Bestandteil der sozialen Sicherung geworden. Die Rentner in Ostdeutschland haben mit den verschiedenen Rentenerhöhungen der letzten Zeit weit aufgeholt. Ich sage dies auch an die Menschen in den alten Bundesländern gewandt: Dies ist richtig, weil es nur so auf Dauer gelingen wird, eine Angleichung zu erzielen.

Wir haben unsere Hausaufgaben als Sozialpolitiker erfolgreich gemacht. Darauf dürfen wir gemeinsam stolz sein.

(Zuruf von der SPD: Das kann doch nicht wahr sein!)

Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, Herr Kollege Dreßler, wenn Sie sich heute hier hinstellen und so tun, als ob wir mit der Überleitung des Rentensystems aus den alten in die neuen Länder etwas gemacht hätten, was den Menschen nur Schaden gebracht hätte. Sie haben schon bei der Einbringung des Rentenüberleitungsgesetzes im Jahre 1991 eine unglaubliche Rede gehalten, in der Sie behauptet haben, wir würden in den neuen Ländern alles plattmachen. Diese Aussage haben Sie nie aufrechterhalten können; und Sie können auch die Aussage, die Sie heute hier gemacht haben, nicht aufrechterhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Kauder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dreßler? (D)

**Volker Kauder (CDU/CSU):** Bitte schön.

**Rudolf Dreßler (SPD):** Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich in meiner Rede 1991 das Wort vom Plattmachen — —

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Dreßler, Sie müssen eine Frage stellen und nicht bitten, etwas zur Kenntnis zu nehmen. Aber das läßt sich ja leicht formulieren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Auch fragen muß man können!)

**Rudolf Dreßler (SPD):** Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich in meiner Rede vor zwei Jahren im Deutschen Bundestag, was den Begriff Plattmachen betrifft, ausdrücklich auf das Institut der Mindestrente die im Westen programmatisch als soziale Grundsicherung gehandelt wird, hingewiesen und Ihnen den Vorwurf gemacht habe, daß Sie dies deshalb tun, um im Westen die soziale Grundsicherung für Rentnerinnen und Rentner nicht auch einführen zu müssen? Sind Sie bereit, das zu bestätigen?

**Volker Kauder (CDU/CSU):** Herr Kollege Dreßler, Sie haben eine Art und Weise, die haben Sie auch heute wieder gezeigt, durch Formulierungen den Eindruck zu erwecken, als ob es nicht um einen

**Volker Kauder**

(A) konkreten Einzelsachverhalt ginge, sondern als ob hier pauschal etwas schlechtgemacht worden ist.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben damals darauf hingewiesen, daß das von Ihnen vorgeschlagene System nicht notwendig ist, weil wir eine Rentenversicherung und ein Gesamtsozialsystem einführen — darauf haben Sie eben nicht hingewiesen — mit all den Vorschriften, die wir haben, vom Bundessozialhilferecht bis zum Wohngeld. Das ist also ein insgesamt **geschlossenes System der sozialen Sicherung**, das sich bei uns bewährt hat. Das haben wir in den neuen Ländern eingeführt, und es hat sich dort bewährt.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Abgeordneter, lassen Sie noch eine zweite Frage zu?

**Volker Kauder (CDU/CSU):** Nein. Er hatte vorhin schon genug Zeit zu reden. Lassen Sie mich meinen Beitrag fortführen.

Ich sage, daß wir eine erfolgreiche Politik mit der Rentenüberleitung gemacht haben. Dies sage ich auch heute, wenn wir ein Ergänzungsgesetz vorlegen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden heute sicher von einer wichtigen Gruppe. Aber deutlich muß auch gemacht werden, daß wir heute auch bei den Ergänzungen, die wir machen, von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen reden. 98 bis 99 % der Menschen sind mit ihrer Rente zufrieden. Dies wird uns auch bei vielen Gesprächen und Terminen in den neuen Bundesländern bestätigt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht heute um eine Gruppe, der wir natürlich auch **Gerechtigkeit** widerfahren lassen müssen, die aber sicherlich als diejenige bezeichnet werden kann, der es in den neuen Bundesländern, in der früheren Zeit der DDR und heute, besonders schlecht gehe. Es geht darum, daß wir Gerechtigkeit üben. Aber es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die Rentenversicherung, die wir in den neuen Bundesländern eingeführt haben, für die Menschen keine Vorteile gebracht hätte.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage also auch, wenn wir heute ein Ergänzungsgesetz einbringen müssen, daß wir viel erreicht haben. Wir reagieren mit diesem Gesetz auf Probleme bei der Ausgestaltung des Gesetzes. Wir reagieren damit auf Dinge, die wir bei der Einführung nicht gewußt haben, wie Zeiss Jena, die auch Sie, Herr Ullmann, nicht gewußt haben

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und wir wollen mit dieser Regelung auch für die mittlere Führungsebene gewisse Verbesserungen erreichen.

Wir können diese Regelungen, Herr Kollege Dreßler und Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie

bei der Rentenversicherung schon Tradition, wieder im Konsens zwischen Regierungskoalition und Opposition vornehmen. Ich muß Ihnen aber sagen: Ihre Rede, Herr Dreßler, macht dies alles nicht einfacher und vergnüglicher. (C)

(Joachim Hörster [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wenn wir über Monate hinweg einen Konsens suchen, kommen auf einmal solche scharfmacherischen Reden, daß die Menschen draußen denken müssen, wir hätten überhaupt keinen Konsens gefunden. So sollten Sie einen gemeinsamen Gesetzentwurf nicht einbringen, wie Sie es heute morgen getan haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Julius Louven [CDU/CSU]: Das fing schon mit seiner Presseerklärung an!)

Sie haben schon in einer Presseerklärung versucht, es so darzustellen, als ob Sie etwas erreicht hätten. Aber dabei haben wir diese ganzen Verhandlungen nur deswegen führen müssen — ich komme nachher noch einmal darauf zurück —, weil Regelungen, die Sie vorgeschlagen haben, auch von Kolleginnen und Kollegen der SPD so nicht hätten mitgetragen werden können. Es hätte nämlich, ob Sie es gewollt hätten oder nicht — ich will Ihnen gar nichts unterstellen —, zu einem schlechten Ergebnis geführt. Dabei ist Nichtwissen bei einer solchen Problematik so schlimm, wie vorsätzlich etwas machen zu wollen. Sie hätten nämlich mit Ihrer Regelung dazu beigetragen, daß Spitzenfunktionäre der alten DDR und der SED 40 % mehr Rente bekommen hätten. Dies wäre die Konsequenz gewesen. Dies haben wir nicht mitmachen wollen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. — Widerspruch des Abgeordneten Rudolf Dreßler [SPD])

— Herr Dreßler, darüber können Sie gar nicht hinwegdiskutieren. Ich hätte es so nicht angesprochen, wenn Sie nicht so scharf angefangen hätten. Wir haben eben Monate gebraucht, um Sie von dieser falschen Entscheidung wegzubringen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Julius Louven [CDU/CSU]: So war das!)

Dies war der entscheidende Punkt. Einig waren wir uns darin, daß Erleichterungen für die Umsetzung geschaffen werden mußten. 4 Millionen Renten sind umgewertet worden, allein im letzten Jahr 1992 sind 600 000 Anträge gestellt worden. Daß dies nicht von einem Tag auf den anderen bewältigt werden kann, war klar.

Trotzdem sage ich: Was die Rentenversicherungsträger geleistet haben, ist großartig und beispielhaft und einmalig.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schwieriger war es, wie gesagt, uns darauf zu einigen, was im **staatsnahen Bereich** passiert. Wir haben nun eine Regelung. Wir haben uns als CDU/CSU und F.D.P., als Koalition, Gott sei Dank durchsetzen können, daß es eben nicht zu diesen für die Bürger nicht verständli-

**Volker Kauder**

- (A) chen Erhöhungen für die früheren Spitzenkader von SED und DDR gekommen ist.

Im Einzelfall mag dieses nun alles gerechter sein. Aber ich sage Ihnen auch: Für mich ist nun das Ende der Fahnenstange bei Änderungen in diesem Bereich erreicht. Wir dürfen es nicht zulassen, daß **Privilegien**, die **in der alten DDR** erreicht worden sind, auch in der Rentenversicherung fortgesetzt werden. Für uns ging es nie darum, Strafrecht in der Rentenversicherung einzuführen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für uns ging es nur darum, ungerechtfertigte Dinge, überhöhte Dinge abzuschneiden.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der Punkt!)

Wir haben hier nichts anderes gemacht, als eine Tradition der Reformbewegung fortgesetzt, die nämlich überhöhte Bezüge auch schon in der alten Volkshammer mit der 2 010-Mark-Regelung abgeschnitten hat. Das war überhaupt keine Erfindung von uns, das haben wir nur fortgesetzt. Es ging darum, nicht die Privilegien, die man in diesem Staat erworben hat, nun auch noch in der Rentenversicherung fortzusetzen.

(Dr. Helga Otto [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- (B) — **Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Kauder —

**Volker Kauder (CDU/CSU):** Nein, ich muß noch einen Gedanken zu Ende führen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen. Die **2 010-DM-Regelung für die Intelligenzler** hat überhaupt nichts damit zu tun, daß wir im staatsnahen Bereich Korrekturen vorgenommen haben. Diese Regelung ist nur eingeführt worden, um eine Überzahlung bei Renten zu vermeiden. Denn wir führen die Zusatzversorgten insgesamt in die Rentenversicherung über und können individuelle Berechnungen noch nicht durchführen. Diese individuellen Berechnungen, die wir durchführen, werden auf Grund des neuen Systems dazu führen, daß die Renten über die 2 010-Mark-Grenze steigen. Deswegen bedeutet das auch nur eine vorläufige Begrenzung, bis der individuelle Rentenanspruch festgelegt und berechnet ist.

Das Sozialgericht hat nun entschieden und gesagt, wir sollten hier dem Bestandsschutz, dem **Vertrauensschutz** ein größere Komponente einräumen. Dies machen wir. Wir verändern deshalb nur die Grenze von 2010 auf 2 700 DM. Die Begrenzung, die aber von Anfang an gewollt war, um eine Überzahlung von Höchstrenten zu vermeiden, haben wir damit beibehalten.

Sie waren es, Herr Dreßler, der im Herbst 1991 große Schlagzeilen produziert hat: Ist es möglich, daß Renten von 7 000 und 8 000 und 9 000 DM aus der Rentenversicherung gezahlt werden? Sie haben doch auf das Problem hingewiesen, daß das nicht geht. Wir

haben aber dafür gesorgt, daß dies nicht geschehen kann. Mit dieser Begrenzung sind wir etwas gerechter.

Ich sage Ihnen, wenn die Renten der sogenannten Intelligenzler im nächsten Jahr nach unserem System individuell berechnet werden, wird sich herausstellen, daß die Grenze von 2 700 DM von vielen als Rente in den nächsten Jahren noch gar nicht erreicht werden kann. Wir haben damit wiederum ein Beispiel dafür gebracht, daß wir durchaus gewillt sind, den Rentnern entgegenzukommen.

Ich kann Ihnen, Herr Bundesarbeitsminister, nur einen herzlichen Dank dafür sagen, daß die Zusage, die wir gemacht haben, auch durch Ihre Arbeit eingehalten worden ist. Wir haben den Rentnern gesagt: Ihr werdet eure Rente pünktlich bekommen. Wir werden uns darum bemühen, daß die individuelle Nachprüfung sehr schnell passiert. Dies haben wir eingehalten. Wir haben für die Rentner in den neuen Bundesländern viel erreicht. Dies lassen wir uns von niemandem nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Dreßler, ich habe Sie vorhin bei Ihrer Zwischenfrage korrigiert und gesagt, Sie müßten eine Frage stellen. Das ging aber offensichtlich auf ein akustisches Mißverständnis zurück. Sie hatten schon mit einer Frage begonnen. Nur, ich habe verstanden: Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen. Sie hatten aber gesagt: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen.

(Rudolf Dreßler [SPD]: Herr Präsident, ich widerspreche Ihnen nicht!)

— Wenn ich dazwischengehe, muß ich, wenn ich mich irre, das dem betreffenden Kollegen dann auch sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer Kurzintervention gebe ich der Kollegin Otto das Wort.

**Dr. Helga Otto (SPD):** Ich möchte hiermit zur Kenntnis geben, daß der Durchschnitt der Ärzte, Ingenieure, Physiker, Mathematiker eine Rente von etwa 1 400 Mark bekommt, daß niemand — auch mit den neuen Gesetzen — auch nur annähernd an die 2 010, geschweige denn an die 2 700 DM herankommt.

Ich möchte damit auch betonen, daß die **Zusatzrentenversorgungssysteme** keine Privilegierung der **Intelligenz** sein können, sondern daß das versprochene Leistungen für entsprechend niedrige Entlohnung gewesen sind und daß es sich aus meiner Sicht hier um einen Vertrauensbruch gegenüber dieser Personengruppe handelt.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans Klein:** Das Wort hat die Kollegin Ulrike Mascher.

(A) **Ulrike Mascher (SPD):** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kauder, Sie haben zum Schluß davon gesprochen, daß wir mit dem Rentenüberleitungsgesetz viel erreicht haben. Das ist sicher richtig. Aber ich würde Ihnen raten, das, was wir da erreicht haben, nicht dadurch zu entwerten, daß Sie die Gefühle und die Selbsteinschätzung unserer Kollegen und auch der Menschen in den neuen Bundesländern dadurch verletzen, daß Sie z. B. einen Begriff, der uns fremd sein mag, „Intelligenzler“, mit dem Beiwort „sogenannte“ versehen. Das wirkt verletzend und kränkend.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir sollten behutsam damit umgehen, weil wir gerade auch im Bereich der Rentenversicherung bei vielen den Eindruck erweckt oder das Gefühl hervorgerufen haben, daß wir ihre Lebensleistung nicht gerecht bewerten. Individuelle Gerechtigkeit werden wir in vielen Punkten nicht erreichen können, aber gerade deswegen sollten wir behutsam damit umgehen und nicht Begriffe, die uns fremd sind, die für uns vielleicht fremd klingen, so abwerten. Ich würde darum bitten.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Frau Kollegin, wir sollten mit dem Gesamtkonsens behutsam umgehen!)

— Ja.

Ich habe vor einem halben Jahr in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der SPD zur **Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes** gesprochen. Damals haben die Redner und Rednerinnen der Regierungsfractionen — ich habe das noch einmal nachgelesen — sehr gereizt auf meinen Beitrag reagiert und meine Erwartung, daß wir im Interesse der Betroffenen zu einer Einigung im Sinne auch der SPD-Vorschläge kommen, zurückgewiesen. So ist es eben, wenn man als Oppositionsabgeordnete spricht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir haben Sie vor einem Fehler bewahrt!)

Die erheblichen **Probleme**, die jetzt **bei den Rentenversicherungsträgern** aufgetreten sind, sind keine Naturkatastrophe, vor der man sich nicht schützen kann, sondern diese Probleme sind das Ergebnis des großen Zeitdrucks, unter dem die Beratungen des Rentenüberleitungsgesetzes stattgefunden haben.

(Rudolf Dreßler [SPD]: Sehr wahr!)

Jetzt erwarte ich Ihren Zwischenruf: Die SPD hat doch zugestimmt. —

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Der kam nicht!)

Das ist sicher richtig; ich gestehe das zu. Wir haben trotz des Zeitdrucks dem Kompromiß zugestimmt, weil wir nach der Veränderung der Bundesratsmehrheit als Ergebnis der Wahlen in Rheinland-Pfalz die Chance hatten, wesentliche Verbesserungen für die Rentner und Rentnerinnen durchzusetzen. Ich erinnere nur an den Sozialzuschlag als eine Art Mindestrente. Ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag, über den wir auch weiter diskutieren sollten. Herr Kauder, ich erinnere Sie daran, daß die Caritas z. B. fordert, daß wir unsere sozialen Sicherungssysteme armuts-

fest machen sollten, z. B. durch solche Mindestrenten. (C)

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den grundsätzlichen Konstruktionsfehler, die Vermischung des Sozialrechts mit dem Strafrecht, konnten wir im Juni 1991 nur noch zum Teil beseitigen. Zwei Jahre später — und um eine Entscheidung des Bundessozialgerichtes klüger — werden nun auch mit Zustimmung der Regierungsfractionen einige Härten im Bereich der **Sonder- und Zusatzversorgungssysteme** ausgeglichen. Die Entgeltpunktbegrenzung für staatsnahe Versorgungssysteme der DDR wird abgemildert, und der Personenkreis, der von dieser Entgeltpunktbegrenzung betroffen ist, wird erweitert.

Ich entschuldige mich bei unseren Zuhörern auf der Tribüne, aber diese Rentenfragen sind nun leider mal mit solchen fachchinesischen Begriffen besetzt. Ihnen mag das vielleicht unverständlich klingen, aber ich hoffe, daß es im Ergebnis für die Betroffenen Vorteile bringt.

**Vizepräsident Hans Klein:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauder?

**Volker Kauder (CDU/CSU):** Frau Kollegin Mascher, ist es richtig, daß mit der Regelung, die Sie in Ihrem Antrag vorgeschlagen haben, alle, auch Spitzenfunktionäre, 40 % mehr Rente erhalten hätten?

(Ottmar Schreiner [SPD]: Wenn man einer Dame eine Frage stellt, nimmt man zumindest die Hände aus der Hosentasche!)

(D)

**Ulrike Mascher (SPD):** Herr Kauder, wir wollten diesen Grundatz, diesen Fallbeileffekt in der Tat beseitigen, und das hätte möglicherweise zu diesem Ergebnis geführt.

(Rudolf Dreßler [SPD]: Weil wir das Strafrecht nicht mit dem Sozialrecht vermischen wollen!)

Die pauschale Festlegung, daß jeder, der in den staatsnahen Versorgungssystemen mehr als 140 % des Durchschnittslohnes der DDR verdiente, leitend war, wird jetzt wesentlich differenziert, und die drastischen Rentenverluste werden für eine große Zahl der Betroffenen abgemildert. Das hatten wir in unserem Antrag zur Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes bereits vor einem Jahr vorgeschlagen. Der Zeitablauf und die Diskussion zeigen, daß es nicht einfach war, das Ergebnis, das jetzt vorliegt, mit den Regierungsfractionen zu erreichen.

Die Erweiterung des Personenkreises, der von dieser **Entgeltpunktbegrenzung** ausgenommen werden soll, wird uns sicher bei den Ausschlußberatungen noch beschäftigen. Der Herr Kollege Dr. Menzel hat ja schon einige Dinge dazu gesagt. Wir sind uns nicht ganz sicher, ob das, was wir jetzt an Kriterien dafür gefunden haben, wirklich treffend ist, um das, was wir wollen, zu erreichen. Ich denke, wir sind bei diesen Beratungen auch auf die Kenntnisse unserer ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen, was die Struktur, die staatliche Struktur der DDR angeht, angewiesen, damit wir hier wirklich gezielt die richtigen Ausnah-

**Ulrike Mascher**

- (A) meregelungen treffen. Ich erkläre ausdrücklich für die SPD, daß wir hier für Beratungen offen sind.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Dreßler hat die Erhöhung der Obergrenzen der Intelligenzrenten bereits positiv bewertet. Ich hoffe, daß dieses Ergebnis bei einem großen Teil der Betroffenen das Gefühl der ungerechten Behandlung mildert.

Was wir hier im Parlament aber nicht erreichen können, das ist die solidarische Übertragung der guten **berufsständischen Versorgungssysteme**, z. B. der Ärzte, vom Westen auf den Osten. Das unterliegt nicht unserer Gesetzgebungskompetenz,

(Julius Louven [CDU/CSU]: Das müssen die Länder machen!)

da ist die Solidarität der Berufskollegen gefordert.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Auch die Überführung der **Versorgungssysteme von Zeiss-Jena** in die gesetzliche Rentenversicherung scheint gelöst zu sein. Für die Zeit der Beschäftigung bei Zeiss-Jena werden die vollen Arbeitsverdienste bei der Berechnung der dynamischen Rente nach bundesdeutschem Recht berücksichtigt. Einzelheiten der Überführung, z. B. Anrechnungsprobleme von bereits bezahlten Abfindungen nach Schließung der Zeiss-Stiftung in Jena, sollten unter Beteiligung der Vertreter der Betroffenen, also des Betriebsrates, gelöst werden.

- (B) **Vizepräsident Hans Klein:** Frau Kollegin Mascher, der Kollege Dr. Knaape möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt auch an Sie?)

**Dr. Hans-Hinrich Knaape** (SPD): Frau Kollegin Mascher, würden Sie dem zustimmen, daß sich durch die mangelhafte Aufklärung der Bundesregierung insbesondere die deutsche Ärzteschaft in den neuen Bundesländern in dem Glauben wiegte, daß durch die Übernahme der Zusatzversorgungssysteme die Leistung angeglichen würde und dadurch eine Gleichstellung mit denen erfolgen würde, die in der alten Bundesrepublik in den kammerärztlichen Versorgungssystemen sind?

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Knaape, ich bitte — das sage ich jetzt noch einmal schnell generell —, bei Zwischenfragen doch keine Korreferate zu halten.

**Ulrike Mascher** (SPD): Herr Kollege Knaape, ich teile diese Auffassung. Offensichtlich hat die Begeisterung über das, was mit dem Rentenüberleitungsgesetz erreicht wurde, den Bundesminister in seinen Informationsbroschüren ein bißchen über das Realistische hinweggetragen. Dadurch hat er möglicherweise in den Informationsbroschüren diesen falschen Eindruck erweckt.

(Dr. Helga Otto [SPD]: Wir waren doch staatlich angestellt und nicht in irgendwelchen privaten Kammern!)

— Ja, Frau Dr. Otto, das ist mir bekannt,

(Heinz-Adolf Hörsken [CDU/CSU]: Die Arbeiterpartei läßt grüßen!)

nur habe ich in Gesprächen mit Ärzten wahrgenommen, daß immer Vergleiche gezogen werden zwischen der Ärzteversorgung in der Bundesrepublik und dem, was jetzt nach dem Rentenüberleitungsgesetz aus der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden kann. Dieser Vergleich hinkt eben, weil die Ärzte in Westdeutschland auf Grund der berufsständischen Versorgungssysteme sehr viel höhere Leistungen erhalten, als aus der gesetzlichen Rentenversicherung möglich ist.

**Vizepräsident Hans Klein:** Frau Kollegin Mascher, jetzt würde gern die Kollegin Fuchs eine Zwischenfrage stellen.

**Anke Fuchs** (Köln) (SPD): Frau Kollegin Mascher, Sie stimmen mir sicher zu, daß es eigentlich Aufgabe der Bundesregierung gewesen wäre, eine angemessene Versorgung dieser damals staatlich versorgten Menschen in der DDR zu gewährleisten.

**Ulrike Mascher** (SPD): Dem stimme ich zu.

Ich habe von den Anrechnungsproblemen, die es bei der Zeiss-Stiftung in Jena bei den Abfindungen gibt, gesprochen und möchte auf einen Punkt hinweisen, der mir dabei besonders wichtig ist, nämlich daß es dabei nicht nur um die abstrakte Logik unseres Rentenversicherungssystems geht, sondern auch darum, das **Gerechtigkeitsgefühl** der Betroffenen nicht zu verletzen. Die Tatsache, daß bei den Beratungen des Rentenüberleitungsgesetzes der gesamte Komplex „Pensionen der Zeiss-Stiftung“ nicht in die Beratungen eingeführt wurde, darf für die Betroffenen nun nicht rückwirkend eine Verschlechterung ihrer Anwartschaften auslösen. Ich denke, darüber müssen wir uns sehr gründlich und sorgfältig unterhalten.

An einigen Stellen des Rentenüberleitungsgesetzes sind also notwendige Korrekturen erfolgt. Wir haben daran mitgewirkt. Wir werden das auch mittragen, weil viele praktische Verbesserungen eintreten.

Ein Komplex dieses Gesetzes beunruhigt mich aber immer noch, nämlich die Frage: Sind mit den Bestimmungen zur **Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens** die Probleme wirklich zu bewältigen?

Entgegen den Erklärungen der Rentenversicherungsträger waren die Computerprogramme erst 15 Monate nach dem Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes für die Bearbeitung der neuen Rentenansprüche einsatzbereit. Bis heute sind nur ganz wenige Antragsverfahren mit dem endgültigen Rentenbescheid abgeschlossen. Die im Gesetz vorgesehene Neuberechnung der umgerechneten Bestandsrenten, auf die ab 1. Januar 1994 ein Rechtsanspruch besteht, kann in der vorgesehenen Form nicht geleistet werden.

Dieses Ergebnis ist eine Folge des Zeitdrucks, mit dem wir das Rentenüberleitungsgesetz beraten mußten. Der Vorschlag der SPD hätte ein Jahr Zeitgewinn für die Vorarbeiten bedeutet. Es ist bedauerlich, daß wir das nicht erreichen konnten: Es ist einmal bedauerlich für die Rentner, die lange Bearbeitungszeiten

(C)

(D)

**Ulrike Mascher**

- (A) im Osten, aber auch im Westen in Kauf nehmen müssen — erheblich länger, als wir das in der Vergangenheit gewohnt waren —, zum anderen ist es bitter für die Mitarbeiter, die trotz ihres überdurchschnittlichen Arbeitseinsatzes die Berge von Arbeiten nur millimeterweise abtragen können.

Die SPD stimmt den Vorschlägen zur Beschleunigung zu. Wir erwarten davon keine Wunder. Ich bin gespannt, wann wir wieder Hilferufe der Rentenversicherungsträger nach weiteren Vereinfachungen hören werden.

Mein Vertrauen in die Prognose, was die Bewältigung des Arbeitsanfalls bei den Rentenversicherungsträgern betrifft, ist nicht mehr so sehr groß. Das muß ich hier persönlich sagen.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Sie sollten sie loben, nicht tadeln! Die leisten hervorragende Arbeit!)

— Ich lobe sie auch ausdrücklich. Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Wenn sich alle Bereiche der Wirtschaft beim Aufbau neuer Strukturen in Ostdeutschland so engagiert und diesen Aufbau so unterstützt hätten, wie das im Bereich der Rentenversicherungsträger, wie das im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit und wie das bei Post und Bahn geschehen ist, dann wären wir mit dem Aufbau im Osten bereits weiter.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Da kann man Ihnen zustimmen, Frau Kollegin!)

Ich denke, das ist ausdrückliches **Lob** genug für die Betroffenen. Ich hoffe, daß wir in einem Jahr hier nicht wieder Korrekturen, was die Beschleunigung des Verfahrens betrifft, beschließen müssen. Ich hoffe, daß es jetzt wirklich zur Beschleunigung führt.

(B)

Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. — Julius Louven [CDU/CSU]: Das hob sich wohlthuend von Herrn Dreßler ab! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Die sollten nur noch die Frauen sprechen lassen!)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich erteile das Wort dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm.

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Bundestagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich bin heute morgen mit dem festen Vorsatz in das Parlament gegangen, eine Rede zu einem Konsensentwurf zu halten. Ich will dem Vorsatz treu bleiben.

(Beifall der Abg. Gerlinde Hämmerle [SPD])

obwohl mir dies nach der Rede des Kollegen Dreßler nicht mehr so leicht fällt. Ich habe mir nämlich nach seiner Rede erst noch einmal die Bundestagsdrucksache ansehen müssen. Ich hatte nämlich inzwischen Zweifel, ob die SPD den Gesetzentwurf noch unterstützt.

Liebe Kollegen, aller guten Dinge sind drei.

(C)

(Rudolf Dreßler [SPD]: Da war vorher noch eine Rede!)

— Ich bin ja immer noch friedlich.

(Rudolf Dreßler [SPD]: So läuft das eben nicht!)

Dreimal haben wir jetzt in Sachen Rente den **Konsens** geschafft — bei der Rentenreform, bei der Überleitung und hier bei der Ergänzung. Es kann ja sogar noch weitergehen. Für einen Streit gibt es ja noch ein genügend weites Feld.

(Otto Schily [SPD]: Aber wer hat den Streit angefangen?)

Ich werde jedenfalls auch weiterhin mit meinen Freunden, mit der Koalition daran arbeiten, daß wir die Rente aus dem parteipolitischen Streit heraushalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das hat auch etwas mit Vertrauensbildung zu tun.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Mascher?

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Bitte.

**Ulrike Mascher (SPD):** Herr Bundesarbeitsminister, waren Sie noch nicht anwesend, als der Kollege Rother seine Rede gehalten und hier versucht hat, die SPD als Helfershelfer von SED-Größen darzustellen?

(D)

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Liebe Frau Mascher, vielleicht sollten wir uns darauf verständigen, daß ich jetzt, von Ihnen unterstützt, eine Konsensrede halte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Rudolf Dreßler [SPD]: Jetzt weich nicht aus! — Zuruf des Abg. Otto Schily [SPD])

— Wollen wir das jetzt wie Buchhalter — das habt ihr eingebracht, das haben wir eingebracht — betreiben? Wir bringen uns so selber um den Wert des Konsenses. Ein Konsens ist nur dann möglich, wenn er in allen Teilen von allen vertreten wird. Wenn er wie ein Steinbruch behandelt wird, dann ist es kein Konsens.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. — Zuruf des Abg. Rudolf Dreßler [SPD])

— Kollege Dreßler, wie lange es gedauert hat? Ja, wir hätten es in 24 Stunden machen können, wenn Sie unsere Vorschläge übernommen hätten. Wir hätten es auch in 24 Stunden machen können, wenn wir Ihre Vorschläge übernommen hätten. Konsens ist halt der Anstrengung wert. Ich denke, Schnelligkeit ist nicht immer ein guter Ratgeber für eine seriöse Politik.

Noch ein Punkt: **Strafrecht** — mit diesem schlimmen Wort ist heute morgen gearbeitet worden. Meine Damen und Herren, auch die freigewählte Volkskammer hat mit Begrenzungen gearbeitet. Auch Sie arbeiten mit Begrenzungen. Man kann doch nicht jede Begrenzung als einen Ausfluß des Strafrechts betrach-

**Bundesminister Dr. Norbert Blüm**

(A) ten. Das würde ja bedeuten, daß man ein Rentensystem einfach übernehmen müßte, bei dem dann möglicherweise — in diesem Fall sogar ganz konkret — Rentenansprüche entstehen, die im Westen nie entstehen würden. Wir hätten dann — ohne Beschränkungen — Renten von bis zu 12 000 DM bezahlen müssen. Es kann doch keine Rede davon sein, daß das Ausfluß des Strafrechts ist, wenn wir das auf in unserer gesamtdeutschen Rentenversicherung gültige Proportionen begrenzen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Julius Louven [CDU/CSU]: Herr Dreßler hat das aber behauptet! — Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Bitte, Herr Ullmann.

**Dr. Wolfgang Ullmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bundesminister, können Sie mir erklären — —

**Vizepräsident Hans Klein:** Verzeihung, Herr Kollege. Es gibt hier so ein Regelwerk. Das Wort erteilt der Präsident.

(Dr. Wolfgang Ullmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigen Sie!)

Nachdem der Redner die Zwischenfrage genehmigt hat: Bitte, Herr Kollege Ullmann.

(B) **Dr. Wolfgang Ullmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bundesminister, wegen dieser Streitigkeiten um das Strafrecht im Sozialrecht bitte ich Sie um Erklärung, welchen Sinn die Begriffe „System“ und „Staatsnähe“ in diesem Zusammenhang haben, wenn sie als Begründung für **Renten Kürzungen** verwendet werden.

**Dr. Norbert Blüm**, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Ullmann, das will ich gerne erklären. Nach dem Willen der Volkskammer — sonst hätte es diese Begrenzung nicht gegeben — und auch nach dem Einigungsvertrag sollten **Privilegien** in der Einkommenshöhe, die das alte System gewährt hat, nicht in unsere gemeinsame Rentenversicherung übergehen. Das hat mit Strafrecht nichts zu tun, sondern das hat nur etwas mit einem gemeinsamen Rentensystem zu tun, das diese Spitzen sozusagen nicht nachträglich weiterprämiiert. Das ist der Sinn einer Rentenvereinheitlichung.

Es ist heute morgen auch viel von dem gesprochen worden, was die Rentenversicherung geleistet hat. Meines Erachtens ist dabei unsere gemeinsame Anstrengung schlecht weggekommen. Sie verschütten unseren und Ihren Beitrag zu dieser Anstrengung. Das ist doch unser Konsens!

Wenn einer bestreitet, wie groß der Erfolg unserer **Rentengesetzgebung** gerade für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Ländern ist, dann nenne ich ihm eine Zahl: Vor der deutschen Einheit, im letzten Jahr der DDR, sind an Renten genau 16,7 Milliarden Mark gezahlt worden — nicht D-Mark, sondern Ostmark. Heute, 1993, werden für das gleiche Gebiet 54,2 Milliarden DM gezahlt. Noch

einmal: 16,7 Milliarden Ostmark und jetzt 54,2 Milliarden DM. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Will denn einer bestreiten, daß die deutsche Einheit gerade der älteren Generation in den neuen Bundesländern geholfen hat? Sie müssen dafür auch gar nicht Dankeschön sagen. Sie haben in ihrem Leben ja viel erlitten. Manche haben zwei Weltkriege und zwei Diktaturen erlitten. Diese Menschen haben nicht mehr so viel Zeit wie die junge Generation, das wettzumachen, was ihnen das Leben alles angetan hat. Aber es kann doch niemand bestreiten, daß die deutsche Einheit gerade den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern geholfen hat. Erkennen Sie das doch endlich einmal an! Dann können wir anschließend streiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die **durchschnittliche Rente** betrug bei den Männern 572 Mark. Jetzt beträgt sie 1 295 DM. Bei den Frauen waren es durchschnittlich 432 Mark. Heute beträgt die Rente 861 DM. Liebe Frau Bläss, wie können Sie denn der alten DDR-Rente nachweinen? Die war noch nicht einmal halb so hoch wie die jetzigen Beträge.

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Die Bonzen, die hatten die hohe Rente! — Petra Bläss [PDS/Linke Liste]: Sie haben nicht zugehört!)

Wie können Sie dem nachweinen? Wie können Sie so tun, als hätten Sie im Rentenparadies gelebt? Das war doch miserabel. Sie waren doch im Rentenkeller. Wir probieren jetzt, hochzukommen und aufzuholen, um der älteren Generation zu helfen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Selbst wenn man Preissteigerungen in Rechnung setzt, ist aus einer 100-Mark-Rente inzwischen eine 160-DM-Rente geworden.

Seit dem 1. Januar 1992 haben 150 000 **Witwen** zum erstenmal überhaupt eine Witwenrente bekommen. Sie haben vorher nichts bekommen. Ist das keine Verbesserung? Darf heute nicht auch einmal darüber geredet werden, was wir in den zurückliegenden drei Jahren alles für die Rentner getan haben?

(Beifall bei der CDU/CSU)

780 000 Witwen haben eine durchschnittliche Rentenerhöhung von 270 DM bekommen. Herr Ullmann, bei aller Kritik — und wir können uns ja im Detail streiten — wäre es gut, wenn das einmal in ganz Deutschland anerkannt würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Hans Klein:** Sind Sie bereit, Herr Minister, eine Frage des Kollegen Ullmann zu beantworten?

**Dr. Norbert Blüm**, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Bitte schön, Herr Ullmann.

**Dr. Wolfgang Ullmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bundesminister, stimmen wir auch darin überein — Ihrer letzten Frage stimme ich zu —, daß die

**Dr. Wolfgang Ullmann**

- (A) Renten, von denen Sie jetzt soeben richtige Zahlen genannt haben, zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten ins Verhältnis gesetzt werden müssen?

(Dr. Alexander Warrikoff [CDU/CSU]: Das hat er doch getan!)

**Dr. Norbert Blüm**, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Ullmann, ich habe das sehr wohl in Rechnung gestellt. Ich habe also nicht nur die nominalen Rentensteigerungen hier als Erfolg vorgeführt, sondern unter Abzug der Preissteigerung ist der Wert von 100 Mark Rente Ost auf 160 DM gestiegen. Das halte ich auch unter dem Gesichtspunkt der realen Einkommensverbesserung für einen Fortschritt.

Aber ich bin noch gar nicht fertig. 200 000 Männer haben jetzt mit **60 Jahren** einen **Zugang zur Rente**. Dank unserer Rentengesetzgebung konnten sie fünf Jahre früher in Rente gehen. 150 000 haben eine **Erwerbsunfähigkeitsrente** erhalten, die sie nach dem alten DDR-Rentenrecht überhaupt nicht erhalten konnten. Der Kollege Kauder hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der wichtigste Fortschritt darin besteht, daß die Rente jetzt nicht mehr von der Laune, von der Willkür irgendwelcher Parteimächtiger der SED abhängt, sondern sie ist verlässlich, lohngelunden, dynamisch, regelmäßig. Es besteht größte Sicherheit, daß die ältere Generation am Fortschritt des Lebensstandards teilnimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (B) Es ist zu Recht gesagt worden, daß es **Probleme** gibt. Sonst hätten wir auch keine Notwendigkeit für dieses Gesetz gesehen. Da ist z. B. — Frau Mascher hat schon davon gesprochen — der ungeheure Andrang von Rentenanträgen. Es sind 600 000 Rentenanträge — ein Jahr zuvor waren es nur 240 000 — und 300 000 Anträge zum Zusatzversorgungssystem. Richtig ist, daß wir aufholen müssen.

So wie meine Vorrednerin will auch ich von diesem Pult aus der Rentenversicherung und ihren Mitarbeitern ausdrücklich Dank sagen für das, was sie leisten, um die Anträge zu bearbeiten. Und ich möchte gerade bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den neuen Bundesländern auch noch einmal dafür werben, daß sie sich eine vorläufige Rente auszahlen lassen, die in der Nähe der zu erwartenden liegt. Sie brauchen keine Angst zu haben, daß sie irgend etwas zurückzahlen müssen.

Um diesen Rentenstau abzubauen, wollen wir jetzt auch zu verfahrensbeschleunigenden Maßnahmen schreiten und Beweislasterleichterungen schaffen. Ich denke, daß wir auf diesem Wege aufholen können. Wir sollten diesen Prozeß jedenfalls gemeinsam unterstützen.

Jetzt noch einmal zu den einzelnen Maßnahmen: Der Höchstbetrag für die **Intelligenzrente** lag bei 2 010 Mark. Jetzt liegt er bei 2 700 DM. Ich will doch darauf hinweisen, daß im Westen die höchste Rente bei 3 200 DM liegt. Insofern gibt es schon einen Ansatz für diese Begrenzung; denn es dürfen ja, wenn Rentengleichheit entstanden ist, in den neuen Bundesländern keine Renten entstehen, die über den Renten

liegen, die im Westen gezahlt werden. Gleichheit hat zwei Seiten, nach Westen wie nach Osten. (C)

(Dr. Helga Otto [SPD]: Das betrifft 1 %!)

Ich will auf folgendes hinweisen: Die Zahl derjenigen, die von diesen Begrenzungen betroffen wurden, betrug in diesem Falle bisher 3 000. Durch diese Maßnahme werden wir jetzt 2 000 aus der Begrenzung herausbringen. Auch für die übrigen bedeutet das nicht eine starre Grenze für ewige Zeiten, sondern wenn die dynamische Rente über diese Schwelle kommt, wird sie weiter erhöht.

Sie haben völlig recht, wir sollten vielleicht weniger miteinander streiten und mehr gemeinsam aufklären, was in diesem Rentenrecht enthalten ist. Ich fürchte, solche Debatten tragen eher zur Verwirrung als zur Vertrauensbildung in der Rentenversicherung bei.

Was die Veränderungen der Begrenzungen bei der **Einkommensberücksichtigung** anlangt: In der Tat korrigieren wir jene harte, schroffe Abgrenzung, die darin lag, daß der, der über dem 1,4fachen des Durchschnittsverdienstes lag, auf den Durchschnittsverdienst „heruntersauste“. Wir bemühen uns — das ist ja das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen —, einen gleitenderen Übergang zu finden und damit Belastungen gerade auch im mittleren Bereich zu beseitigen. Allerdings bleibt es dabei, daß wir den Spitzenfunktionären keine 40 %ige Rentenerhöhung verschaffen wollen.

(Joachim Hörster [CDU/CSU]: Sehr gut!)

(D)

Die Veränderungen betreffen auch die Überführung der **Mitarbeiter der Parteien** in unser Rentenrecht. Sie haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung. Übrigens steht das auch in Übereinstimmung mit unserem Einigungsvertrag.

Über den Sonderfall **Carl Zeiss** ist berichtet worden. Auch dem wird Rechnung getragen.

Vielleicht noch eines: Meine verehrte Frau Kollegin Fuchs ist schon lange nicht mehr im Arbeitsministerium gewesen, sonst hätte sie gewußt, daß es für **berufsständische Versorgungswerke** keine Bundeskompetenz gibt und daß sich ihre Klage deshalb an die Bundesratsmehrheit richten muß, die bekanntlich leider Gottes noch nicht von der Koalition gestellt wird.

(Zuruf der Abg. Anke Fuchs [Köln] [SPD])

— Das ist ja auch außerhalb meines Konsensbeitrages und war nur eine kleine rentenpolitische Nachhilfe zur Ergänzung früherer Kenntnisse meiner verehrten Kollegin.

Jetzt wieder zurück zur Sache. Was ich noch einmal grundsätzlich sagen wollte: Meine Damen und Herren, absolute **Gerechtigkeit** gibt es auf der Welt sowieso nicht, aber in dieser Frage ist Gerechtigkeit besonders schwer herstellbar. Ich will das ausdrücklich bekennen. Zwei ganz unterschiedliche Rentensysteme ganz unterschiedlicher „Bauart“ zu vereinheitlichen, und zwar während laufender Fahrt, nicht im

**Bundesminister Dr. Norbert Blüm**

- (A) Modellversuch, das ist ein Unternehmen, das immer mit dem Gefühl von Unbefriedigtsein verbunden ist. Wir mußten pauschalieren — das geht gar nicht anders —, wir mußten typisieren, und in jeder Pauschalierung und in jeder Typisierung liegt ein Moment der Ungerechtigkeit.

Dennoch sollten wir das Licht unserer gemeinsamen Anstrengungen nicht unter den Scheffel stellen. Es gibt jetzt mehr Gerechtigkeit. Ich glaube, das Parlament kann zu Recht sagen, daß wir mit diesem Gesetz wie mit unserer gesamten Rentengesetzgebung gegenüber der älteren Generation in der Pflicht stehen und daß wir gegenüber den Rentnern in den neuen Bundesländern zu einer ganz besonderen Anstrengung verpflichtet sind, weil sie in ihrem Leben viel erlitten haben. Deshalb ist auch dieses Gesetz ein weiterer Beitrag, Rentengerechtigkeit in Deutschland durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 12/4810 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 a und b sowie Zusatzpunkt 4 auf:

- (B) 18. a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Heide Mattischeck, Robert Antretter, Hans Gottfried Bernrath, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
**Förderung des Fahrradverkehrs**  
— Drucksache 12/2493 —
- Überweisungsvorschlag:  
Ausschuß für Verkehr (federführend)  
Finanzausschuß  
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau  
Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Carl Ewen, Robert Antretter, Friedhelm Julius Beucher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
**Förderung des Fahrradtourismus**  
— Drucksache 12/3035 —

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus (federführend)  
Sportausschuß  
Ausschuß für Verkehr  
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

(C)

ZP4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Dionys Jobst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ekkehard Gries, Horst Friedrich, Roland Kohn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

**Höhere Attraktivität des Fahrradverkehrs**

— Drucksache 12/4816 —

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Verkehr (federführend)  
Ausschuß für Wirtschaft  
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Kolleginnen und Kollegen Mattischeck, Lohmann, Friedrich, Enkelmann, Jung und Börnsen haben dazu ihre Redebeiträge zu Protokoll gegeben. \*) Dies muß das Haus genehmigen. Sind Sie damit einverstanden? —

(Gerlinde Hämmerle [SPD]: Es tut uns zwar leid, aber wir sind einverstanden!)

Das ist der Fall.

Dann haben wir noch die Überweisung zu beschließen. Die Vorlagen auf den Drucksachen 12/2493, 12/3035 und 12/4816 sollen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse überwiesen werden. Sind Sie auch damit einverstanden? — Dies ist offensichtlich der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(D)

Damit sind wir am Schluß unserer Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 12. Mai 1993, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12.30 Uhr)

\*) Anlage 2



(A)

**Anlage 1****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Adam, Ulrich	CDU/CSU	30. 4. 93
Andres, Gerd	SPD	30. 4. 93
Augustin, Anneliese	CDU/CSU	30. 4. 93
Bachmaier, Hermann	SPD	30. 4. 93
Beckmann, Klaus	F.D.P.	30. 4. 93
Berger, Hans	SPD	30. 4. 93
Blunck (Uetersen), Lieselott	SPD	30. 4. 93 *
Bock, Thea	SPD	30. 4. 93
Dr. Bötsch, Wolfgang	CDU/CSU	30. 4. 93
Bredenhorn, Günther	F.D.P.	30. 4. 93
Büttner (Ingolstadt), Hans	SPD	30. 4. 93
Bulmahn, Edelgard	SPD	30. 4. 93
Carstensen (Nordstrand), Peter Harry	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Däubler-Gmelin, Herta	SPD	30. 4. 93
Dörflinger, Werner	CDU/CSU	30. 4. 93
Duve, Freimut	SPD	30. 4. 93
Erler, Gernot	SPD	30. 4. 93
Dr. Falthäuser, Kurt	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Feige, Klaus-Dieter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30. 4. 93
(B) Fischer (Unna), Leni	CDU/CSU	30. 4. 93
Formanski, Norbert	SPD	30. 4. 93
Friedhoff, Paul K.	F.D.P.	30. 4. 93
Gansel, Norbert	SPD	30. 4. 93
Gattermann, Hans H.	F.D.P.	30. 4. 93
Dr. Geiger (Darmstadt), Sissy	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Geißler, Heiner	CDU/CSU	30. 4. 93
Genscher, Hans-Dietrich	F.D.P.	30. 4. 93
Gerster (Mainz), Johannes	CDU/CSU	30. 4. 93
Gleicke, Iris	SPD	30. 4. 93
Grünbeck, Josef	F.D.P.	30. 4. 93
Grüner, Martin	F.D.P.	30. 4. 93
Günther (Plauen), Joachim	F.D.P.	30. 4. 93
Haack (Extertal), Karl-Hermann	SPD	30. 4. 93
Hasselfeldt, Gerda	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Hauchler, Ingomar	SPD	30. 4. 93
Dr. Haussmann, Helmut	F.D.P.	30. 4. 93
Heyenn, Günther	SPD	30. 4. 93
Hilsberg, Stephan	SPD	30. 4. 93
Hollerith, Josef	CDU/CSU	30. 4. 93
Iwersen, Gabriele	SPD	30. 4. 93
Dr. Jahn (Münster), Friedrich-Adolf	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Janzen, Ulrich	SPD	30. 4. 93
Jungmann (Wittmoldt), Horst	SPD	30. 4. 93
Kiechle, Ignaz	CDU/CSU	30. 4. 93
Klemmer, Siegrun	SPD	30. 4. 93

**Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Koschnick, Hans	SPD	30. 4. 93
Dr. Krause (Börgerende), Günther	CDU/CSU	30. 4. 93
Kuessner, Hinrich	SPD	30. 4. 93
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans	F.D.P.	30. 4. 93
Dr. Graf Lambsdorff, Otto	F.D.P.	30. 4. 93
Dr. Leonhard-Schmid, Elke	SPD	30. 4. 93
Löwisch, Sigrun	CDU/CSU	30. 4. 93
Männle, Ursula	CDU/CSU	30. 4. 93
Marten, Günter	CDU/CSU	30. 4. 93 **
Matschie, Christoph	SPD	30. 4. 93
Dr. Mattered, Dietmar	SPD	30. 4. 93
Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard	CDU/CSU	30. 4. 93 *
Michels, Meinolf	CDU/CSU	30. 4. 93 *
Dr. Mildner, Klaus	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Modrow, Hans	PDS/LL	30. 4. 93
Dr. Müller, Günther	CDU/CSU	30. 4. 93 *
Müller (Zittau), Christian	SPD	30. 4. 93
Dr. Neuling, Christian	CDU/CSU	30. 4. 93
Neumann (Gotha), Gerhard	SPD	30. 4. 93
Oesinghaus, Günther	SPD	30. 4. 93
Petzold, Ulrich	CDU/CSU	30. 4. 93
Pfeffermann, Gerhard O.	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Pfennig, Gero	CDU/CSU	30. 4. 93
Pfuhl, Albert	SPD	30. 4. 93
Dr. Pick, Eckhart	SPD	30. 4. 93
Rappe (Hildesheim), Hermann	SPD	30. 4. 93
Reimann, Manfred	SPD	30. 4. 93 *
Reschke, Otto	SPD	30. 4. 93
Reuschenbach, Peter W.	SPD	30. 4. 93
Schartz (Trier), Günther	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Scheer, Hermann	SPD	30. 4. 93 *
Schluckebier, Günther	SPD	30. 4. 93
Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	CDU/CSU	30. 4. 93
Graf von Schönburg-Glauchau, Joachim	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Scholz, Rupert	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Schreiber, Harald	CDU/CSU	30. 4. 93
Schütz, Dietmar	SPD	30. 4. 93
Schübler, Gerhard	F.D.P.	30. 4. 93
Schwanhold, Ernst	SPD	30. 4. 93
Sehn, Marita	F.D.P.	30. 4. 93
Sielaff, Horst	SPD	30. 4. 93
Spranger, Carl-Dieter	CDU/CSU	30. 4. 93
Stachowa, Angela	PDS/LL	30. 4. 93
Steiner, Heinz-Alfred	SPD	30. 4. 93 **
Stübgen, Michael	CDU/CSU	30. 4. 93
Tillmann, Ferdi	CDU/CSU	30. 4. 93
Titze-Stecher, Uta	SPD	30. 4. 93
Dr. Töpfer, Klaus	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Vogel, Hans-Jochen	SPD	30. 4. 93

(D)

(A) Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Vogt (Düren), Wolfgang	CDU/CSU	30. 4. 93
Dr. Voigt (Northeim), Hans-Peter	CDU/CSU	30. 4. 93
Vosen, Josef	SPD	30. 4. 93
Dr. Waigel, Theodor	CDU/CSU	30. 4. 93
Walz, Ingrid	F.D.P.	30. 4. 93
Wartenberg (Berlin), Gerd	SPD	30. 4. 93
Welt, Jochen	SPD	30. 4. 93
Wester, Hildegard	SPD	30. 4. 93
Wettig-Danielmeier, Inge	SPD	30. 4. 93
Wohlrabe, Jürgen	CDU/CSU	30. 4. 93
Würfel, Uta	F.D.P.	30. 4. 93
Zapf, Uta	SPD	30. 4. 93

\* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

\*\* für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

## Anlage 2

### Zu Protokoll gegebene Reden zu Tagesordnungspunkt 18 (Förderung des Fahrradverkehrs) und Zusatztagesordnungspunkt 4 (Höhere Attraktivität des Fahrradverkehrs)

(B) **Heide Mattischeck (SPD):** „Der größte Teil der Verkehre . . . ist nicht substituierbar“. Diese Behauptung stellt der Verband der Automobilindustrie auf, obwohl die Erfahrungen in einigen „Modellstädten“ sowie auch die Statistik des Gegenteil belegen.

Rund 70 Prozent aller PKW-Fahrten werden in einem Entfernungsbereich von 0 bis zu 10 km zurückgelegt. Die Fahrten mit einer Länge von 0 bis 2 km machen ca. 23 Prozent, die Fahrten mit einer Länge bis zu 5 km rund die Hälfte aller Fahrten mit dem PKW aus. Dabei ist gerade der Abgasausstoß der PKW, solange die Motoren noch kalt sind, erwiesenermaßen besonders hoch.

Diese Zahlen machen deutlich, welch ungeheures Potential für die Verkehrsarten des „Umweltverbundes“, also für den Öffentlichen Personennahverkehr, für das Zufußgehen, aber vor allem auch — und davon ist heute die Rede — für das Fahrrad noch erschlossen werden kann, zugunsten unserer Umwelt, zugunsten auch der Erhöhung der Verkehrssicherheit besonders in den Städten. Denn auch 1991 verunglückten ca. 70 000 Radfahrer und Radfahrerinnen, davon 908 tödlich, verunglückten 16 000 Kinder mit dem Fahrrad, dabei wurden 105 tödlich verletzt.

Die Behauptung, diese Unfälle mit Verletzungen und Todesfolgen seien allein auf das leichtsinnige Verhalten von Radfahrern und auf Übertretungen der Straßenverkehrsordnung zurückzuführen, greift zu kurz. Nicht, daß es beides nicht gäbe, aber auch die Mehrzahl der Autounfälle werden durch Mißachtung oder Verletzung der Straßenverkehrsordnung, zum Beispiel durch nichtangepaßte Geschwindigkeit, verursacht.

(C) Fast immer ist menschliches Fehlverhalten Ursache von Unfällen. Das gilt für alle Verkehrsteilnehmer.

Der Schutz der schwachen Verkehrsteilnehmer, also der Fußgänger und der Fahrradfahrer, muß besondere Priorität haben. Dabei darf es nicht passieren, daß Radverkehrsanlagen zu Lasten von Fußgängern eingerichtet werden. Damit kommt es lediglich zu einer Konfliktverlagerung vom schwachen Verkehrsteilnehmer Fahrradfahrer zu dem noch schwächeren Verkehrsteilnehmer Fußgänger.

Im Durchschnitt legt jeder Einwohner der Bundesrepublik jährlich über 10 000 km zurück, über 80 Prozent mit dem PKW. Diese hohe Verkehrsleistung wird häufig mit beruflicher Notwendigkeit begründet. Aber: 1986 entfielen ca. 55 Prozent aller mit dem Auto zurückgelegten Kilometer auf den Urlaubs- und Freizeitverkehr, rund 9 Prozent auf Einkaufsfahrten und nur 21 Prozent auf den Berufsverkehr. Das sind Durchschnittswerte, innerhalb deren ganz unterschiedliche Lebens- und Wohnsituationen von Menschen zu finden sind. Sie sind deshalb auch nur bedingt verallgemeinbar. Aber auch sie zeigen, daß es einen erheblichen Spielraum für den „Umweltverbund“ gibt. Das Verlagerungspotential ist also vorhanden, wir sind aufgefordert, dessen Nutzung zu unterstützen und zu fördern.

Mit unserem Antrag „Förderung des Fahrradverkehrs“ vom 29. April 1992 — wir konnten ihm bereits zum ersten Geburtstag gratulieren — wollen wir erreichen, daß das Fahrrad als das in jeder Hinsicht umweltfreundlichste Verkehrsmittel mehr als bisher auch als „Alltags-Verkehrsmittel“ die notwendige Unterstützung erhält, und zwar auf allen Entscheidungsebenen.

Der Bundesgesetzgeber kann und muß entsprechende gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen setzen. Es ist richtig, daß vor allem Länder und Kommunen aufgefordert sind, das ihre für die Förderung des Fahrradverkehrs zu leisten. Aber auch der Bund ist aufgefordert. Denn gerade auch die vielen berechtigten Klagen über die mangelnden Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern durch die Bahn können nur auf Bundesebene behoben werden.

Die Förderung des Fahrradverkehrs muß im Rahmen einer umweltgerechten Verkehrspolitik größere Bedeutung erhalten. In Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden muß das Alltagsradeln zum Beispiel durch ein sicheres Wegenetz gefördert werden. In diesem Zusammenhang verweise ich auf mein Bemühen, das von verschiedenen Ländern, aber auch vom Deutschen Städtetag unterstützt wird, auch Radwege, die nicht entlang von Autostraßen gebaut werden, aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu finanzieren. Noch fand das Bemühen keine Mehrheit.

Die SPD-Fraktion fordert ein Bund-Länder-Dringlichkeitsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit des Fahrradverkehrs. Dazu gehören selbstverständlich bundesweite Radwegenetze und ausreichende Mittel für deren Realisierung. Dazu gehört aber auch, daß das Fahrrad technischen Mindestnormen entsprechen muß, die die Bundesregierung aufgefordert wird vorzulegen. Dazu gehört genauso, daß zur Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen die Stra-

- (A) Benverkehrs-Zulassungs-Ordnung dahingehend verändert wird, daß mögliche Aufprallteile bei Kraftfahrzeugen entsprechende konstruktive Veränderungen erfahren, zum Beispiel durch versenkte Scheibenwischer, abgerundete Dach- und Seitenkanten.

Das Fahrrad braucht darüber hinaus auch eine Image-Förderung. Beispiele aus Städten, die für ihren guten Ruf als „fahrradfreundliche“ Städte gerühmt werden, beweisen dies nachhaltig.

Viele Vorschriften der Straßenverkehrsordnung sind realitätsfern und entsprechen nicht den Bedürfnissen des Fahrradverkehrs, zum Beispiel der Zwang, Radwege, auch wenn sie ausreichend breit sind, nur in einer Richtung zu befahren, oder die generelle Pflicht zur Benutzung von Radwegen. Auch allgemeingültige Orientierungshilfen für Radwegesysteme und das allgemeine Tempolimit für PKWs innerorts gehören in diese Aufzählung.

Nicht nur Fahrradwege sind ein wichtiger Bestandteil zur Förderung des Fahrradverkehrs und seiner Sicherheit. Es gehört eine ganze Palette von Maßnahmen dazu, die die strukturellen Benachteiligungen der umweltbewußten Verkehrsteilnehmer und derjenigen kompensieren können, die auf das Fahrrad angewiesen sind (zum Beispiel Kinder, Schüler) und derer, die sich kein Auto leisten können oder keines zur Verfügung haben.

Anreize müssen auch in finanzieller Hinsicht geschaffen werden, zum Beispiel dadurch, daß die Kilometer-Pauschale durch eine Entfernungspauschale ersetzt wird. Eine von uns auch in anderem

- (B) Zusammenhang erhobene Forderung.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Defizite, die in den letzten Jahrzehnten durch einseitige Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs entstanden sind, zugunsten und im Sinne einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik und für eine bessere Wohn- und Lebensqualität in den Städten abbauen. Ich begrüße es sehr, daß ein Jahr nach Einbringung unseres Antrages auch die Koalitionsfraktionen einen einschlägigen Antrag — „Höhere Attraktivität des Fahrradverkehrs“ — eingebracht haben. Ihm haben wir es wohl zu verdanken, daß wir uns heute in erster Lesung auch mit unserem Antrag befassen dürfen.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, muß ich feststellen, daß der Antrag der Koalition sehr im Allgemeinen bleibt. Trotzdem werden wir in den Beratungen im Ausschuß Gemeinsamkeiten suchen, um Verbesserungen für die Sicherheit der Fahrradfahrer zu erreichen und um den Anteil des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels zu steigern.

Die Forderung unter Ziffer 1 im Koalitionsantrag, alle fünf Jahre eine mit den Ländern und Kommunen abgestimmte Bestandsaufnahme der Situation des Radverkehrs in der Bundesrepublik vorzulegen, könnte unsere Unterstützung bekommen, wenn der erste Bericht so schnell wie möglich vorgelegt wird und dann auch konkrete Schritte daraus folgen.

Ich fasse zusammen. Gerade für kurze Entfernungen ist das Fahrrad das geeignete Verkehrsmittel. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das erkannt.

- (C) Deshalb muß der Fahrradverkehr gefördert werden, durch Verbesserung der Rahmenbedingungen und durch mehr finanzielle Mittel. Förderung des Fahrradverkehrs bedeutet aber auch, die Bündelung einer Vielzahl von Maßnahmen. Hier könnte der Bund initiativ werden. Fahrradverkehr muß ein fester Bestandteil der Verkehrsdiskussion werden, er darf nicht weiterhin bestenfalls geduldet sein. Diesem Ziel dient der Antrag der SPD.

**Klaus Lohmann (Witten) (SPD):** Immer mehr Urlaubsgäste sind „mit dem Radl da“. Der Reiseanalyse des Studienkreises für Tourismus zufolge treten 18 % der Deutschen im Urlaub in die Pedale, immerhin eine Verdoppelung in den letzten zehn Jahren. Schaut man dann noch über den Grenzzaun nach den Niederlanden mit 40 % Ferienradlern oder nach Schleswig-Holstein mit gut 30 %, wird deutlich, welche Potentiale in diesem Tourismussektor stecken.

Wir begrüßen diese Entwicklung, weil wir darin eine ganz konkrete Möglichkeit sehen, die bisher weitgehend theoretischen Überlegungen für einen „sanften“ Tourismus in die Tat umzusetzen. Radtourismus bietet — bei entsprechendem Angebot und Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen — in nahezu idealer Weise die Möglichkeit, Sozial- und Umweltverträglichkeit mit wirtschaftlichem Erfolg zu vereinen. Radwandern ist sozialverträglich — es ist für Jugendliche mit geringem Einkommen ebenso interessant wie für Familien. Attraktiv ist diese Urlaubsform aber auch für gutsituierte, für ältere und für Individualtouristen. Sie wollen den sportlichen Ausgleich verbinden mit Landschafts- und Kulturerlebnis. Sie übernachten gerne im Stadtzentrum und erwarten ein ansprechendes Übernachtungs-, Gastronomie- und Unterhaltungsangebot. Es ist daher höchste Zeit, sich von der Vorstellung des Radwanderns als „Arme-Leute-Tourismus“ zu lösen. Beispiel ist das Saarland, das mit Angeboten wie Rad + Art oder der Gourmet-Rad-Tour vorgemacht hat, wie der gehobene Tourismusmarkt erreicht werden kann.

Der Fahrradtourismus kann insbesondere in den neuen Bundesländern helfen, die Tourismusentwicklung anzukurbeln. Mit abwechslungsreicher Landschaft, geringen Steigungen und dünner Besiedlung bieten insbesondere die nördlichen der neuen Bundesländer ideale natürliche Voraussetzungen für den Radtourismus, ergänzt durch vielfältige kulturelle Schätze. Mit relativ geringem Aufwand können hier wichtige Impulse gegeben werden.

Um so bedauerlicher ist es, daß dieser Tourismussektor sowohl in der politischen Diskussion wie auch in der Fremdenverkehrsbranche bisher weitgehend vernachlässigt wurde. Mit dem Antrag „Förderung des Fahrradtourismus“ will die SPD-Bundestagsfraktion daher den politischen Anstoß geben, damit die Attraktivität des Radreisens durch gezielte Maßnahmen erhöht und diese Potentiale in Zukunft besser genutzt werden.

Die Ausweisung eines bundesweiten Radwander-netzes ist hierfür die grundlegende Voraussetzung. Die bisherigen Radwanderwege sind überwiegend Stückwerk. Selbst innerhalb eines Landes oder einer Region finden sich „Insellösungen“, die sich mehr an

(D)

(A) Gemeinde- und Ländergrenzen orientieren als an Besucherströmen oder landschaftlichen Gegebenheiten. So fehlt nur allzu oft eine Anbindung der Naherholungsgebiete an die städtischen Zentren, und auch der Kreisrundwanderweg erfreut sich unverändert großer Beliebtheit bei kommunalen Entscheidungsträgern. Vielfach wird nicht gesehen, daß Alltags- und Freizeitradler unterschiedliche Erwartungen an die Wegeführung haben. Während im Alltagsverkehr kurze Wege hohe Priorität haben, stehen bei den Radtouristen landschaftlich reizvolle Routen oben auf der Wunschliste. Diese Gesichtspunkte jedoch spielen bei der Ausweisung und Abstimmung von Fahrradwegen nur zu oft eine untergeordnete Rolle.

Verbesserungsbedürftig ist außerdem das Angebot an zusätzlichen Infrastruktureinrichtungen wie Rastplätzen, Servicestationen mit Reparaturbetrieb und gesicherten Abstellmöglichkeiten. Auch hier ist eine Gesamtschau mit den Anforderungen des Alltagsverkehrs zu gewährleisten.

Erforderlich sind daher eine verbesserte Koordinierung über die Gemeinde- und über die Ländergrenzen hinweg sowie eine verbesserte Vernetzung und Abstimmung von Radwegeplanungen für den Alltags- und Freizeitverkehr. Die Erstellung eines Bundesradverkehrsplans ist unseres Erachtens am besten geeignet, diese Aufgabe zu erfüllen. Eine Bestandsaufnahme, wie sie die CDU vorschlägt, vermag diese zukunftsorientierte Aufgabe nicht zu bewältigen.

In unserem Antrag haben wir deutlich gemacht, daß es bei der Ausweisung eines bundesdeutschen Radwandernetzes nicht vorrangig um Neubau oder Asphaltierung gehen kann, sondern in erster Linie um die Nutzung des bestehenden Wegenetzes. Damit wollen wir einer weiteren Versiegelung Einhalt gebieten.

(B) Insbesondere in den neuen Bundesländern ist es aber auch notwendig, möglichst rasch Flächen für Radwege durch planerische Vorgaben zu sichern; der Ausbau kann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Ich will dies an einigen Beispielen verdeutlichen. Im Rahmen eines Projekts des ADFC, des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs, für ein landesweites Radroutennetz in Mecklenburg-Vorpommern ist als „Rückgrat“ ein Ostseeradwanderweg vorgesehen. Er soll — nach dem Vorbild der Europafernwanderwege — fortgeführt werden bis nach St. Petersburg. Nun kennen wir aus den alten Bundesländern den Druck auf attraktive Uferbereiche. Die Ostseeküste macht hiervon keine Ausnahme. Dies bedeutet, daß wir jetzt handeln müssen, damit nicht die attraktivsten Teile oder wichtige Verbindungsstücke für die Öffentlichkeit gesperrt sind oder gar zugebaut werden.

Eine weitere Hauptverbindung sollte im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze eingerichtet werden. Der „Todesstreifen“ soll uns gleichzeitig Symbol der Mahnung wie auch des Friedens und des Lebens sein. Obwohl von seiten des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs umfangreiche Vorarbeiten geleistet wurden — zwei seiner Mitglieder haben sich die Mühe gemacht, den gesamten Kontrollweg von 1 380 km abzufahren, und detaillierte Vorstellungen zur Trassenführung entwickelt — und obwohl wir dieses Projekt in einer parlamentarischen Initiative unterstützt haben, sind nur geringe Fortschritte zu

verzeichnen. Viel Zeit ist schon verstrichen seit dem Fall der Mauer. Andere Interessenten sind nicht untätig. Daher sehen wir die Gefahr, daß dieses Vorhaben allenfalls in Bruchstücken realisiert werden kann, wenn wir nicht unverzüglich „Pflöcke“ einschlagen und die benötigten Wege und Flächen zumindest reservieren. Wir hoffen, daß wir mit unserem Antrag und mit der heutigen Debatte einen neuen Anstoß geben können. Es stünde der Bundesregierung gut an, wenn sie in diesem geschichtsträchtigen Teil der Bundesrepublik mit dazu beitragen würde, daß die erforderlichen Planungen rasch auf den Weg gebracht würden.

Eine weitere wichtige Radwegeverbindung in den neuen mit Fortsetzung in den alten Bundesländern ist der Elbradweg. Der Bundesminister für Verkehr hat uns mitgeteilt, daß hierfür elbnahe Wege und Straßen auf dem Gelände der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung genutzt werden könnten. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung stehe diesem Vorhaben grundsätzlich sehr aufgeschlossen gegenüber. Voraussetzung allerdings seien Nutzungsverträge mit den zuständigen Landesbehörden. In der Region um Dresden sei dies bereits erfolgt. Für den Rest der Elbe allerdings ist zu befürchten, daß Radenthusiasten sich auch hier wegen langwieriger Abstimmungsprozeduren noch einige Zeit gedulden müssen.

Ein weiterer zentraler Punkt zur Förderung des Radfahrens ist eine gut sichtbare und leicht verständliche Wegweisung. Sie soll dazu dienen, Radwanderer fernab der Autostraßen, auf Wegen mit radfahrergeeigneter Wegeoberfläche und unter Umgehung ökologisch sensibler Gebiete zu führen. Wir halten hierfür eine Vereinheitlichung der Ausschilderung durch Aufnahme in die Straßenverkehrsordnung für die beste Lösung. Konkrete, durch Erfahrungen und Untersuchungen abgesicherte Vorschläge für die Ausgestaltung liegen vor. Es ist uns daher völlig unverständlich, warum sich die CDU dieser Forderung nicht anschließt und erst noch langwierige Prüfaufträge fordert.

Ergänzend muß Radwanderern ein flächendeckendes Kartenwerk zur Verfügung stehen. Hier besteht unseres Erachtens aber gegenwärtig nur geringer Handlungsbedarf. Sowohl die Landesvermessungsämter wie auch private Kartenverlage und der ADFC bieten eine breite, weitgehend flächendeckende Palette an Kartenmaterial an.

Bei der Wegeführung und -ausschilderung muß Umweltgesichtspunkten besondere Beachtung geschenkt werden. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß selbst die umweltfreundlichsten Freizeitaktivitäten zum Problem werden können, wenn sie massiert und unkontrolliert auftreten. In der Diskussion um einen umweltverträglichen Tourismus ist daher verstärkt Konsens über die Notwendigkeit von Lenkungsmaßnahmen zu verzeichnen. Bevorzugt eingesetzt werden müssen dabei „weiche“ Maßnahmen wie die Wegweisung, die beim Radtourismus in der Regel völlig ausreichend ist.

In einigen Fällen allerdings werden wir an Verboten nicht vorbei kommen. Strikte Befahrenseinschränkungen im freien Gelände, ein Verbot der Mitnahme von Fahrrädern in Seilbahnen und Liften und gebebe-

- (A) nenfalls die völlige Sperrung besonders sensibler Gebiete zeichnen sich ab. Dabei zeigen die bisherigen Erfahrungen mit Tabuzonen, daß die Akzeptanz durch ein Angebot an Alternativen erheblich verbessert wird.

Die Umweltverträglichkeit des Fahrradtourismus steht und fällt mit der Art des Verkehrsmittels für An- und Abreise. Es ist unter Umweltgesichtspunkten unsinnig, für eine Radtour ein mehrfaches an Autokilometern für An- und Abtransport des Rades zurückzulegen. Dies ist jedoch auf Grund des unzureichenden Angebots bei der Fahrradmitnahme in Bahn und öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch auf Grund eingefahrener Verhaltensweisen, heute die Regel. Mit dem Interregio ist hier eine entscheidende Verbesserung eingetreten. Dieses Angebot allerdings sollte erheblich ausgebaut werden. In den regionalen Zügen bleibt dem Radfahrer vielfach nur die Möglichkeit, sich mit seinem Gefährt im Eingangsbereich aufzustellen. Die Verknüpfung zum Naherholungsbereich mit öffentlichen Verkehrsmitteln steht noch in den Anfängen. Grenzüberschreitend bestand — Binnenmarkt hin oder her — bisher überhaupt keine Alternative zur Versendung.

Verbessert werden müssen auch die Rahmenbedingungen, z. B. Ein- und Ausladehilfen wie Rampen, die sichere Unterbringung von Rädern im Gepäckwagen, die Kontrolle des (Ent-)Ladevorgangs durch einen Schaffner sowie die radfahrerergerechte Ausgestaltung der Zu- und Abgänge. In den EDV-gestützten Auskunftssystemen ist die Fahrradmitnahmemöglichkeit zu berücksichtigen.

- (B) Nicht zuletzt kann das Fahrrad einen Beitrag leisten, um die zunehmenden Verkehrsprobleme innerhalb der Ferienregionen zu lindern. Hierzu muß der Fahrradverkehr in die regionalen Verkehrskonzeptionen eingebunden werden. Der Ausbau der Radwegeverbindungen obliegt den Kommunen und Kreisen. Bei der Information und Werbung sind gleichzeitig die Fremdenverkehrsverbände gefordert. Auch beim Fahrradverleih sollten diese kommunalen Organisationen verstärkt über ein Engagement nachdenken. Es liegt in ihrem ureigensten Interesse, die Gäste zur Nutzung des Rades in der Ferienzeit zu animieren.

Die Förderung des Fahrradtourismus ist ein wichtiger Baustein für eine umweltgerechte sowie auch sozialverträgliche Fremdenverkehrsentwicklung. Es ist daher an der Zeit, ihn aus seinem bisherigen Schattendasein herauszuführen.

**Horst Friedrich (F.D.P.):** „Radfahren ist für mich wie langsames Fliegen. Eine sanfte Bewegung. Die Landschaft kannst du erst auf dem Rad richtig wahrnehmen, wenn alles ein wenig langsamer geht. Früher wußte ich gar nicht so richtig, was Wälder sind, Flüsse, Berge, Täler.“ Keine Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Ausspruch ist nicht von mir, sondern von Fritz Teufel, dem bekannten 68er.

Diese Aussage gibt allerdings die weite Bandbreite der Betrachtung des Verkehrsmittels Fahrrad wieder, wie wir sie in den Anträgen der SPD auf Drucksache 12/2493 bzw. 12/3035 aus dem Jahre 1992 bzw. dem

- Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 12/4816 vom 27. April 1993 wiederfinden. (C)

Lassen Sie mich zunächst auf den Antrag der SPD vom 29. April 1992 eingehen. Grundsätzlich bleibt festzustellen, daß alle Bestrebungen zur Förderung des Fahrradverkehrs die Zustimmung aller Parteien auf allen politischen Ebenen verdienen. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß Bundestag und Bundesregierung nicht unbedingt der richtige Adressat für weitere Aktivitäten zur Verbesserung des Fahrradverkehrs sind, weil diese Zuständigkeit überwiegend im Bereich der Länder bzw. der Kommunen liegt.

Eine verstärkte Nutzung des Fahrrads leistet tendenziell einen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Derzeit hat das Fahrrad einen Anteil von rd. 11 % an allen durchgeführten Wegen. Da in der Bundesrepublik Deutschland rund 45 % aller PKW-Fahrten aber nicht länger als 5 km sind, sind gerade im Nahbereich wahrscheinlich große Verlagerungsmöglichkeiten vom PKW auf das Fahrrad möglich; Fachleute gehen nach Schätzung von 25 bis 35 % aller Nahverkehrswege aus, die sich vom PKW auf das Fahrrad verlagern lassen.

Der Nahbereich ist allerdings — wie bereits angeführt — in erster Linie Sache der Länder. Der Bund hat dabei mit der Neuordnung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Förderkatalog ausdrücklich auch die Förderung von Parkplätzen zum Umsteigen vom Auto auf das Fahrrad aufgenommen, ferner Radwege, die im Zusammenhang mit förderfähigem Bau- oder Ausbau innerörtlicher Straßen stehen. Es ist nun Sache der jeweiligen Kommunen bzw. Länder, diese Möglichkeiten des auch im finanziellen Bereich erweiterten GVFG umzusetzen. (D)

Im übrigen hat die Bundesregierung den Radwegbau an Bundesstraßen seit 1981 mit einem speziellen Radwegeprogramm unterstützt. Bis zum Ende des Jahres 1990 wurden 2 920 km Radwege mit einem Kostenaufwand von 937 Millionen DM an Bundesfernstraßen realisiert. Bis zum Jahr 2000 sollen in den alten Bundesländern weitere 3 000 km und in den neuen Bundesländern 1 500 km Radwege an Bundesfernstraßen neu gebaut werden. Dafür sind rund 1,5 Milliarden DM veranschlagt.

Auch die Deutsche Bundesbahn hat seit dem Fahrplanwechsel 1989 auf 1990 die Mitnahme von Fahrrädern in den Einstiegsräumen der Züge des Schienenpersonennahverkehrs als Regelangebot eingeführt. Auch auf fast allen Interregio-Linien ist es möglich, Fahrräder mitzunehmen. Die Planungen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn sehen im übrigen vor, ab Jahresfahrplan 1994/95 auch bei den noch verbliebenen Interregio-Vorläuferlinien moderne Interregio-Wagen mit Fahrradabstellplätzen einzusetzen. Alleine 1992 wurden ca. 45 000 Fahrradplätze in dem im Interregio-Verkehr mitgeführten Wagen mit besonderem Fahrradabteil reserviert. Ab dem Fahrplanjahr 1993/94 ist sogar auf besonders nachfragestarken Verbindungen im IC-EC- und ICE-Bereich die Mitnahme von Fahrrädern im IC und EC-Packwagen zum Preis von 8,60 DM im innerdeutschen IC-Verkehr bzw. 14,— DM im Eurocityverkehr möglich. Die Frage ist also nicht in erster Linie eine

- (A) weitere Pflicht der Bundesregierung und des Bundestages, sondern zunächst die Umsetzung der vorhandenen Mittel vor Ort.

Etwas differenzierter ist das Fahrrad als Tourismus-Mittel zu sehen. Rund 30 % aller Fahrradfahrten sind sog. Freizeitverkehre. Der darin enthaltene Langstreckenanteil dürfte allerdings unterproportional sein, da das Fahrrad vor allem ein Nahverkehrsmittel ist. Insofern dürfte das Wachstum des Freizeitverkehrs hauptsächlich auch im Nahbereich und auch im Fahrradtourismus erfolgen.

Viele Regionen verfügen bereits über ausgebaute Radwanderwege, die sogar Gegenstand fahrradtouristischer Komplettangebote verschiedener Reiseveranstalter sind. In 27 Regionalkarten hat der Allgemeine Deutsche Fahrradclub e. V. z. B. die derzeit vorhandenen Fahrradwege und Regionalrouten aufgeführt. Die F.D.P. ist der Meinung, daß dieser Bereich auch ohne weitere Beteiligung des Bundes ausgebaut werden kann, und zwar in Zusammenarbeit aller im Tourismusbereich tätigen Privaten, ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Bund in diesem Bereich keine Zuständigkeiten hat, sondern vielmehr die Länder gefordert sind.

Da die Anträge der SPD-Fraktion im übrigen entweder wieder zum weiteren Ziel haben, ein generelles Tempolimit (30 km in Innenstädten) einzuführen, oder aber in der Tendenz dazu führen, daß ein weiteres Aufblähen des Überwachungsstaats notwendig ist, lehnt die F.D.P.-Fraktion diese Vorschläge ab. Wir verweisen auf die in Drucksache 12/4816 gemachten Vorschläge und bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

(B)

**Dr. Dagmar Enkelmann (PDS/Linke Liste):** Laut Worldwatch Institute gibt es weltweit mindestens doppelt so viele Fahrräder wie Autos, nämlich 800 Millionen. Auch in Deutschland steht den 30 Millionen Pkw etwa das Doppelte an Fahrrädern gegenüber. Vor allem in den fahrradfreundlichen Niederlanden, aber auch in einigen bundesdeutschen Städten liegt der Anteil des nichtmotorisierten Verkehrs bei 50 % der zurückgelegten Wege. Verkehrspolitik für die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist also nicht nur eine Politik für die Schwachen, es ist vielmehr eine Politik für die Mehrheit.

In diesem Zusammenhang ist eine Untersuchung interessant, die belegt, daß der typische Verkehrsplaner, nämlich männlich, zwischen 30 und 50 Jahre alt und selbstverständlich Autofahrer, an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiplant. Die Studie „Einschätzungen zur Mobilität in Europa“ hat nämlich ergeben, daß 73 % der EG-Bürgerinnen und -Bürger einen Vorrang für das Fahrrad in der Planung gegenüber dem Pkw befürworten, während die politisch Verantwortlichen meinen, nur 30 % der EG-Bevölkerung sprächen sich dafür aus. Fürwahr ein eklatanter Unterschied.

Sie sehen, meine Damen und insbesondere meine Herren, es gilt hier also umzudenken und vor allem entsprechend zu handeln, denn wenn es um die „große“ Verkehrspolitik und -planung geht, wird das

umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel, das Fahrrad, häufig schlichtweg vergessen — dem Fußgängerverkehr ergeht es im übrigen nicht anders. Das Umsteige-Potential vom Pkw auf das Fahrrad ist groß — gerade auch vor dem Hintergrund des Imagewandels, den das Fahrradfahren erlebt hat —; das beweisen die enormen Steigerungsraten des Radverkehrsanteils. Dieses Potential nicht durch konsequente Förderung des Fahrradverkehrs zu nutzen wäre in jeder Hinsicht töricht. Das Umwelt- und Prognose-Institut Heidelberg berechnet, daß z. B. in einer westdeutschen Stadt mit 100 000 Einwohnern die Substitution von 20 % der Autofahrten durch das Fahrrad eine Einsparung von 34,7 % der eingesetzten Primärenergie und eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 34,9 % erbringt. Kleine Mittel, große Wirkung also, und es ist erfreulich, daß sich offensichtlich alle einig darin sind, daß der Fahrradverkehr eine Förderung verdient.

(C)

Was allerdings Ihnen, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, an Maßnahmen zu diesem Zwecke einfällt, gehört entweder ganz schnell in den Papierkorb oder auf die Witz-Seite einer Illustrierten. Da soll „vorgeschlagen“, „überprüft“ und „empfohlen“, da sollen „Anstrengungen verstärkt“, vor allem aber soll „berichtet“ werden, was das Zeug hält — von konkreten Fördermaßnahmen jedoch weit und breit keine Spur. Es lohnt jedenfalls nicht, auch nur noch einen weiteren Satz auf Ihren Antrag zu verschwenden.

Die beiden Anträge der SPD benennen recht präzise die dringlichsten Maßnahmen, die ein Förderprogramm Fahrradverkehr enthalten müßte: die Schaffung von sicheren Radverkehrsnetzen, Möglichkeiten zur kombinierten Nutzung von Fahrrad und öffentlichem Nah- und auch Fernverkehr, also „bike and ride“ statt „park and ride“, die Schaffung einer Radverkehrsinfrastruktur mit Service-Stationen und Parkhäusern und auch die Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Ländern und Kommunen für Investitionen in den Fahrradverkehr.

(D)

An diesem Punkt ist mir der SPD-Antrag aber leider nicht weitgehend genug. Auch nachdem die Bagatell-Grenze des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes auf 50 000 DM gesenkt worden ist, müssen die Kommunen den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur nach wie vor zu ca. 70 % aus eigener Tasche bezahlen. Der ADFC hat hierzu vorgeschlagen, rechtliche Grundlagen für Finanzierungsinstrumente zur Förderung sowohl des nichtmotorisierten Verkehrs als auch von Maßnahmen zur Reduzierung des Individualverkehrs zu schaffen. Eine eindeutige Regelung, die meines Erachtens auch über eine Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes erreicht werden kann, ist dringend notwendig. Man sollte den Fahrradverkehr endlich so ernst nehmen wie den motorisierten.

Und einen weiteren Mangel weist der SPD-Antrag auf: Die größte Attraktivitätssteigerung erfährt der Fahrradverkehr durch die Schaffung eines fahrradfreundlichen Klimas, und das wiederum erreicht man am besten durch eine Reduzierung des Pkw-Verkehrs in den Städten. Dieser Aspekt findet in Ihrem Antrag lediglich unter einem der Spiegelpunkte Erwähnung.

- (A) Ein Radverkehrsförderprogramm muß aber Hand in Hand gehen mit z. B. Konzeptionen für autofreie Innenstädte, mit Programmen zur Förderung von Einrichtungen zur wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung sowie mit Konzepten, die unsere Städte wieder bewohnbar machen, so daß man auch seine Freizeit dort verbringen möchte.

**Michael Jung (Limburg) (CDU/CSU):** Mit großer Freude und Genugtuung stelle auch ich als umweltbewußter Verkehrspolitiker den steigenden Anteil des Fahrradverkehrs auf den deutschen Straßen fest. Jeder, dem die physischen Möglichkeiten gegeben sind, sollte sich diesem Trend anschließen und die ökonomische und ökologische Alternative Fahrrad so oft als möglich den umweltpolitisch unterlegenen Verkehrsmitteln PKW und öffentlicher Personennahverkehr vorziehen. In der Fahrradbenutzung liegt eine gelungene Kombination aus Mobilität und Gesundheits- und Umweltbewußtsein.

Ich unterstütze nachdrücklich die Bemühungen der Verbände, Länder, Kommunen und Bundespolitiker, die gezielt darauf hinarbeiten, gerade in den Bereichen, die noch große Potentiale für die Umstellung von PKW auf das Fahrrad bieten, geeignete Rahmenbedingungen zur Attraktivitätssteigerung dieses vernünftigen „Aussteigens“ zu schaffen. Offenbar hat der Bürger das Fahrrad gerade im Bereich der Anfahrt zur Arbeitsstätte und im Freizeit- und Tourismusbereich in den letzten Jahren wieder verstärkt entdeckt. Also gilt es sinnvollerweise die Bedürfnisse der Radfahrer im innerstädtischen Bereich festzustellen. (Dem Weg zu Arbeit, Schule und Universität oder zur Erreichung von innerörtlichen Freizeitangeboten.) Ferner müßten geeignete Maßnahmen zur Mängelbeseitigung und Akzeptanzsteigerung im Fahrradtourismusbereich ergriffen werden.

(B)

Lassen Sie mich beginnen mit einigen Vorstellungen zur fahrradgerechten Innenstadt. Das Paradebeispiel Münster/Westfalen zeigt uns, daß es durch eine vorbildliche Stadtplanung nach dem Wiederaufbau der zerstörten Stadt gelungen ist, den Verkehrsanteil der Radfahrer auf nahezu 40 % zu steigern und so in die werbewirksame Position der fahrradfreundlichsten Stadt Deutschlands zu kommen. Dieser Verdienst gebührt jedoch der Stadt Münster, die für die Planung des Innenbereiches der Stadt zuständig ist.

Wir erleben seit langem, daß die Länder, Städte, Kreise und Gemeinden in ihrer Planung dem Radverkehr einen erheblichen und, wie ich meine, ausreichenden Stellenwert einräumen. Da dem Parlament in diesem Bereich überdies auf Grund der Zuständigkeiten die Hände gebunden sind, glaube ich, daß wir es dabei bewenden lassen sollen, die regionalen Anstrengungen in diesem Bereich herauszustellen und Sorge dafür zu tragen, daß die öffentliche Hand nicht vergißt, den Ausbau des Radwegenetzes begleitende Maßnahmen vorzunehmen, so etwa für ausreichend sichere Radstände an Bus- und Bahnhöfen zu sorgen.

Eine geforderte Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten für Fahrräder in den öffentlichen Nahverkehrsmitteln erscheint mir bei theoretischer Betrachtung durchaus sinnvoll. Allerdings rollen vor

meinem geistigen Auge die ohnehin überlasteten Berufspendlerzüge, S- und U-Bahnen ab, so daß ich hier erst Hoffnung fassen kann, wenn mir jemand erklärt, wie zu Stoßzeiten auch noch eine Unzahl von Fahrrädern befördert werden soll.

(C)

Gerne gefordert wird im innerstädtischen Bereich auch die Vereinheitlichung der Fahrradwegweiser. Meine Damen und Herren, in einem föderalen System möchte ich Sie daran erinnern, daß wir auf unsere regionalen Besonderheiten stolz sein dürfen und daß solche Besonderheiten auch „Farbe ins Spiel“ bringen. Eine große Zahl von Städten verfügt bereits über ein ausgeschildertes Radwegenetz. Dieses Netz soll nach Ihrem Willen neu beschilbert werden? Ich würde solche Ausgaben in meinem Wahlkreis nicht erklären können. Wir müssen doch feststellen, daß sich fast 100 % des Fahrradverkehrs im regionalen Bereich abspielt, so daß es bei bekannten Wegweisern für Radfahrer nicht auf Grund regionaler Schilderunterschiede zu Irritationen kommen wird. Meine Damen und Herren, lassen wir der Alternative Fahrrad doch die alternative Schilderwahl. Die Kommunen werden es uns danken.

Ich möchte nun zur touristischen Komponente des Fahrradverkehrs kommen. Zweifelsohne ist der Fahrradspaß mit der ganzen Familie oder die Tour von Flensburg nach Berchtesgaden eine äußerst förderungswürdige Freizeitalternative. Fahrradbegeisterten, die ihren Urlaub auf den hochgezüchteten Ahnen des Drahtesels verbringen, hat der Bund in den Jahren 1981 bis 1991 2 300 km Radwege im Rahmen des Programmes „Radwege an Bundesstraßen in der Baulast des Bundes“ mit einem Kostenaufwand von 1,1 Milliarden DM geschaffen. Bis zum Wechsel des Jahrtausends werden weitere 4 500 km Radwege mit Bundesmitteln finanziert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf der fahrradverkehrstechnischen Erschließung der reizvollen Landschaften der neuen Bundesländer (1 500 km). Alles in allem stehen den Radwanderern dann 15 500 km Radwege an Bundesstraßen zur Verfügung. Bei einer Reisegeschwindigkeit von 25 km pro Stunde wäre ein Radfahrer 620 Stunden auf Radwegen unterwegs, ohne die Möglichkeit genutzt zu haben, sich einer der kleineren Landstraßen zu bemächtigen. (77 Tage bei 8 Stunden pro Tag). Im Gegensatz zur städtischen Radwegeschchilderung kann ich mir bei der Führung großer Routen durch die Bundesrepublik durchaus eine einheitliche Beschilderung vorstellen.

(D)

Auch für diejenigen, die ihren Fahrradurlaub von Anfang an genießen wollen, ist der erste Schritt getan. In vielen Inter-Regio-Zügen und einigen Inter-City-Zügen ist seit dem Sommerplan 1992 die Möglichkeit der Fahrradmitnahme gegeben. Ich halte es für erstrebenswert, wenn der Fahrradtourist bei der Bahn sein Rad außerhalb der Stoßzeiten in Nahverkehrszügen und in Inter-City-Zügen immer gleich mitnehmen kann ohne die lästigen Formalitäten der Gepäckaufgabe, die heute noch als abschreckende Hindernisse vorhanden sein können. Der Bund hat darauf zu achten, daß Radfahrer mit ihrem Gefährt schnell und bequem an das gewünschte Ziel kommen. Er tut dies, indem der Bau von überregionalen Radwegen finan-

- (A) ziert wird und die Bundesbahn die Beförderungsmöglichkeiten für Fahrräder verbessert.

Eine geforderte Verbesserung der Sicherheitsstandards am Fahrrad und zum Schutze von Radfahrern an Kraftwagen ist nach den Anforderungen, die die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, die DIN-Normen und die EG-Richtlinien, das Abkommen über die Beschaffenheit und Anbringung der äußeren Fahrzeugteile (versenkbare Scheibenwischer, abgerundete Dach- und Seitenteile etc.) stellen, nicht vonnöten.

Der Antrag zur Förderung des Fahrradtourismus geht in den Einzelheiten nach meinem Dafürhalten — neben den bereits angesprochenen, schon bestehenden und seitens der Regierung durchgeführten Maßnahmen — weit über das gewünschte und erforderliche Eingreifen des Staates in diesem Bereich hinaus. Dies scheint die SPD-Fraktion aber bereits selbst festgestellt zu haben, denn wie ließe es sich sonst erklären, daß diese Debatte in allerletzter Minute in die Dunkelheit der Protokollierung verbannt worden ist.

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):** Das Fahrrad steigt in der Beliebtheitsskala der Deutschen. Vor zwanzig Jahren waren es 30 Millionen Fahrräder in unserem Land. Heute sind es nach Schätzungen etwa 60 Millionen Fahrräder. Und es kommen immer mehr Fahrradfahrer hinzu, wie der steigende Absatz bei Fahrrädern zeigt. Auch immer mehr Mitglieder des Deutschen Bundestages steigen in Bonn auf den Drahtesel um, wie ich mit großer Sympathie beobachte. Weiter so!

(B)

Aber nicht nur im Bonner Parlamentsverkehr ist das Fahrrad ein unverzichtbares Transportmittel geworden. Im Freizeit- und Tourismusbereich ist das Fahrrad immer mehr gefragt, und auch im Berufsverkehr spielt das Fahrrad keine nachgeordnete Rolle mehr. Diese Entwicklung begrüße ich ausdrücklich. Natur und Umwelt, aber auch der Gesundheit ist dies förderlich. Das Rad ist umweltfreundlich, energiespar-sam und platzsparend.

Einen besonders hohen Radverkehrsanteil erreichen Orte zwischen 2 000 und 100 000 Einwohnern. Fachleute schätzen den realisierbaren Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehr auf etwa 20 Prozent in Mittelstädten und in Großstädten sogar auf 40 Prozent. Jede zweite Autofahrt liegt im Entfernungsbereich bis zu fünf Kilometern — eine Entfernung also, die sich prinzipiell auch mit dem Fahrrad bewältigen läßt, wobei Wetter- und Straßenbedingungen zu berücksichtigen sind. Schätzungen gehen davon aus, daß 25 bis 35 Prozent dieses PKW-Nahverkehrs auf das Fahrrad verlagert werden können — gerade in Kombination mit dem Öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen. Das Rad ist also ein Mittel gegen den Verkehrskollaps in den Großstädten. All diese Schätzungen verdeutlichen: Das Verkehrsmittel Fahrrad hat gewaltige Chancen. Sie sind eine Herausforderung an die Verkehrspolitiker in Bund, Ländern und Kommunen. Der Umweltschutz — ich nenne hier das Stichwort der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen — die Gesundheitsförderung, die Entlastung des PKW-Verkehrs und der naturbezo-

- gene Tourismus sind Herausforderung genug, die Nutzungspotentiale des Fahrrades auszuschöpfen. (C)

Herausforderung müssen aber auch die Unfallzahlen sein: Von Januar bis September 1992 sind fast 64 000 Fahrradfahrer verunglückt, 15 550 von ihnen schwer. 702 wurden tödlich verletzt. 1991 waren es insgesamt 740, 1990 711 tödlich Verletzte — der absolute Tiefstand seit 1980, obwohl der Fahrradverkehr im gleichen Zeitraum um 75 % zugenommen hat. Der Fahrradverkehr ist also sicherer geworden, aber noch nicht sicher genug. Aber zur vollständigen Bilanz gehört auch, dies wird in der öffentlichen Debatte ab und an vergessen, daß Fahrradfahrer nicht nur Opfer, sondern auch Verursacher von Verkehrsunfällen sind. „Häufigste Unfallursache etwa in Schleswig-Holstein“ — hier zitiere ich das Flensburger Tageblatt vom 23. April — waren 1991/1992 das „Fahren auf der falschen Straßenseite, Fehler beim Abbiegen und die Vorfahrtsmißachtung“. Das heißt, viele Fahrradfahrer leben deshalb gefährlich, weil sie Verkehrsregeln mißachten und damit Unfälle verursachen. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit. Experten der Polizei machen sich zunehmend Sorgen um die Verkehrsmoral — nicht nur bei Autofahrern, sondern auch bei Fahrradfahrern. Ich möchte nicht einseitige Wertungen treffen. Wir müssen alles Nötige und Sinnvolle unternehmen, um den Fahrradverkehr sicherer zu machen. Hier stimme ich z. B. mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club überein, mit dem ich einen intensiven und konstruktiven Gedankenaustausch zu dem Antrag, den die Koalitionsfraktionen heute vorlegen, geführt habe. Ich möchte hier dem ADFC und seinem Vorsitzenden, Herrn Karl-Ludwig Kelber, für die Diskussionsbereitschaft Dank sagen, auch für seine engagierte Arbeit für den Fahrradverkehr. Aber wenn die Unfallzahlen im Fahrradverkehr dazu erhalten müssen, Forderungen zur Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs abzuleiten, wie dieses gelegentlich geschieht, so sind dies genauso manipulative Informationsstrategien wie die von entschlossenen Autofetischisten. Wenn wir in diesem Hause, in den Landtagen und kommunalen Räten vernünftig und verantwortungsvoll handeln wollen, dann müssen wir emotionslos feststellen, daß Fahrradfahrer Opfer und Verursacher zugleich sind. Wer dies verschweigt oder nicht erkennt, zieht völlig falsche politische Schlüsse.

(D)

Mehr Attraktivität des Fahrradverkehrs ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, vor allem auch der Fahrradfahrer und der Autofahrer. In diesem Zusammenhang verdient zum Beispiel die Initiative von Studenten der Flensburger Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule, die auf eigene Initiative eine Fahrradrouten erstellt haben, Anerkennung. Für die Politik gilt es, die Rahmenbedingungen des Fahrradverkehrs zu verbessern und damit mehr Anreize für den Umstieg auf das Fahrrad zu schaffen. Aber die besten Rahmenbedingungen nützen nichts, wenn sie nicht akzeptiert werden. Also: Rücksicht kommt an im Straßenverkehr.

Die Bundesregierung hat in den zurückliegenden zehn Jahren im Rahmen der Aufgabenteilung zwi-

(A) schen Bund, Ländern und Gemeinden Beachtliches für einen attraktiven Fahrradverkehr geleistet.

Ich erwähne hier erstens den Bau von 3 200 km Radwegen entlang von Bundesstraßen mit einem Kostenaufwand von 1,1 Milliarden DM. Bis zum Jahr 2000 werden in den alten Bundesländern weitere 3 000 km und in den jungen Ländern 1 500 km Radwege gebaut. Zur Jahrtausendwende werden insgesamt 15 000 km Radwege in Deutschland zur Verfügung stehen.

Zweitens haben Bundesbahn und Reichsbahn Regelangebote für die Mitnahme von Fahrrädern im Schienenpersonennahverkehr, in Inter-Regio-Zügen und in Inter-City-Zügen eingeführt.

Drittens sind technische Sicherheitsnormen bei Fahrrädern und bei Kraftfahrzeugen auch zum Schutz von Fahrradfahrern verbindlich festgelegt worden.

Ich möchte hier aber betonen, daß der Bund im Rahmen der föderalen Aufgabenteilung im Fahrradverkehr nur mithelfen kann. Gefordert sind vor allem die Länder und Gemeinden. Föderalismus ist keine Veranstaltung zum Rosinenpicken. Wer ständig auf die Rechte der Länder pocht, darf deren Pflichten nicht vergessen. Im Fahrradverkehr stehen die Länder in der Pflicht. „Maßanzüge vor Ort“ müssen auch vor Ort gechnidert werden. Länder, kreisfreie Städte, Kreise, Städte und Gemeinden haben die Ortskenntnis, um den Fahrradverkehr mit dem ÖPNV zu vernetzen, um innerorts ein geschlossenes Radwegenetz zu errichten, um eine umfassende Radwegweisung zu installieren und um wettergeschützte Umsteigeparkplätze zu bauen — und darauf kommt es bei der Attraktivitätssteigerung des Fahrrades an.

(B) Die Koalitionsfraktionen sehen aber Handlungsbedarf des Bundes bei folgenden Punkten:

Erstens sollte die Bundesregierung dem Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages alle fünf Jahre eine Bestandsaufnahme über die Situation des Fahrradverkehrs vorlegen. Der Bericht muß mit den Sachkennern vor Ort, den Ländern, abgestimmt sein, und fachlich kompetente Verbände sollten hier mitwirken.

Zweitens brauchen wir Rahmendaten für ein Fahrradverkehrskonzept und kompetente Vorschläge zur Verbesserung der Stellung des Fahrradverkehrs.

Drittens ist eine bundeseinheitliche, verständliche Radwegweisung sinnvoll. Die Bundesregierung sollte prüfen, ob eine entsprechende Ergänzung der Straßenverkehrsordnung sinnvoll ist, und Eckdaten für einen Radwegeplan erstellen.

Viertens ist zu überprüfen, wie die technischen Mindestnormen für Fahrräder verbessert werden können. Etwa drei Prozent der Unfälle sind auf technische Mängel an Fahrrädern zurückzuführen. Auch sollte der Verwarungs- und Bußgeldkatalog im Hinblick auf den Fahrradverkehr überprüft werden. Aber hier gilt ebenfalls: Ohne Akzeptanz wirkt keine Regelung. Bei der Kontrolle der Einhaltung sicherheitsrelevanter Vorschriften, vor allem bei der Beleuchtung, sind die Länder gefordert.

Fünftens fordern wir die Bundesregierung auf, Entscheider, Planer und Journalisten als Multiplikato-

ren das Fahrrad als Beitrag zur Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs stärker nahezubringen. Das Engagement im Bereich der Aufklärungsarbeit des Bundesverkehrsministeriums und seiner nachgeordneten Behörden, des Verkehrssicherheitsrates, der Deutschen Verkehrswacht, des ADFC, des ADAC und anderer Verkehrsorganisationen im Bereich des Fahrradverkehrs begrüßen wir. Es muß von allen staatlichen Instanzen nach besten Kräften unterstützt werden.

Sechstens bleibt die Bundesregierung aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, durch Forschungsvorhaben die Fahrradsicherheit hinsichtlich der technischen Aspekte und der Gebrauchstüchtigkeit von Fahrrädern im Alltag zu verbessern.

Ich möchte betonen, daß ich persönlich darüber hinaus eine Helmtragepflicht für Kinder bis 14 Jahre für sinnvoll halte. Kinder sind auch im Fahrradverkehr besonders gefährdete Teilnehmer. 1991 hatten fast 17 300 Kinder als Fahrradfahrer einen Unfall, 108 von ihnen wurden dabei tödlich verletzt. Kopfverletzungen waren überproportional für schwere und schwerste Verletzungen verantwortlich. Bei erwachsenen Fahrradfahrern halte ich eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, die für die Helmbenutzung wirbt, für richtig. Die positiven Erfahrungen in Neu-Süd-Wales und dann im gesamten Australien, wo es zu einer Halbierung der Anzahl der getöteten Unfallopfer gekommen ist, spricht deutlich für den Fahrradhelm. Der Fahrradhelm ist das kleinere Übel im Vergleich zum Unfall mit schweren Kopfverletzungen. Nicht nur in Australien ist der Fahrradhelm inzwischen populär. Dies gilt ebenso für die USA und Schweden. Dort gehört der Fahrradhelm zur ganz normalen Ausstattung im Fahrradverkehr. Auch in Deutschland wird der Fahrradhelm schnell auf breite Akzeptanz stoßen, und die psychologischen Barrieren werden abgebaut werden. Wir müssen nur entsprechende Anreize schaffen.

Ich vertrete ebenfalls die Auffassung, daß der finanzielle Anreiz für die Benutzung des Fahrrades im Berufsverkehr im Einkommensteuerrecht verbessert wird. Dies führt nicht nur in einer ökologischen, sondern auch in einer ökonomischen Gesamtbilanz zu Vorteilen. Eine vom Verkehrsmittel unabhängige Entfernungspauschale halte ich jedoch für einen Irrweg.

Lassen Sie mich abschließend feststellen, daß das Fahrrad in einer immer mobileren Gesellschaft eine zentrale Rolle einnehmen muß, soll der Individualverkehr leistungsfähig bleiben. Diese Gemeinschaftsaufgabe darf aber nicht zur Diskriminierung des Autos und zu Fehlschlüssen — wie absolutes Tempo 30 in den Ortschaften — führen. Deshalb lehnen die Koalitionsfraktionen den Antrag der Sozialdemokraten ab, weil er die Verkehrsteilnehmer spaltet und nicht zusammenführt. Bei seiner Geburt wurde das Rad belächelt und zwischendurch von oben herab als Auto des kleinen Mannes belächelt. Jetzt erlebt das Fahrrad ein Comeback. Diesen kometenhaften Aufstieg sollten wir stützen und fördern.

(A)

(C)

**Anlage 3****Amtliche Mitteilungen**

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

**Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Drucksache 12/4180

Drucksache 12/4184

**Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Drucksache 12/2539

Drucksache 12/3130

**EG-Ausschuß**

Drucksache 12/3784

Der Vorsitzende des folgenden Ausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

**Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Drucksache 12/4360 Nr. 2.18

(B)

(D)